

Off Stiftung



DER KERN DER GESELLSCHAFT

Beiträge der FES
zu einer nachhaltigen
Familienpolitik

DEUTSCHLAND

Projekt Zukunft 2020: Mit
Bildung aus der Krise 7

SCHWERPUNKT

Mehr Wertschätzung für
Väter und Mütter 32

INTERNATIONAL

Mit europäischer Industrie-
politik aus der Krise 40

1/2009

Beiträge der FES zu
einer nachhaltigen
Familienpolitik

Der Kern der Gesellschaft

— FAMILIE WIRD HEUTE IN VIELFÄLTIGEN FORMEN GELEBT: verheiratete Eltern, alleinerziehend, in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder in „Patchwork-Familien“. Sie stellt den unersetzbaren Kern unserer Gesellschaft dar. Kinder lernen und erfahren durch die Familie Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches Verhalten. Die Familie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und vermittelt Lebenschancen wie keine andere Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft. Sie gibt Kindern Geborgenheit und den Partnern Halt. Die eigene Familie ist damit für die meisten Menschen der wichtigste Rückhalt und Lebensmittelpunkt.

Das Zeitalter der Globalisierung und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse konfrontiert die Familie mit neuen Herausforderungen. Große Teile der Erwerbswelt bauen auf die allzeit verfügbaren Erwerbstätigen, die mobil und unbelastet von Haus- und Fa-

milien unterstützen, ohne ihnen vorzuschreiben, in welcher Form sie ihr Leben zu gestalten haben. Sie muss Bedingungen schaffen, damit Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die gleichen Chancen haben, sich zu entwickeln.

Durch die demografische Entwicklung in Deutschland hat eine nachhaltige Familienpolitik an Bedeutung gewonnen. Für das Wachstum, die Innovationsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt braucht Deutschland starke Familien mit gut ausge-

biltenarbeit sind. Vom Aufschwung der vergangenen Jahre haben Deutschlands Kinder nicht profitiert: Bundesweit lebt jedes 4. Kind von Hartz IV, in Berlin sind es sogar 37 %. Die Familienpolitik muss ihre Instrumente diesem gesellschaftlichen Wandel und den Herausforderungen anpassen

und in den Arbeitsmarkt integrierten Müttern und Vätern. Für die weitere Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstands und Wachstums nimmt Familienpolitik daher eine Schlüsselstellung ein. Über die Leistungsfähigkeit der jetzt aktiven Arbeitnehmer/innen und ins-

besondere der künftigen wird vor allem auch in der Familie entschieden, da hier für Bildung, Gesundheit und vielfältige „Sekundärtugenden“ gesorgt wird. Die Arbeitsteilung zwischen Familie und Arbeitsmarkt ist darüber hinaus ein zentraler Faktor für das Angebot von Arbeitskräften und die Nachfrage nach haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Im Rahmen eines vorsorgenden Sozialstaats muss Familienpolitik darüber hinaus eine Querschnittsaufgabe durch alle politischen Ressorts und über alle föderalen Ebenen sein: Das Sozialversicherungssystem ist familiengerecht auszugestalten und muss Kinder und Familien vor Armut schützen. Die Bildungspolitik ist verantwortlich für ein Schulsystem, das allen Kindern eine chancengleiche und integrative Ausbildung ermöglicht. Die Arbeitsmarktpolitik muss die Berufstätigkeit der Mütter und die Familieneinbindung der Väter unterstützen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor zehn Jahren den Bereich Familienpolitik fest in die Arbeit des Forums Politik und Gesellschaft in Berlin verankert. In Konferenzen, Dis-

kussionsforen und Expertenworkshops werden aktuelle familienpolitische Instrumente debattiert, die notwendige Voraussetzung für eine nachhaltige und sozial gerechte Familienpolitik sind. Vereinbarkeit von Beruf und Familie, geschlechtergerechte Familienpolitik, Qualitätsansprüche in der vorschulischen Betreuung, chancengerechte frühkindliche Bildung, familienunterstützende Leistungen/ Kinderarmut, Kinderrechte, Gewalt und Missbrauch in den Familien sind einige der Themenstränge. Zielgruppe sind neben Entscheidungsträgern und –trägerinnen aus Politik und Verwaltung Vertreter und Vertreterinnen aus Verbänden, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien sowie zivilgesellschaftliche Akteure. Die Ergebnisse der Diskurse dienen der politischen Beratung und werden Fachleuten zur Verfügung gestellt. Zu ausgewählten Themen werden Experten und Expertinnen aus anderen europäischen, insbesondere den skandinavischen, Ländern eingeladen, ihre Politik vorzustellen. Denn, obwohl Deutschland im europäischen Vergleich relativ viel Geld für die Familienförderung ausgibt, sind die Ergebnisse relativ mäßig, wie die vergleichsweise geringe Frauenerwerbstätigkeit und niedrige Geburtenrate sowie die hohe Zahl von von Armut betroffener Familien zeigen. Mit den Ansprüchen an eine kinderfreundliche Gesellschaft, dem Rollenwandel in der Familie, der frühkindlichen Erziehung insbesondere von

Artikel in dieser Ausgabe:

DEZEMBER 2008 – JANUAR – FEBRUAR – MÄRZ 2009

DEUTSCHLAND

Neue Studien aus dem Projekt 2020: Mit Bildung aus der Krise	7
40 Jahre Arbeitsmarktpolitik in Deutschland: Vom AFG zu Hartz	10
Neue Nutzung von Rundfunkfrequenzen: Breitband-Land	13
Jugend trifft Politik im Wahljahr 2009: „Bringt euch ein!“	18
Nutzen und Risiken von Computerspielen: Ausgespielt?!	20

SCHWERPUNKT

Familienpolitik im Forum Politik und Gesellschaft: Mehr Wertschätzung für Väter und Mütter	32
Interview mit Franz Müntefering: Der Staat hat eine Verantwortung	34

INTERNATIONAL

Podiumsdiskussion in Brüssel: Mit europäischer Industriepolitik aus der Krise	40
20 Jahre FES in Moskau: Gegenseitige Wahrnehmung geschärft	46
Hubertus Heil im Gazastreifen: Appell zur Gewaltlosigkeit	50
Die FES-Vorsitzende Anke Fuchs in Burma/Myanmar: „Wandel durch Annäherung befördern“	54
Hinter den Kulissen – Auslandsbüros stellen sich vor: Zwei Oberziele – vier Länder – hundert Probleme	60
Publikationen	61
Impressum	63

Kindern aus sozial schwachen Familien, Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen, gewaltfreier Erziehung, Wegen aus der Familienarmut beschäftigen sich auch die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in den ost- und westdeutschen Bundesländern im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit. Darüber hinaus beinhaltet das Projekt Zukunft 2020 der FES, das Wege in eine soziale

und nachhaltige Zukunft für Deutschland aufzeigen will, die Familienpolitik als eines der zentralen Handlungsfelder. Zuzunehmende ist in Deutschland Familienpolitik von einem konservativen Familienbild geprägt worden. Es wird auch zukünftig für die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Aufgabe sein, an der weiteren Modernisierung der Familienpolitik mitzuwirken.

GESINE SCHWAN ÜBER EINE NEUE KULTUR DER GEMEINSAMKEIT

Vor einem Epochenwechsel

„Eine Gesellschaft kann ohne eine fundamentale Gerechtigkeit nicht zusammenhalten“, erklärte die Kandidatin für das



Gesine Schwan wurde von der FES-Vorsitzenden Anke Fuchs in Hamburg begrüßt.

Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, am 5. April in Hamburg, wo sie auf Einladung des Julius-Leber-Forums

der FES zum Thema „Globalisierung gestalten und gemeinsam gewinnen“ sprach. Der Zustand der Gesellschaft sei jedoch durch eine „entfesselte Konkurrenz“ gekennzeichnet; die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise habe dies schonungslos offengelegt: „Die Unterwerfung unter die entfesselte globale Konkurrenz hat uns um unsere Freiheit gebracht“, so Gesine Schwan im vollbesetzten Auditorium der Bucerius-Law-School. Zur Behebung der Krise forderte sie mehr Transparenz und Kontrolle auf den globalen Finanzmärkten. Die Wege aus der Krise verlangten ausdrücklich

„nicht den Verzicht auf Markt und Wettbewerb“, aber sie bräuchten „die Rückgewinnung des Maßes, eine neue Balance zwischen Konkurrenz als fairem und sportlichem Wettlauf gegeneinander und Politik als gemeinsamer Verabredung von Regeln und Prioritäten.“ Die „kulturelle Hegemonie der entfesselten Konkurrenz“ müsse „durch den Grundkonsens einer neuen Gemeinsamkeit überwunden werden“. Dies sei für „ein freiheitliches, gerechtes, solidarisches und friedliches, überhaupt für ein sinnvolles Leben“ notwendig. Die Welt stehe vor einem Epochenwechsel.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++

+++ Ein drittes Konjunkturprogramm forderte Professor Rudolf Hickel vom Institut Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen, auf einer **wirtschaftspolitischen Veranstaltung der FES** im niedersächsischen Peine. Zusammen mit Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, plädierte er dafür, mit den Konjunkturprogrammen vor allem die Infrastruktur zu stärken, denn damit sei das Geld auch für die nachkommenden Generationen nicht verloren. Beide Gesprächspartner machten Mut, die Krise als Chance zu begreifen, um die Märkte so zu regulieren und neue Spielregeln für den Kapitalismus zu definieren, dass die Finanz- und Wirtschaftswelt nicht noch einmal an den Abgrund gerät. +++

+++ Bereits zum dritten Mal wurde der Vorstand des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem **Hintergrundgespräch mit Bundespräsident Horst Köhler** (Bild) ins Schloss Bellevue eingeladen. Die Leitfrage des diesjährigen Gesprächs am 2. März war: „Wie kann Deutschland gestärkt aus

der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen?“ Dabei waren für den Bundespräsidenten insbesondere die Aspekte Finanzmärkte, Konjunktur und die Chancen und Prinzipien einer ökologischen Marktwirtschaft von Interesse. Nach einem Eingangsstatement von Dr. Karl Kauer mann, dem Sprecher des Managerkreises, wurde in großer Offenheit über die tiefe Rezession und Antworten auf die damit verbundenen Herausforderungen diskutiert. Themen waren u. a. die Gefahren der Krise für die Demokratie sowie Chancen der ökologischen Innovation. +++



Gegen die Abwärtsspirale

Die Finanzkrise hat sich seit Ende 2008 zu einer weltweiten Wirtschaftskrise weiterentwickelt. Vor allem der gleichzeitige Abschwung in nahezu allen wichtigen Industrie- und Schwellenländern hat zu einem weltweiten Einbruch von Produktion und Handel geführt. In Deutschland hat insbesondere die Politik der Kurzarbeit bisher schlimmere Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt verhindern können. Mit der Dauer der Krise drohen nicht nur diejenigen Unternehmen, die bereits vor der Krise strukturell schlecht aufgestellt waren, sondern immer mehr auch grundsätzlich gesunde Unternehmen, in die Insolvenz abzugleiten. Ohne ein massives Eingreifen

von Seiten des Staates wird diese Abwärtsspirale nicht zu durchbrechen sein. Vor diesem Hintergrund hat der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik auf seiner diesjährigen Wintertagung vom 9. bis 11. Januar in Kochel am See eine gemeinsame Erklärung mit zehn Forderungen zur Überwindung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise verabschiedet und veröffentlicht. Kern staatlicher Gegenmaßnahmen müsse zum einen ein starker und möglichst rasch wirkender fiskalischer Impuls sein. Zum anderen bedarf es massiver Investitionen in die Infrastruktur, vor allem in den Bildungsbe- reich, die auch längerfristig positiv wirken.

Bei einer nachhaltigen Stabilisierung des Banken- und Finanzsektors sei darauf zu achten, dass die Kapitalhilfen des Staates in Form von Eigentumsrechten an den Banken kompensiert werden. Aus deutscher Sicht wird man letztlich auch nicht um eine Neuausrichtung des Wachstumsmodells umhinkommen. Die einseitige Orientierung der deutschen Wirtschaftspolitik auf den Exportsektor, die mit zur Kredit- und Verschuldungskrise beigetragen hat, muss einer stärkeren Förderung der Binnennachfrage weichen.

DIE ZEHN FORDERUNGEN

www.fes.de/wiso/pdf/kochel/erklaerung-kochelerkreis.pdf

AKTUELLE PUBLIKATIONEN ZUM THEMA

Schreyer, Markus – **Weltwirtschaftskrise 2009: Notwendige wirtschaftspolitische Schritte zur Überwindung einer Bilanzrezession**; Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009 (WISO direkt) <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06240.pdf>

Dauderstädt, Michael und Hillebrand, Ernst – **Exporteuropameister Deutschland und die Krise**; Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009 (WISO direkt) <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06228.pdf>

— Unsichere Prognosen

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Prof. Klaus F. Zimmermann, referierte am 27. Januar vor dem Managerkreis Rhein-Main der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Wirtschaftsausblick 2009: Was bringt das neue Jahr?“

Der DIW-Präsident ging damals noch davon aus, dass es im Gesamtjahr eine Abschwächung des BIP um 2,3 Prozent geben werde, getragen vor allem durch eine leichte Erholung im dritten und vierten Quartal 2009. Für 2010 prognostizierte Zimmermann einen BIP-Anstieg im Vergleich zu 2009 von 0,9 Prozent. Das mit 17. März datierte Konjunkturbarometer des DIW sagt für das ers-

te Quartal 2009 eine Schrumpfung des BIP um 2,2 Prozent voraus. Dies entspricht zwar in etwa den Zahlen Zimmermanns vom Januar, zurückhaltender äußert man sich jetzt aber für die Perspektiven für 2009 insgesamt. Der DIW-Präsident riet dazu, auf die automatischen Stabilisatoren zu vertrauen und insbesondere auf vermehrte Weiterbildung und Qualifizierung zu setzen. Außerdem warnte Zimmermann davor, in der Krise alle ordnungs- und wirtschaftspolitischen Grundsätze über Bord zu werfen.

Soziale Sicherung und Finanzkrise

Die Auswirkungen der finanz- und realmarktwirtschaftlichen Turbulenzen treffen den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherung zeitverzögert. Deutliche Einbrüche im Beschäftigungsbereich werden – trotz Kurzarbeiterprogramm – für den Herbst erwartet. Die Rentenerhöhungen in 2009 und die Ausgaben der Krankenversicherungen werden eine Zeit lang noch als Konjunkturstabilisatoren wirken. Aber die Einnahmen der Sozialversicherungen werden aufgrund der

Beschäftigungseinbrüche sinken und damit die Ausgaben nicht mehr decken. Dies durch Steuerzuschüsse aufzufangen, wird aufgrund der Haushaltslage kaum gelingen bzw. durchsetzbar sein.

Angesichts der wenig rosigen Aussichten wurde auf einem Workshop des FES-Gesprächskreises Sozialpolitik gefordert, alle bisherigen Regelungen in der Arbeitsmarktpolitik sowie der Renten- und Gesundheitspolitik auf den Prüfstand zu stellen und bereits bestehende

Reformüberlegungen früher als geplant zu realisieren, damit die Systeme krisenfester gemacht werden können. Als Beispiele hierfür wurde genannt: die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung in der Altersvorsorge und eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen einschließlich der Gleichstellung von gesetzlicher und privater Krankenkasse, um die Systeme auf eine breitere solidarische Finanzierungsbasis zu stellen.

Neue Regeln allein reichen nicht

Die Finanzmarktkrise zeige deutlich, dass die Selbstregulierung der Marktteilnehmer versagt habe, betonte Jörg Assmussen, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium bei der Fachkonferenz über „Ansätze zur Finanzmarktregulierung“. Karl-Peter Schackmann-Fallis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, mahnte an, dass neue Regeln alleine nicht ausreichen werden. Ebenfalls bedarf es einer Veränderung der Geschäftskultur und -politik des Bankensektors. Hierfür wäre unter anderem eine Verschiebung der Prioritäten von der Rendite- hin zur Risikoorientierung erforderlich. Ebenso notwendig wäre eine Rückbesinnung der Banken auf ihre Ursprünge als

Dienstleister zur Versorgung der Wirtschaft mit Kapital. Alle Teilnehmer des Podiums stimmten überein, dass nationale Regulierungen durch international gültige Regeln begleitet werden müssten. Uneinigkeit herrschte in Bezug auf die Anzahl regelsetzender Staaten. So stellte Manuel Montes vom United Nations Financing for Development Office die Legitimation der G20 in Frage. Als Alternative schlug er vor, die UN mit der Suche nach international anerkannten Regeln für die Finanzmärkte zu beauftragen. Damit wären auch Entwicklungsländer einbezogen, die ebenfalls stark von der Krise betroffen sind. Ebenso kritisierte Montes den Vorschlag, den IWF als internationales Finanzaufsichtsor-

gan einzusetzen. Dies stöße bei einigen Entwicklungsländern wegen ihrer schlechten Erfahrungen mit den Bretton-Woods-Institutionen während der Verschuldungskrise auf Ablehnung.

MEHR ZUM THEMA

www.managerkreis.de
www.fes.de/inhalt/in_finanzkrise.htm



Präsentierte Ansätze zur Finanzmarktregulierung: Jörg Assmussen, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. (Foto: Bollhorst)

Mit Bildung aus der Krise

— DAS IM HERBST 2007 als Reaktion auf die beunruhigenden Befunde der „Prekariatsstudie“ ins Leben gerufene Projekt Zukunft 2020 erarbeitet Strategien, die es ermöglichen sollen, bis zum Jahr 2020 ein soziales und wohlhabendes Deutschland zu erreichen. Im März 2009 sind eine Reihe von Studien im Rahmen dieses Projekts erschienen, in denen die zentrale Rolle der Bildung bei der Überwindung der Krise deutlich wird.

Die von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES bei der internationalen Forschungsorganisation The Conference Board in Auftrag gegebene Studie „Wohlstand durch Produktivität“ (deutschsprachige Zusammenfassung: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06221.pdf>) stellt besondere Schwächen der Produktivitätsentwicklung des Dienstleistungssektors in Deutschland fest, die zugleich mit einem nur mäßigen Beschäftigungsaufbau während der letzten Jahre einherging. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass zu geringe Investitionen in Humankapital und in andere Formen immateriellen Kapitals sowie die international einzigartige Verschlechterung der Einkommensverteilung wesentliche Ursachen der vergleichsweise schlechten Performance Deutschlands seit Mitte der 1990er Jahre waren. Die Expansion des Niedriglohnssektors führte nicht nur zu der bekannten Nachfrageschwäche im Binnenmarkt, sondern wirkte sich vor dem Hintergrund des deutschen Bildungssystems auch besonders nachteilig auf die Entwicklung des Humanvermögens aus. Eine Studie des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm

im Auftrag des Netzwerks Bildung der FES zeigt die Möglichkeiten auf, die sich im Bildungsbereich aus der konsequenten Umsetzung der Beschlüsse des Bildungsgipfels zwischen Bund und Ländern vom Oktober 2008 ergäben: „Bildungsausgaben im föderalen System – Zur Umsetzung der Beschlüsse des ‚Bildungsgipfels‘“ (<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06218.pdf>) (Siehe Seite 8) Schließlich hat ein Team von Klaus Bartsch Econometrics im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik eine ökonomische Szenarioanalyse vorgenommen, die Politikbündel simuliert, die bisherige Defizite des deutschen Entwicklungspfades korrigieren sollen. Die Studie „Zukunft 2020 – ein Modell für ein soziales Deutschland“ (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06222.pdf>) zeigt, dass sich die derzeitige Krise am besten mit einer Politik überwinden lässt, die systematisch Angebots- und Nachfragekomponenten integriert. Dazu gehören massive Investitionen in Bildung, von der frühkindlichen Förderung bis zur beruflichen Weiterbildung, und ein erheblicher Ausbau der öffentlichen Beschäftigung – allein im Bildungs-

sektor wären bis 2020 mehr als 900.000 zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Kombiniert mit einer offensiven Verteilungspolitik mit höheren Sozialtransfers und Mindestlöhnen im oberen europäischen Durchschnitt sowie einer europäisch koordinierten Nachfragesicherung kann so bis 2020 nicht nur ein deutlich kräftigeres Wirtschaftswachstum und eine sehr weitgehende Reduzierung der Arbeitslosigkeit, sondern zugleich auch eine deutlich bessere Einkommensverteilung als bisher erzielt werden.

Was mit zwölf Milliarden möglich wäre

Mehr Krippenplätze, gebührenfreie Kindergartenplätze für alle Vier- und Fünfjährigen, bessere Förderung für Risikoschüler, eine Quote von 35 Prozent Ganztagschulplätzen, der Einstieg in eine Hochschulausbildung für Erzieher: Dies alles ließe sich finanzieren, wenn die Beschlüsse des Bildungsgipfels vom Oktober 2008 wirklich umgesetzt würden.

Zu diesem Ergebnis kommt die Studie des Netzwerks Bildung der FES „Bildungsausgaben im föderalen System – Zur Umsetzung der Beschlüsse des Bildungsgipfels“ von Klaus Klemm, die im Rahmen einer Konferenz am 30. März vorgestellt wurde. Darin werden die Möglichkeiten skizziert, die sich durch den Beschluss ergeben, die Aufwendungen für Bildung und Forschung bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern – nachdem die Quote in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist.

Doch selbst mit einer Zehn-Prozent-Quote ließen sich viele Wünsche nicht erfüllen. Kleinere Klassen werden nicht möglich, Ganztagschulen als Regelfall bleiben in weiter Ferne, die Verbesserung der Ausbildung in den Hochschulen durch günstigere Betreuungsverhältnisse bleibt unerreicht, ein bedarfsdeckendes Stipendiensystem ist nicht in Sicht. Die Beschlüsse sind nach Aussage des Bildungswissenschaftlers Klemm deshalb nur ein erster Schritt.

Problematisch ist außerdem die Umsetzung dieser Beschlüsse im Rahmen des föderalen Systems. In der momentanen Ausgestaltung führt der Bildungsföderalismus zu einem unfairen Wettbewerb zwischen finanzstarken und –schwachen Ländern, wie bei der Konferenz deutlich wurde. Insbesondere die Rolle der Kultusministerkonferenz als koordinierendes Gremium wurde mit deutlichen Worten kritisiert. Das Fehlen

von Rahmenregelungen zu Besoldung und Laufbahnplanung habe zuletzt zu einer massiven Abwerbung von Lehrern und Wissenschaftlern aus ärmeren Ländern geführt.

Kritisiert wurde auch das im Grundgesetz festgeschriebene Kooperationsverbot, das Finanzhilfen des Bundes im Bildungsbereich verbietet. Ulla Burchardt, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, regte an, Bildung stattdessen als neue Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern im Grundgesetz festzuschreiben. Ralf Stegner, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, wies darauf hin, dass Bildungsausgaben Zukunftsinvestitionen seien: „Wir brauchen ein Bewusstsein dafür, dass Bildung strukturell unterfinanziert ist.“

MEHR ZUM THEMA

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06218.pdf>

Bildungspolitik von unten

Zu einer neuen Schulpolitik im Land riefen beim zweiten Bildungskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung Schüler, Lehrer, Eltern sowie Kommunal- und Wirtschaftsvertreter aus ganz Baden-Württemberg auf. Gefordert wurde unter anderem, dass endlich Schluss gemacht wird mit der frühen Trennung

von Kindern in unterschiedliche Schulformen. Auch die Ausgliederung von Kindern mit Behinderungen in Sondereinrichtungen müsse überwunden werden.

Prominente Unterstützung erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth.

„Veränderungen in der Schule hin zu längerem gemeinsamem Lernen sind nötig und gewünscht – man muss sie nur endlich auch zulassen. Auch eine moderne Pädagogik stößt im bestehenden System an Grenzen“, sagte Süßmuth. Schließlich diene das gemeinsame Ler-

nen in einer Schule auch dem Ziel, die Gesellschaft gemeinsam demokratisch zu gestalten: „Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es unumgänglich, milieu- und kulturübergreifende Erfahrungen zu sammeln. Wo, wenn nicht in der Schule, ist das sonst möglich?“ Süßmuth ermunterte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in ihrem Engagement für bessere Bildungschancen für alle Kinder nicht nachzulassen: „Die offizielle Bildungspolitik ist lei-

der oft ein Hemmschuh für Innovation, anstatt ihr Promotor zu sein.“

Frank Mentrup, MdL, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, fühlte sich bestätigt: „Die große Bereitschaft der Menschen sich einzubringen bereichert die bildungspolitische Debatte im Land. Die Landesregierung kann nicht länger die Augen vor dieser Bildungsbewegung von unten verschließen.“



Plädierte für Veränderungen im Schulsystem: die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth.

MARTIN SCHULZ ZU GAST BEIM MANAGERKREIS NRW

Nachhaltige Wirtschaftspolitik für ein soziales Europa

„Der Europäische Rat ist ein perpetuierter Wiener Kongress. Die europäischen Institutionen sind nicht auf der Höhe der Zeit: So können wir Europas Chancen im interkontinentalen Wettbewerb nicht verwirklichen!“ So lautete die harte Kritik, die der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, im Rahmen einer Veranstaltung des Managerkreises Nordrhein-Westfalen in den Düsseldorfer Rheinterrassen am 19. März übt.

Weiterhin hob er vor den 360 Gästen die überragende Bedeutung des EU-Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft hervor. Dieser Auffassung stimmte Dr. Winfried Materina, IT-Dienstleister aus Dortmund, in der Diskussion zu: „Die EU ist für uns ein Quell des Wohlstands.“ Als gemein-

samer Wirtschaftsraum biete die EU enorme Chancen im Wettbewerb mit den USA sowie den aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie Indien und China. In diesem Konkurrenzkampf könne Europa nur bestehen, wenn es seinen technologischen Vorsprung wahre und moderne, konkurrenzlose Pro-



Martin Schulz zu Gast beim Managerkreis in Düsseldorf. (Foto: Rußbult)

dukte samt der nachfolgenden Dienstleistungen herstelle.

„Dazu müssen wir konsequent in die Köpfe, in Forschung und technologische Entwicklung investieren“, so Schulz. Mit großer Sorge betrachte er deshalb die sinkende Akzeptanz der EU bei den Bürgern und die lahrende Reform der Institutionen. Sozialer Friede, so Schulz weiter, sei die Grundlage der EU: „Wachstum und soziale Teilhabe sind zwei Seiten einer Medaille.“ Die wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte habe dieses Modell in Frage gestellt und Europa nun in eine tiefe Legitimationskrise geführt, die bis zu Re-Nationalisierungsdebatten in einzelnen Mitgliedsstaaten reiche. „Soziale Standards und der Binnenmarkt sind gleichrangig und gleichermaßen von existentieller Bedeutung für Europa“, hob Martin Schulz hervor.

40 Jahre Arbeitsmarktpolitik in Deutschland

Vom AFG zu Hartz

— 40 JAHRE ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ – anlässlich dieses „runden Geburtstages“ hatte der FES-Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung am 25. März Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu einer Fachkonferenz nach Berlin eingeladen.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Olaf Scholz beschrieb die Herausforde-



Beschrieb die Herausforderungen des deutschen Arbeitsmarktes: Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. (Foto: Zensen)

rungerungen, vor denen der deutsche Arbeitsmarkt steht: Als 1969 das Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet wurde, gab es in der Bundesrepublik

gerade einmal rund 150.000 Arbeitslose. Gegenwärtig liegt die Zahl der Arbeitslosen weit über drei Millionen. Das Hauptproblem, Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren, bestehe darin, dass sehr viele von ihnen keine Schul- und Berufsabschlüsse haben. Hier wurde angesetzt, so Olaf Scholz, z.B. indem die Betroffenen einen Rechtsanspruch erhalten haben, einen Schulabschluss nachzuholen. Zur 40-jährigen Geschichte des Arbeitsförderungsgesetzes gehören auch die Hartz-Reformen. Andrea Nahles, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, befürwortet die Motivierung arbeitsloser Menschen auf Grundlage der Hartz-Reformen: Die bestehende

Förderung, Qualifizierung und Aktivierung von Arbeitslosen wertet sie als ein positives Element der Arbeitsmarktpolitik. Im Vergleich zu 1969, wo nach dem bis dahin bestehenden Arbeitsförderungsgesetz lediglich Transferleistungen gezahlt wurden, sei dies ein immenser Fortschritt. Anders sieht dies Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten: „Wir haben immer gesagt, wir sind für das Fördern. Im Moment haben wir allerdings den Eindruck, es wird mehr gefordert als gefördert. Wir dürfen nicht nur den Arbeitsmarkt, das Arbeitsministerium und die Bundesagentur isoliert für sich betrachten. Wir müssen zu einer Verzahnung kommen mit der Wirtschaft.“

+++ FES+++ KURZ GEFASST

+++ Für eine „neue Balance von Staat und Markt“ sprach sich Professor Peter Bofinger, „Wirtschaftsweiser“ von der Universität Würzburg, während einer Veranstaltung des FES-Landesbüros Niedersachsen in Hannover aus. Obwohl die Regierungen ohne Zögern finanz- und konjunkturpolitische Rettungspakete auf den Weg gebracht haben, laufen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen möglicherweise zu langsam an, so Bofinger vor den mehr als 400 Gästen. Politiker und Wirtschaftsexperten mussten nach Lösungswegen für eine globale Krise suchen, die es so bisher noch nicht gegeben habe. Er räumte mit Vorurteilen in Hinblick auf eine mögliche Verstaatlichung von Banken auf: „Man sollte Verstaatlichung nicht ideologisch sehen, sondern als Substitut zur Insolvenz“. +++

+++ FES+++ KURZ GEFASST

+++ Die Vernetzung der Betriebs- und Personalräte in der Region Dresden ist das Ziel des Projektes Canaletto, das vom DGB und den Einzelgewerkschaften getragen und vom FES-Büro Dresden unterstützt wird. Im Mittelpunkt der gemeinsam mit dem DGB durchgeführten Auftaktveranstaltung am 30. März in Dresden stand die Freischaltung der Internetplattform des Netzwerkes Canaletto. Das Netzwerk ermöglicht den Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten aller Branchen in Dresden und Ostsachsen einen schnellen und unkomplizierten Erfahrungsaustausch und Informationszugang. Darüber hinaus organisiert Canaletto Foren und Workshops zu verschiedenen Themenfeldern. Der sächsische Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit Thomas Jurk verwies darauf, wie wichtig die durch Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte ermöglichte Mitbestimmung im Unternehmen als Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft sei. +++

— Ausnahmen die Regel – Arbeitsmarktpolitik für Ostdeutschland

Die industrielle Entwicklung sei in den letzten Jahren im Osten der Republik besser verlaufen als im Westen, neue Energien seien dort Wachstumsmotor, so das Resümee des Sonderbeauftragten für die neuen Länder und Bundesbaueministers Wolfgang Tiefensee anlässlich der FES-Podiumsdiskussion „Die soziale Einheit vollenden. Arbeitsmarktpolitik für Ostdeutschland“ am 25. März in Leipzig.

Am Beispiel Leipzig erläuterte Tiefensee, wie außerordentlich der Einbruch der Arbeitsplatzzahlen nach dem gesellschaftlichen Umbruch 1990 gewesen ist: Von 120.000 Industriearbeitsplätzen sind 109.000 verloren gegangen. Der

Strukturwandel zur Wissensgesellschaft erfordere gerade in Ostdeutschland massive Investitionen und Zeit, der Solidarpakt sei absolut notwendig. Denn zwar gebe es auch im Westen einzelne Standorte, die negativ abfielen, im Osten jedoch nur einige, die herausragten. Das mache den Unterschied aus. Im Osten seien die Ausnahmen die Regel.



Podiumsdiskussion mit Wolfgang Tiefensee in Leipzig (Foto: Waldek)

VERANSTALTUNG ÜBER STÄDTE IM KLIMAWANDEL

Umbau statt Neubau?

Bei der Anpassung an die un- ausweichlichen Auswirkungen des Klimawandels kommt den Städten eine Schlüsselrolle zu, wenn es um die Vermeidung von CO₂-Emissionen geht. Wie Stadt- und Infrastrukturentwicklung, Bauen und Wohnen in Städten sich verändern müssen und inwiefern eine Internationale Bauausstellung (IBA) hierfür Anregungen und Impulse geben könnte, war Gegenstand einer Veranstaltung der FES, die gemeinsam mit der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) in Berlin stattfand.

Professor Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des PIK, machte deutlich, dass in den Städten aufgrund ihrer hohen Verdichtung nicht nur ein besonders hohes Einsparpotential für Emissionen liegt, sondern auch für Innovationen, die nötig sind, um die verschiedenen Transformationen zu gestalten. Die Lösungsansätze sind dabei auf wissenschaftliche und politische Entscheidungsträger angewiesen, die die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel einfordern, ihren Willen zum Handeln bekunden und eine klare Vision formulieren, erklärte Fritz Reusswig vom PIK. Günther Bachmann vom Rat für Nachhaltige Entwicklung machte deutlich, dass es bei der Herausforderung Klimawandel nicht um separate Einzellösungen gehen könne, so dass sich die Gestaltung einer Internationalen Bauausstel-

lung auch daran messen lassen müsse, ob sie Lösungen für die Gesamtheit der Stadtgesellschaft liefere. Die IBA könne einen entscheidenden Anstoß leisten, nicht jedoch Allheilmittel sein, erklärte Berlins Senatsbaudirektorin Regula Lüscher. Sie dürfe, betonte Axel Dörrie (SRL) in der Diskussion, allerdings auch nicht nur zu einer reinen Entwicklungsgesellschaft für das Tempelhofer Feld werden. Eike Sindlinger von ARUP/Integrated Urbanism (London) unterstrich das Einsparpotential großer Städte. Aus seiner Sicht bestehe die Notwendigkeit zur energetischen Sanierung bzw. Umrüstung der vorhandenen Bausubstanz. Denn hier – und nicht etwa im Neubau – liege die größte Herausforderung.

AUDIOLINK

www.fes.de/sets/s_akt.htm – Hörbar



Der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Prof. Hans Joachim Schellnhuber (Foto: Urban)

Renaissance der Stadt

Machen steigende Spritpreise die Stadt gegenüber der Vorstadt wieder attraktiver? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Veranstaltung „Renaissance der Stadt durch steigende Mobilitätskosten – Herausforderung für die Stadt- und Verkehrsplanung“, die am 22. Januar in Berlin stattfand.

Zunächst gingen Maria Krautzberger, Staatssekretärin für Stadtentwicklung in Berlin, und Prof. Martin Haag vom Institut für Mobilität und Verkehr an der Uni Kaiserslautern

den Trends und Tendenzen in den Städten nach. Dabei stellte Krautzberger die steigenden Mobilitätskosten in eine Reihe mit anderen Einflussgrößen, etwa dem demografischen Wandel oder der wachsenden Zahl von Single-Haushalten, Patchwork- und Wochenendfamilien. Dies stelle neue Anforderungen sowohl an Städtebau als auch an Angebote im öffentlichen Nahverkehr.

Auch für Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee steht nicht mehr in Frage, dass es

eine Renaissance der Städte gebe. Dies werfe aus seiner Sicht allerdings eine Reihe neuer Handlungsfelder auf, vom Ausbau altersgerechter Wohnungen bis hin zur Zukunft ländlicher Räume. Um die Auswirkungen des Individualverkehrs in den Städten zu dämpfen, forderte Sören Bartol, stellvertretender Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, unter anderem eine Ausweitung von Car-Sharing-Angeboten.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST

+++ Im Landesbüro Brandenburg staunte man nicht schlecht, als im Januar innerhalb von wenigen Tagen eine Anmeldeflut von über 400 Anmeldungen für den Vortrag von Altkanzler Gerhard Schröder eingingen. Am Ende kamen 740 Menschen zu der Veranstaltung.

„Verstehen wir die Russen richtig – ist unser Umgang mit ihnen angemessen?“, lautete das Thema in der Veranstaltungsreihe Brandenburger Gespräche unter der Leitung

von Manfred Stolpe. Gerade war in der Ukraine der Erdgastransport ins Stocken geraten. Gerhard Schröder als Aufsichtsratsvorsitzender eines Unternehmens, das eine Gaspipeline durch die Ostsee legen möchte war da ein gefragter Gesprächspartner. Er trat energisch für eine enge Partnerschaft zwischen der EU und Russland ein. Die Darstellungen Russlands in Westeuropa hält er für nicht objektiv. +++

+++ Die Diskussion über Lösungsansätze in Sachen Energiewirtschaft seien an mancher Stelle mehr ideologisch als sachlich begründet, sagte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel am 23. Februar in Zwickau. Bei der FES-Podiumsveranstaltung „Energiekosten – Der Brotpreis des 21. Jahrhunderts?“ debattierte er mit dem Zwickauer Bundestagsabgeordneten Andreas Weigel und mehr als einhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Westsächsischen Hochschule. Angesichts der in Teilen der Politik geforderten längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke mit dem Argument, so mehr und billiger Energie produzieren zu können, fragte er sich, so Gabriel, warum dies dann heute noch nicht funktioniere, wo diese Kraftwerke alle noch am Netz seien. Neben dem forcierten Einsatz erneuerbarer Energien sei massiv gesteigerte Energieeffizienz eine notwendige Antwort auf endliche Ressourcen und den Klimawandel. +++



Studie über neue
Nutzung von Rundfunk-
frequenzen

Breitband-Land

— DEUTSCHLAND HAT „WEISSE FLECKEN“. Gemeint sind Regionen und Landstriche, die immer noch nicht mit breitbandigen Internetanschlüssen versorgt sind. Deutschlandweit sind etwa 12% der Haushalte von diesem Mangel betroffen. Besonders dramatisch ist die Lage in Flächenländern wie Brandenburg – hier können etwa 35% der Haushalte nicht auf schnelles Internet zugreifen.

Was für den einzelnen Nutzer im alltäglichen Surfverhalten unschön ist, kann für Unternehmen zu einem großen Wettbewerbsnachteil werden. Breitbandanschlüsse sind in einer modernen Informationsgesellschaft nicht bloße Staffage, sondern unabdingbare Standortkriterien. Es verwundert also nicht, dass die Bundesregierung im Rahmen ihres Konjunkturpaketes II dezidiert eine Breitbandstrategie für Deutschland entwirft: Bis 2010 sollen alle deutschen Haushalte mit Breitbandinternet von mindestens 1 Mbit versorgt sein. Bis 2014 sollen 75% der Haushalte sogar an 50-Mbit-Leitungen angeschlossen werden. Auch auf europäischer Ebene hat das Thema Breitbandversorgung Wellen geschlagen. EU-Kommissionspräsident Barroso hat sich nach langem Ringen mit einem EU-Konjunkturpaket über fünf Milliarden Euro durchgesetzt, die zu großen Teilen in den Ausbau von Breitbandstrukturen fließen sollen. Doch auch auf der lokalen Ebene wird an der Zukunft gearbeitet. In Brandenburg wurde im März 2009 ein Pilotprojekt von Bundesnetzagentur und Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) gestartet, das die Grenzen und Möglichkeiten

von Funkbreitband ausloten soll. Hier werden ehemalige Rundfunkfrequenzen genutzt, um Breitbandkommunikation zu ermöglichen. Denn gerade in der Fläche ist der Ausbau von Kabelnetzen (Glasfaser-DSL) sehr kostspielig. Funkfrequenzen könnten eine preiswerte Alternative darstellen. Die FES treibt die Debatte um den Infrastrukturausbau in ländlichen Regionen voran. So analysiert eine neue Studie, welche technischen Lösungen beim Anschluss ländlichen und städtischen Raumes praktikabel sind. Zentraler Ansatz der Studie ist die Beantwortung der Frage, welche Ausbaumaßnahmen langfristig sinnvoll und rentabel sind. So soll verhindert werden, dass Investitionen bereits nach kurzer Zeit von neueren Maßnahmen überholt werden. Um politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Entscheidungsträger zu diesen wichtigen Fragen an einen Tisch zu bringen, veranstaltete die FES am 19. März einen Informationstechnischen Dialog in Berlin. Hier stellte der Direktor der MABB, Hans Hege, die neuesten Erkenntnisse des brandenburgischen Pilotprojektes vor. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich neben

politischen Entscheidern wie dem Bundestagsabgeordneten Martin Dörmann die Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur Dr. Iris Henseler-Unger, der Abteilungsleiter Rechtsfragen der Regulierung der Bundesnetzagentur Dr. Rüdiger Hahn, Wissenschaftler, Mobilfunkunternehmer sowie Rundfunkanbieter.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/medienpolitik.

Mehr als Platz zwischen den großen Städten

Vom Emsland bis an die Küste, von der Lüneburger Heide bis in den Harz prägen ländliche Räume das Land, als Kulturlandschaft, als Kornkammer, mit Fleischveredlung und ökologischem Anbau und nicht zuletzt als Tourismusregion. Sie sind wichtiger Teil des Standortes Niedersachsen und bedeutend für die Zukunftsfähigkeit des Landes – für seine Wirtschaftskraft, zukunftsfähige Arbeitsplätze und Lebensqualität.

Gleichzeitig sind die ländlichen Räume angesichts von demographischem Wandel und einer veränderten europäischen Agrarpolitik im Umbruch. Auch die Herausforderungen von Klimaschutz und gestiegenem

Umweltbewusstsein bilden neue Rahmenbedingungen, auf die die Regionen sich rechtzeitig einstellen müssen.

Das Potenzial ist vorhanden: der Landwirt als Energiewirt, der „Bio-Boom“ als deutliches Zeichen hoher Qualitätsansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher und die Zunahme von Inlandstourismus sind gute Beispiele für die positiven Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen. Um sie zu nutzen, braucht es einen Dialog aller, die Verantwortung für die Zukunft übernehmen wollen – von den aktiven Landwirten bis zur ländlichen Bevölkerung, von Kirchen und Verbänden hin zu Politik und Gewerkschaften.

Mit der neuen Veranstaltungsreihe „Niedersachsen. Unser Land. Starke Regionen.“ bietet die FES dazu eine Plattform. Start der Reihe bildete die Veranstaltung „Regionalvermarktung als Strukturpolitik für ländliche Räume“ am 8. Januar in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte in Papenburg im Emsland, mit dem Fokus auf Erzeugung und Vermarktung regionaler Produkte.

Thema der zweiten Veranstaltung am 11. März in Göttingen war die Perspektive gentechnikfreier Regionen. Eines der spannenden Ergebnisse hier: gentechnikfreie Erzeugung hilft, Beschäftigung in der Region zu halten.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++

+++ Über die **Folgen des Klimawandels**, speziell für die norddeutschen Küstengebiete, berichtete die Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung, Prof. Dr. Karin Lochte, im Rahmen des Bremerhavener Dialogs der FES: sie reichen von der steigenden Temperatur in der Nordsee, über den Anstieg des Meeresspiegels bis zur Veränderung der Artenzusammensetzung bei den Meeresorganismen. In der Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, welche Maßnahmen sowohl zum Schutz des Klimas als auch zur Anpassung an den Klimawandel ergriffen werden müssten. Als politische Handlungsnotwendigkeit wurde nicht nur die Verringerung der CO₂-Emissionen betont, sondern auch über Maßnahmen in der Fischerei, im Deichbau oder auch in der Landwirtschaft nachgedacht. +++

+++ Auch wenn das Investitionsvolumen im Verkehrsbereich durch das erste Konjunkturprogramm der Bundesregierung mit 11,2 Mrd. im Jahr

2009 ein Rekordniveau erreicht, bleibt es weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Zudem ist das Infrastrukturprogramm auf lediglich zwei Jahre befristet und nicht als langfristige Maßnahme angelegt. Den Ausweg sieht Dr. Wilhelm Pällmann, der als Vorsitzender der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung im Jahr 2000 richtungsweisende **Vorschläge zur Nutzerfinanzierung des Verkehrs** erarbeitet und damit die Einführung der LKW-Maut in Deutschland vorbereitet hat, in der vollständigen Verkehrsinfrastrukturfinanzierung durch den Nutzer. In seinem elf Thesen umfassenden Aufsatz, der am 16. Februar vom Sprecher der permanenten Arbeitsgruppe Verkehr des Managerkreises, Dieter Bock, vorgestellt wurde, plädiert Pällmann dafür, dass das Leitbild „Verkehr finanziert Verkehr“ in allen Sektoren schnellstmöglich systematisch und konsequent umgesetzt werden müsse.

www.managerkreis.de/media/Verkehr_finanziert_Verkehr_2009

Ungeduld zu groß gewesen

„Perfekt war das nicht zu machen, es gab keinen Masterplan“, konstatierte Reinhard Höppner, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, die Schwierigkeiten im Prozess der deutschen Einheit. Die Zeit nach der Euphorie vom Herbst 1989 müsse man scharf in den Blick nehmen, denn nur so könne man erkennen, wo Fehler gelegen haben oder wie es zu manch verfestigtem Missverständnis zwischen „Ossis“ und „Wessis“ kommen konnte, so der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Lehmann-Grube bei einer Podiumsdiskussion am

10. Februar in Leipzig. Höppner erinnerte daran, dass sich den politischen Akteuren angesichts der sich überstürzenden Ereignisse unglaublicher Gestaltungsspielraum geöffnet habe, aber oft der Wille und auch der Mut fehlte, diesen Spielraum zu nutzen. Podiumsgast war u. a. die DDR-Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe, die einen kritischeren Blick auf die Geschichte des nach wie vor un abgeschlossenen Einigungsprozesses warf. Sie wünschte sich, dass die gelungene Revolution endlich Eingang finde in die gesamtdeutsche Freiheitsgeschichte. Mit Blick auf die

rasch vollzogene Einheit sagte sie, Eile sei nicht in allen Punkten nötig gewesen. Höppner jedoch verwies auf die Ungeduld, die zu groß gewesen sei für manch bessere Entscheidungen – wie auch immer diese hätten aussehen können.

Sachsen-Anhalts ehemaliger Ministerpräsident Reinhard Höppner bei einer Podiumsdiskussion in Leipzig (Foto: Waldek)



Gotha im Wandel

Im historischen Saal der Tivoli-Gedenkstätte im thüringischen Gotha wurde sowohl mit der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei im Jahr 1875 als auch 115 Jahre später mit der Gründung des ersten Landesverbandes der SPD in der damaligen DDR sozialdemokratische Geschichte geschrieben. Aber nicht um die sozialdemokratische Tradition der Städte zu würdigen, waren am 3. März über einhundert Bürger der Einladung der Landesvertretung der FES gefolgt, sondern um über die städtische Entwicklung Gothas seit 1989 zu diskutieren. Auf dem Podium richteten zwei ehemalige sowie der amtierende Oberbür-

germeister Gothas den Blick nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch auf zukünftige Perspektiven und Herausforderungen der Stadtentwicklung. Der Leiter des Gothaer Stadtplanungsamtes, Roland Adlich, skizzierte Wandlungsprozesse der urbanen Entwicklung. Dabei teilte er die Entwicklung Gothas in vier Phasen: Einer Phase der „sozialistischen Umgestaltung“ bis zum Jahr 1989 folgten von 1990 bis 1995 die „Wildost-Marktwirtschaft“ und daran anschließend eine „Findungs- und Planungsphase“. Seit dem Jahr 2000 befände sich die Stadt in einer „Umsetzungs- und Schrumpfungsphase“. Diese letzte Phase und

ihre Bedeutung für die Stadtentwicklung Gothas wurde genauer beleuchtet. Dabei wurden vor allem mögliche Chancen des Strukturwandels bei rechtzeitiger Planung in den Mittelpunkt der Betrachtungen gerückt. Dem neuen Leitbild Gothas „Leben zwischen Grün und Kultur“ folgend, wurde vor allem die Chance einer Rückführung freierwerdender Räume an die Natur beschrieben. Der Ausblick, trotz der durch den Strukturwandel begründeten Schrumpfung, war grundsätzlich durch eine positive Einstellung geprägt. Ein Gast der Veranstaltung bemerkte: „In Gotha glänzt nicht alles, was trotzdem Gold ist.“

Die Bundeswehr in Afghanistan

Seit dem ersten Mandat des Bundestages für die Beteiligung der Bundeswehr im Rahmen des ISAF-Einsatzes in Afghanistan am 22. Dezember 2001 haben rund 30.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst für die Sta-

bilisierung des Landes geleistet. Aktuell ist das Mandat bis zum 13. Dezember 2009 bei einer Aufstockung der personellen Obergrenze auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten verlängert. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, zog am 3. Februar vor mehr als 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn eine Bilanz nach rund acht Jahren Einsatz. Der Wiederaufbau des Landes sei noch nicht abgeschlossen und ein vorschneller Abzug aller ausländischen Kräfte würde die gespannte Si-

cherheitslage enorm belasten. General Schneiderhan und der Stellvertretende Generalkonsul der Islamischen Republik Afghanistan, Mir Abdul Alim Daqiq, riefen gemeinsam dazu auf, das internationale Engagement für den zivilen Wiederaufbau weiter zu forcieren. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Ulrike Merten, MdB, betonte eindringlich, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei und so auch in Zukunft jeder Auslandseinsatz durch einen Beschluss des Bundestages genehmigt werden müsse.

Bilanz des Afghanistan-Einsatzes: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, zu Gast bei der FES in Bonn (Foto: Raschke)



PLANSPIEL MIT DER BUNDESWEHR

Soldaten in neuen Rollen

Angesichts der Zahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr bleibt vielen Einheiten immer weniger Zeit für Seminare der politischen Bildung. Auch das Instandsetzungsbataillon 172 der Bundeswehr in Beelitz bei Potsdam kann ein Lied davon singen, da es u. a. auch in Afghanistan eingesetzt wird. Dennoch fanden sich Anfang März über vierzig Soldaten, um in einem Planspiel des FES-Landesbüros Brandenburg die Rollen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu übernehmen.

Die beiden erfahrenen Erwachsenenbildner Hartmut Schanz und Michael Peter stützen sich bei diesem Planspiel auf die

Computersimulation „Ecopolicy“ von Prof. Frederic Vester. Hierbei können die Entscheidungen des Parlaments eingegeben und dann deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft abgelesen werden. „Wir haben viel dabei gelernt und es hat trotzdem Spaß gemacht“, fassten einige Soldaten

ihre Seminarkritik zusammen. Die „reale“ Abgeordnete Klara Geywitz aus Potsdam, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Brandenburg, ergriff die Gelegenheit, am dritten Seminartag mit den Soldaten über ihre Parlamentserfahrungen zu sprechen und Fragen zu beantworten.



Planspiel mit Soldaten: Das FES-Büro Brandenburg vermittelt Arbeitsweisen des Parlaments. Planspiel mit Soldaten: Das FES-Büro Brandenburg vermittelt Arbeitsweise des Parlaments.

Immer in Bewegung

Dass in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt, wussten schon die alten Römer. Moderne neurowissenschaftliche und lernpsychologische Forschungen liefern dazu heute harte Fakten: Bewegung entspannt den Körper, fördert die Durchblutung und versorgt das Gehirn mit mehr Sauerstoff. Aufnahme- und Wahrnehmungsfähigkeit, Konzentrations- und Denkvermögen verbessern sich. Beim Lernen bewegt sich etwas in unserem Oberstübchen, die „Verkabelung“ verdichtet sich, es bilden sich neue Synapsen oder „Knotenpunkte“ heraus.

Politische Bildung, die wirksam und nachhaltig sein will, stellt sich diesen Erkenntnissen u. a. in Bildungsurlaubsseminaren des Forum NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung. So steuern die Teilnehmenden des Seminars „Das Ruhrgebiet auf dem Weg in die Zukunft? Dem Struktur-

wandel mit dem Fahrrad auf der Spur“ mit dem Fahrrad z. B. Automobil-, Stahl- oder Kraftwerke, Industriemuseen, Struktur- und Wirtschaftsförderungsprojekte, Informations- und High-Tech-Firmen, Initiativen, Behörden und Vereine an. Experten und Kommunalpolitikerinnen informieren und demonstrieren Zusammenhänge vor Ort. Vorträge mit anschließender Diskussion und Informationen in Verbindung mit Führungen zu Fuß oder per Fahrrad wechseln sich ab. So prägen sich, wie z. B. bei Opel in Bochum, Ausführungen über die Automatisierung und

Verdichtung von Produktionsprozessen viel besser ein, wenn die Teilnehmenden die Bilder der Industrieroboter vor Ort „abspeichern“ und beim Erinnern wieder „zuschalten“ können. Wer mit allen Sinnen



Andere Perspektiven: Politische Bildung per Fahrrad erschließt auch bereits Bekanntes wieder neu. (Foto: Grohmann)

lernt, lernt effektiver. Aber es gibt noch einen Grund für die Beliebtheit dieser Form des politischen Lernens: immer wieder stoßen die Teilnehmenden auf Bezugspunkte zur eigenen oder der familiären Biographie. Umbrüche und Schlüsselereignisse im persönlichen Erwerbsleben, in der Geschichte der Familie, der Kolleginnen und der Nachbarschaften können so als Teil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels erkannt und politisch reflektiert werden. Dass so die Chance für politische Handlungsbereitschaft wächst, haben auch einige der Teilnehmenden erkannt: „Wir sind die Multiplikatoren, die das Ruhrgebiet braucht.“

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Um in einer Zukunftswerkstatt neue Perspektiven für ihren Stadtteil zu erarbeiten, führten der **Bürgerverein Hohenschönhausen** e.V. und die FES im Januar 60 Bewohnerinnen und Bewohner des Berliner Stadtteils Hohenschönhausen im Alter von 15 bis 75 Jahren für zwei Tage zusammen. Staatssekretär Ulrich Kasparick, die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Karin Seidel-Kalmutzki und Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich zeigten sich begeistert angesichts dieses bürgerschaftlichen Engagements und beteiligten sich an der Analyse der kommenden Herausforderungen. Die Zukunftswerkstatt endete mit Konkretem: Unter anderem wird daran gearbeitet, ein Bürger- und Kulturforum zu errichten, das „Wiki“ für Hohenschönhausen ist schon Realität und man kümmert sich um die Infrastruktur und den Bildungs- und Erziehungsstandort Hohenschönhausen. +++

Jugend trifft Politik im
Superwahljahr 2009

„Bringt euch ein!“

— „POLITIKER VERSPRECHEN EINEM IMMER DAS BLAUE VOM HIMMEL, gemacht wird aber nichts! Also warum wählen gehen?“, beschwerte sich ein Schüler. „Ich wähle keine Partei, die nichts für mich macht“, argumentierte ein anderer Teilnehmer bei der Fishbowl-Diskussion zum Superwahljahr am 4. März in Berlin.

In „You talk – Jugend trifft Politik“ hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, in der Diskussionsrunde des Forums Politik

Bundesjugendrings, ins Gespräch zu kommen.

Angelica Schwall-Düren erklärte den Jugendlichen, dass Politik zwar keine schnellen

Lösungen und Veränderungen anbieten könne, die Interessen und die Wünsche der Jugendlichen aber ernst genommen würden. Sie plädierte dafür, dass Jugendliche sich in Verbänden, Vereinen bzw. Parteien engagieren sollten. Mit den Worten „Ihr sollt bei uns auf der Matte stehen“ for-

wahlberechtigt. Wolfgang Gaiser wies aber darauf hin, dass Jungwähler grundsätzlich weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, weil sie sich zu wenig mit Politik auseinandersetzen. Auch er forderte die Jugendlichen auf, sich mehr zu engagieren.

Zum Abschluss der Diskussion äußerten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Superwahljahr 2009 den Wunsch nach mehr Investition in Bildung und Schulen und mehr Möglichkeiten, einen Schulabschluss nachzuholen. Die Politikerinnen und Experten plädierten für die verstärkte Nutzung der vielfältigen politischen und gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten für junge Leute. Denn schließlich „macht es Spaß, die eigene Meinung zu sagen“, kommentierte ein Teilnehmer.



Spaß an der eigenen Meinung: Jugendliche zeigen Engagement in den Fishbowl-Diskussionen.

und Gesellschaft mit den Politikerinnen Dr. Angelica Schwall-Düren (MdB) und Sandra Scheeres (MdA) sowie mit den beiden Experten Dr. Wolfgang Gaiser vom Deutschen Jugendinstitut München und Florian Dallmann, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen

Abgeordnete die Jugendlichen heraus. Sandra Scheeres, die im Ausschuss für Jugend, Bildung und Familie des Berliner Abgeordnetenhauses sitzt, wies die Jugendlichen auf ihr Wahlrecht hin – in Berlin ist man bei den Kommunalwahlen ab 16 Jahre

FISHBOWL ZUR JUGENDKRIMINALITÄT

Dein Leben, dein Kiez, deine Welt

Jugendkriminalität hat viele Facetten: Sie fängt manchmal ganz klein an – mit Mobbing unter Mitschülern, Diebstählen oder Vandalismus an der Schule und im Kiez. Später kommt es zu schweren Gewalttaten, Erpressung oder sogar Tötungsdelikten. Einer, der ge-

zeigt hat, dass der Absprung möglich ist, ist Fadi Saad. Er war Mitglied einer kriminellen Jugendgang und ist heute

Quartiersmanager im Berliner Bezirk Neukölln. Erfah-

Berichtete von seinem Absprung aus der Jugendkriminalität: Quartiersmanager Fadi Saad, (Foto: Kelm)



rungen in diesem Stadtteil hat auch die Lehrerin Ursula Rogg gesammelt, die jahrelang an einer „Problemschule“ unterrichtete, bis sie vor den vielen Schwierigkeiten dort kapitulierte. Fadi Saad und Ursula Rogg haben ihre Erfahrungen in Autobiographien festgehalten, aus denen sie im Rahmen eines literarischen Fishbowl des Forum Politik und Gesellschaft rund 200 Schülerinnen

und Schülern vorlasen. Lebhaft diskutiert wurde über die gegenwärtigen Zustände an den Berliner Schulen: Dort sei oft ein Klima der gegenseitigen Respektlosigkeit zu spüren. Wenn Jugendliche kriminelle Handlungen und Gewalttaten begingen, würde oft von Seiten der Lehrkräfte und Eltern aus Hilflosigkeit einfach wegesehen. Viele Probleme resultierten aus fehlender Anerken-

nung, Missverständnissen und Vorurteilen gegenüber anderen Kulturen und Religionen. Hier sei es wichtig, aufeinander zuzugehen und sich für neue Eindrücke zu öffnen. Die beste Prävention von Gewalt und Kriminalität, so der Konsens der Teilnehmer/innen sei ein intaktes soziales Netz aus Familie, Freunden, Schule und Freizeiteinrichtungen.

PLANSPIEL KOMMUNALPOLITIK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Nur ein Antrag ging durch

Der Rathaussaal in Landau war bis auf den letzten Stuhl besetzt. Nicht die 24 Stadträte, sondern 50 Schülerinnen und Schüler konnte der Landauer Bürgermeister Josef Brunner (CSU) herzlich willkommen heißen. Die echten Stadträte mussten dieses Mal als Zuhörer auf der Tribüne Platz nehmen. Zuvor hatten die zwei zehnten Klassen bereits eine echte Stadtratssitzung besucht und anschließend Vertreter aller politischen Parteien des Landauer Stadtrates sowie den Landrat Heinrich Trapp (LK Dingolfing-Landau/SPD) ken-

nen gelernt. Mit ihnen zusammen formulierten sie anschließend sechs Anträge und Anfragen für die ungewöhnliche Ratssitzung.

Die Schülerinnen und Schüler, die bisher nur wenig mit Kommunalpolitik zu tun hatten, brachten über die Vorsitzenden ihrer insgesamt sechs Fraktionen einen Antrag ein. Bürgermeister Brunner gab jeweils eine kurze Stellungnahme aus Sicht der Verwaltung ab und moderierte dann die Sitzung. Bei allen Anträgen ergab sich ein offener Schlagabtausch. Fazit: Fünf der sechs Anträge

gingen den „Bach runter“. Lediglich der Antrag, die Aschenbahn im Gymnasium Landau zu einer Tartanbahn auszubauen, fand im Schülergremium eine deutliche Mehrheit. Trotz des eher ernüchternden Ergebnisses hatten die Schülerinnen und Schüler des Landauer Gymnasiums Spaß. Auch nach dem offiziellen Ende der Sitzung blieben viele noch im Rathaussaal und diskutierten im kleinen Kreis weiter – auch mit dem Bürgermeister, der als Hausherr erst am späteren Abend das Rathaus abschließen konnte.

— Was tun Politiker eigentlich den ganzen Tag?

Jugendliche haben oft keinen Bezug zur Politik und Politikern. Zusammenhänge bleiben unerklärt, werden nicht verstanden und sind somit auch uninteressant: ein Teufelskreis. Um diesem zu entrinnen, folgten 21 Schülerinnen und Schüler aus Eisenach und Erfurt der Einladung des Landesbüros Thüringen zu dem Projekt „Mein Tag in der Politik – Was machen Politiker eigentlich den ganzen Tag?“ Ziel war es, hinter die Kulissen des Politikerjobs zu schauen. Bei Gesprächen mit Peter Metz (Landesvorsitzender der Jusos Thüringen) und Uwe Höhn (Abgeordneter im Thüringer

Landtag und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion) stellten die Jugendlichen sowohl persönliche als auch politische Fragen. So erfuhren die Schüler zum Beispiel, was als Kind der Traumberuf der Politiker war oder wie der Umgang zwischen den Politikern verschiedener Parteien abseits der politischen Bühne ist. Außerdem besuchte die Gruppe den Landtag. Bei einem Treffen im Erfurter Bürgerradio „Funkwerk“ wurden die Erlebnisse in einer Radiosendung verarbeitet.

Konferenz über Nutzen
und Risiken von
Computerspielen

Ausgespielt?!

— COMPUTERSPIELE UND VIRTUELLE WELTEN sind für viele Kinder und Jugendliche ein fester Bestandteil ihres Alltags. Aber können „Killerspiele“ einen jungen Menschen zum Amokläufer machen?



Nachhilfe für die „Alten“: viele Erwachsene müssen die „Kulturtechnik“ der Computerspiele erst noch erlernen. (Foto: Kelm)

Kontrovers wird darüber diskutiert, welche Risiken das regelmäßige Computerspielen birgt, in welchem Ausmaß Verbote bestimmter Spiele sinnvoll sind, aber auch welches pädagogische Potential Computerspiele mit sich bringen. Diesen Fragen widmete sich das Forum Politik und Gesellschaft in der zweiten Konferenz der Reihe „Jugend und Neue Medien“. Die Gefahr, Fiktion und Realität nicht mehr unterscheiden zu können, aggressiv zu werden und selbst Gewalttaten zu begehen, treffe nur eine Risikogruppe von max. drei Prozent der Nutzer/innen von Computerspielen, erklärte Professor Winfried Kaminski, Leiter des Instituts für Medienforschung und Medienpädagogik an der Fachhochschule Köln. Bei diesen Spieler/innen kämen aber auch immer weitere Faktoren wie psychische Labilität oder

soziale Isolation hinzu. Ein Problem, das eine weitaus größere Nutzergruppe betreffe, so Linda Breitlauch, die erste Gamedesign-Professorin Europas von der Mediadesign-Hochschule Düsseldorf, sei das Suchtpotential von Spielen – insbesondere von solchen, die in Spielergemeinschaften gespielt würden.

Rigide Verbote von Computerspielen seien der falsche Weg, da sie die Problemursachen nicht bekämpfen würden, stellte der Berliner Bildungssektor Prof. E. Jürgen Zöllner klar. Werde ein Computerspiel verboten oder auf den Index gesetzt, erklärte Malte Behrmann, Generalsekretär der European Game Developer Federation, sei das die beste Werbung, die sich die Branche vorstellen könne. Eine effektive Prävention von Medienmissbrauch könne nur gelingen, betonten die Expertinnen und Experten, wenn Eltern und Pädagog/innen Computerspiele als Unterhaltungs- und Lernmedium ernst nähmen, als Vorbilder wirkten und Kinder und Jugendliche kompetent zu einer verantwortlichen Mediennutzung anleiteten.

Die Reihe „Jugend und Neue Medien“

Medienkompetenz stellt für Jugendliche den besten Schutz vor Gefährdungen dar, so die zentrale These der neuen Veranstaltungsreihe „Jugend und Neue Medien“. Eltern, Pädagogen und Betreuer tragen durch ihre Vorbild- und Kontrollfunktion Verantwortung für die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. Oft fehlen ihnen jedoch Erfahrungen im Umgang mit den neuen Medien, um die Mediennutzung der Jugendlichen anzuleiten bzw. zu kontrollieren. Ziel der Reihe ist es daher, Personen die mit Jugendlichen in Schule und Freizeit arbeiten, über die Herausforderungen moderner Kommunikations- und Unterhaltungstechnologien zu informieren und sie für die Bedeutung einer konstruktiven Medienarbeit zu sensibilisieren. 2009 wird sich die Reihe den „Sozialen Netzen im Internet“ widmen, d. h. der zunehmenden Bedeutung von Internetportalen wie MySpace und SchülerVZ und den dadurch entstehenden Herausforderungen an gezielten Daten- und Jugendschutz.

Computerspielen müsse als „Kulturtechnik“ gesehen und Herausforderung und Chance für die kulturelle Jugendbildung begriffen werden, unterstrich Prof. Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates. Nur ein kleiner Prozentsatz der auf dem Markt verfügbaren Spiele drehe sich um Gewalt, bei den restlichen ginge es um Sport, Abenteuer, Strategie und Unterhaltung. Positive Beispiele von sogenannten serious games, die Wissen und Werte an junge

Menschen anschaulich vermitteln, gebe es nicht nur in der Bildungsarbeit, sondern auch in der gesundheitlichen Aufklärung, betonte Sabine Kaspeleit, Mitglied des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung. Computerspiele hätten ein Faszinationspotential, von dem Erwachsene noch etwas lernen müssten, so Berlins Bildungs-senator. Ein wichtiger Beitrag der Reihe „Jugend und Neue Medien“ besteht daher nicht zuletzt auch darin, die Wissenslücke zwischen Erwachse-

nen und Jugendlichen zu überbrücken, die mit Blick auf das technische Know-how und die Nutzung neuer Medien besteht. Im Rahmen einer LAN-Party hatten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, aktuelle Computerspiele und Medientechnik aus nächster Nähe kennen zu lernen.

MEHR ZUM THEMA

www.tele-task.de/series/list/680

Türöffner Open Space

Es war eine kleine Revolution, als das Forum Politik und Gesellschaft im Jahr 2000 den ersten „Open Space“ in der FES durchführte. Katja Meyer (KM), der damaligen Leiterin des Forums Politik und Gesellschaft, und Hiltrun Hütsch-Seide (HHS) von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, dem langjährigen Kooperationspartner der FES, erinnern sich.

FES: Wie seid Ihr damals auf die Idee gekommen, das in Deutschland damals noch sehr unbekanntes Konzept in der FES auszuprobieren?

KM: Wir hatten damals gerade angefangen, stärker mit der Zielgruppe der Jugendlichen zu arbeiten. Da war es uns natürlich wichtig, stärker beteiligungsorientierte Formate zu entdecken. Heute kann man sich die anfängliche Skepsis unter den Kollegen gar nicht mehr vorstellen.

Der Open Space war quasi der Türöffner für partizipative Veranstaltungsformate in der FES. In der Folge haben wir viele andere Konzepte ausprobiert, z. B. Fishbowl oder World Café.

FES: Der Open Space ist ein Format, das den Teilnehmer/innen die Initiative überlässt und kaum Vorgaben macht. Wenn man bisher nur konventionelle Konferenzen kennt, muss das am Anfang sehr ungewöhnlich gewesen sein.

KM: Wir hatten am Anfang auch selbst Zweifel daran, ob das alles tatsächlich klappen würde. Vor meinem ersten Open Space habe ich daher auch sicherheitshalber einige „Joker“ angesprochen, die notfalls einige Anliegen einbringen sollten. Aber die

kamen gar nicht zum Einsatz. Es war sofort eine unglaubliche Initiative bei den Teilnehmern da. Ich war überwältigt.

FES: Was hat dazu geführt, dass sich der Open Space als Veranstaltungsformat bewährt hat?

HHS: Er bietet den Jugendlichen einen Raum, vor anderen zu sprechen, sich auszutauschen und Initiative zu ergreifen. Gerade die, die in schwierigen Umständen leben, erleben hier, dass ihnen jemand zuhört und sie ernst nimmt.

KM: Sie merken auch, dass sie etwas bewegen können, wenn sie Einsatz zeigen, und dass sie andere oft ganz leicht motivieren können, bei einem Projekt mitzuarbeiten.

HHS: Darüber hinaus eignet sich der Open Space auch sehr gut dazu, heikle Themen anzusprechen – so wie bei unserer Reihe „Jugend im gewaltfreien Raum“. Das Thema Gewalt ist ja durchaus mit vielen Tabus belegt. Bei unserem Open Space sprachen viele Jugendliche dann oft ganz offen darüber, dass sie Gewalt erlitten haben oder auch selbst einmal Täter waren.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Im Rahmen des **Filmfestivals „uebermacht“** zeigte das Forum Politik und Gesellschaft der FES in Berlin den mehrfach ausgezeichneten Film „Faustrecht“ von den Regisseuren Bernard Weber und Robi Müller und diskutierte ihn mit Jugendlichen. „Faustrecht“ dokumentiert den schwierigen Weg zweier Intensivstraftäter durch Haft, Therapie und ihren Versuch, ein neues Leben ohne Gewalt zu beginnen. Der Regisseur des Films, Bernard Weber, schilderte eindrücklich, dass zur Verhinderung von Gewaltkarrieren vor allem „aktives Hinsehen“ der Eltern, der Schule und der Gesellschaft gefragt ist. ++ +

+++ Ein zweitägiges „Demokratielabor“ gab Schülerinnen und Schüler der Berufsschule 4 in Nürnberg Anfang März Antworten auf die Fragen: **Wie sieht eine demokratische Gesellschaft aus?** Wie werden demokratische Entscheidungen getroffen und mit welchen Problemen sieht sich die Demokratie heute konfrontiert? Die Jugendlichen entwickelten für einen fiktiven Staat eine demokratische Ordnung, setzten Schwerpunkte in ver-

schiedenen politischen Gruppierungen und starteten Wahlprogramme. Am Ende wurde durch eine demokratische Wahl über die Zukunft des Staates entschieden. ++ +

+++ **Die Diskriminierung und Ausgrenzung, die Homosexuelle an den Schulen erfahren**, sowie die verschiedenen Perspektiven, die die Weltreligionen auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen haben, standen im Mittelpunkt der Debatte einer Jugendkonferenz des Forums Politik und Gesellschaft am 27. März. Rund 150 Schülerinnen und Schüler vertraten in einer lebhaften Diskussion ein breites Meinungsspektrum, das von den unterschiedlichen kulturellen und religiösen Prägungen zeugte. Raed Saleh, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und Gründer des Projekts „Stark ohne Gewalt“, appellierte in der Abschlussdiskussion an alle Jugendlichen, ein gemeinsames Zusammenleben auf der Basis gegenseitigen Respekts zu gestalten, unabhängig von Herkunft, Rasse, Religion oder sexueller Orientierung. ++ +

EIN AUSSTEIGER AUS DER NEONAZISZENE BERICHTET

„Aus mir ist ein Mensch geworden“

Bis 2006 war Gabriel Landgraf einer der zentralen Akteure der rechtsextremen (Jugend-) Szene in Berlin und Branden-

burg. Nun berichtete der 32-jährige Berliner bei mehreren Veranstaltungen der FES in Sachsen darüber, wie er zu-

nächst als Kind über seinen Großvater in Kontakt mit nationalsozialistischer Ideologie kam und schrittweise immer weiter in das rechtsextreme Milieu abdriftete. In der Schule und privat geriet er in die Isolation. Er widmete sich geradezu fanatisch als Aktivist und „Sozialarbeiter“ der rechten Szene. „Eine Wahrheit, die gesetzlich geschützt ist? Das kann nicht sein“, sagte sich Landgraf als Teenager im Geschichtsunterricht, wenn man auf das Thema Holocaust und Nationalsozialismus zu sprechen kam. Die abweisenden Reaktionen seiner Umgebung bestärkten ihn nur in dieser Haltung. Er stieg auf zu einem

führenden Organisator und bald zum Kopf der rechtsextremen Szene, die im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick ein vor allem auf Jugendliche konzentriertes Programm von Hausaufgabenhilfe über Beziehungsberatung bis hin zu Sommercamps anbot. Bald wendeten die Aktivisten immer drastischere Mittel an – und verstärkte auch Gewalt, vor allem gegen Jugendliche, die sich bei der Antifa engagierten, berichtete Landgraf. Als die Mutter eines Jugendlichen, den Landgraf politisiert hatte und der wegen versuchten Mordes in U-Haft saß, ihm verzweifelt die Frage an den Kopf warf: „Ist es das, was ihr

wollt? Meinem Sohn das Leben versauen?“, begann sein Umdenken. Schrittweise vollzog er einen Tabubruch nach dem anderen und unter Mithilfe von EXIT Deutschland seinen Rück-

zug aus der Szene. „Aus mir ist ein Mensch geworden“, kommentierte Landgraf seine Entwicklung. Heute hat er sein Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nachgeholt und ist,

wie er sagt, zurück im Leben. Auch die Rückblicke auf seine Aussteigergeschichte will er bald hinter sich lassen, um endgültig mit dem braunen Kapitel seines Lebens abzuschließen.

FES-STIPENDIATEN ENGAGIEREN SICH FÜR MEHR DEMOKRATIE

Kreativ gegen Rechtsextremismus

Um die Vernetzung und den Austausch nicht nur untereinander, sondern auch mit dem FES-Projekt gegen Rechtsextremismus zu ermöglichen, hat die Studienförderung ein „Treffen gegen Rechts engagierter Stipendiat/innen“ aus der Region Berlin/Brandenburg in der FES Berlin veranstaltet. Damit sollte nicht zuletzt denen Unterstützung geboten werden, die immer wieder Drohungen, bis hin zu Morddrohungen, ausgesetzt sind.

Kreativ engagierten sich Magdeburger Stipendiat/innen im Januar unter dem Motto „Waffe(l)n gegen Rechts – Gemeinsam für mehr Demokratie“. Mit Informationen zu demokratischen Grundsätzen sowie Kaffee und Waffeln beteiligten sie sich an der Aktion „Meile der Demokratie“, die von Bürgern in der Magdeburger Innenstadt gegen den dort jährlich stattfindenden Aufmarsch von Rechts ins Leben gerufen wurde. Ein Hochschulgruppen-

treffen fand im Februar über „Rechtsradikalismus und Antisemitismus in Bayern“ im Dokumentationszentrum des ehemaligen Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg statt. Wichtigstes Diskussionsergebnis war, dass es mit Verboten, Sanktionsmaßnahmen sowie Ausgrenzung nicht getan ist. Um extremen Tendenzen entgegenzuwirken, ist es notwendig, den Dialog mit denjenigen zu suchen, deren Weltbild noch nicht geschlossen ist.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ **Was passiert, wenn Rechtspopulisten an der Macht sind?** In Österreich hat man das mit der FPÖ, in Hamburg auf Landesebene mit der sog. Schill-Partei erlebt. Der österreichische FPÖ-Kenner Prof. Dr. Anton Pelinka und der Hamburger Bundestagsabgeordnete Niels Annen diskutierten über ihre Erfahrungen und wiesen darauf hin, dass Rechtspopulisten die politische Kultur verschlechterten und Ausländerfeindlichkeit in praktische Maßnahmen umsetzten. Ergänzt wurden die Praxisberichte von Einschätzungen über Pro Köln/Pro NRW, eine aktuelle rechtspopulistische Bewegung und einen Erfahrungsbericht des erfolgreichen Zurückdrängens einer Pro-Partei in der Stadt Oberhausen. +++

+++ Eine **Ausstellung ruft 136 Menschen in Erinnerung**, die von 1990 bis 2005 rechter Gewalt zum Opfer fielen. Viele wurden getötet, weil für sie im Weltbild der Rechtsextremisten kein Platz ist; manche, weil sie den Mut hatten, Nazi-Parolen zu widersprechen. Einige Schicksale bewegten die Öffentlichkeit, viele wurden kaum zur Kenntnis genom-

men, vergessensind die meisten. Das Fritz-Erler-Forum hat diese Wanderausstellung in Kooperation mit dem Jugendhaus und einigen Jugendräten nach Stuttgart geholt. Insgesamt haben sich rund 1.000 Schülerinnen und Schüler für einen begleiteten Ausstellungsbesuch angemeldet. +++

+++ Alpha Amadu Bah, Asylbewerber aus Sierra Leone, wird mitten in Berlin von zwei Rechtsextremisten verprügelt, weder Passanten noch die später hinzukommende Polizei leisten dem Opfer Hilfe. Gebannt lauschten rund 200 Schülerinnen und Schüler der Reportage des Journalisten Michael Kraske über diese rechtsextreme Gewalttat. Anschließend diskutierten sie engagiert in einem „literarischen Fishbowl“ im Berliner Haus der FES. Gesprochen wurde über die Bedeutung rechtsextremer Kleidungsmarken und Musik, über Schwierigkeiten und Erfolge interkulturellen Zusammenlebens an der Schule und darüber, was man in Berlin gegen Rechtsextremismus tun kann. +++

FES BEIM 13. MAINZER MEDIENDISPUT

Brot & Spiele

„Seit 13 Jahren findet beim Mainzer MedienDisput eine kritische Prüfung des deutschen Journalismus auf Herz und Nieren statt und die bedrohlichsten Befunde werden zum Tagungsthema gemacht!“. Mit diesen Worten eröffnete die Vorsitzende der FES, An-



Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck traf auch mit den TeilnehmerInnen der JournalistenAkademie in Mainz zusammen.

ke Fuchs, den diesjährigen MMD. In diesem Jahr fragten sich Medienmacher, -nutzer und -kritiker, ob sie selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise hätten voraussagen können. „Nein, wir Journalisten fanden ja auch alles toll“, sagte Frank A. Meyer, Chefpublizist des Schweizer Ringier-Verlags in seiner Einführungsrede. „Es hat sich mit dem Marktradikalismus und Neoliberalismus eine Ideologie breitgemacht, die demokratiefeindlich ist. Wir kehren gerade die Scherben dieser neoliberalen Verheißung zusammen“, diagnostizierte Meyer. Der Verlust von Qualität im Journalismus war bei jedem Mainzer MedienDisput Thema, so auch dieses Mal. „Alles

von allen in allen Fragen und zu aller Zeit zu fordern, kann nur ins Leere gehen“, betonte ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender und plädierte zur Qualitätssicherung im Journalismus für mehr Arbeitsteilung in den Medien. „Wir müssen über die Frage der inneren Redaktionsfreiheit neu diskutieren“, warnte auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) vor der Einflussnahme auf Journalisten. Er wünsche sich mehr Vielfalt in der Diskussion aktueller Themen. „Spätestens am dritten Tag sei es damit jedoch in den meisten Medien vorbei“, bemerkte er bedauernd: „Dann heulen alle Wölfe gleich.“ Auch der Sportjournalismus hat seine Qualitätskrise, denn der Mythos des seriösen, hintergründigen und analytischen Journalismus rund um das attraktive Massenspektakel wird zwar mit allen Mitteln zementiert – stimmt aber nicht. Der MMD nahm die Schattenseiten des journalistischen Sportbetriebes unter die Lupe und untersuchte die Einflusszonen der Rechte-Dealer und die Geldströme zwischen den „Sport-

unternehmen“ und den „Sport-Abspiel-Stationen“. Olympia-Teilnehmerin Imke Duplitzer nahm kein Blatt vor den Mund, was ihre Kritik an den Profiteuren von Sportereignissen anging, und geriet in heftigen Disput mit Dr. Michael Vesper, Generaldirektor DOSB; die Unterstützung von Prof. Ines Geipel, Ex-Weltrekordlerin und Autorin war ihr jedoch sicher. So zeigte sich auch der 13. MMD als kritisch, kantig, differenziert und zukunftsweisend. Und auch dieses Mal hatten über die JournalistenAkademie der FES wieder 20 Nachwuchsjournalisten und -journalistinnen die Gelegenheit zu Interviews mit Wirtschaftskollegen, mit Sportreportern, mit vielen Verantwortlichen aus Politik und Medien. Ihre Interviews und Berichte, Kommentare und Fotos wurden gemeinsam redaktionell bearbeitet und auf der Website der JugendMedienAkademie präsentiert. „Es war aufregend, ich hatte viel Spaß und habe eine Menge gelernt – so eine Art politisches Überraschungsei!“, zog eine Teilnehmerin dieses Begleitworkshops lachend ihr Fazit.

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Ein Vortrag des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit zum Medienstandort Berlin stand am 11. März im Mittelpunkt der ersten Sitzung des **Berliner Gesprächskreises Medien**, die das geschäftsführende Vorstandsmitglied der FES, Dr. Roland Schmidt, eröffnete. +++



Gedenktag der Demokratie

Seit drei Jahren beschäftigt sich das FES-Landesbüro Thüringen intensiv damit, in der Stadt Weimar eine Tradition zu etablieren: Die Demokratietradition, die begründet wurde durch die Nationalversammlung 1919, die der ersten deutschen Republik den Namen dieser Stadt gab. Diese Bemühungen trugen Früchte: Die Stadt Weimar rief den 6. Februar, den Tag der Eröffnung der Nationalversammlung, zum „Tag der Demokratie“ aus – mit verschiedenen Veranstaltungen und einer historischen Ausstellung. Höhepunkt bildete die Festveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei

der Vizekanzler und Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Festrede hielt. Sie fand im Deutschen Nationaltheater statt, das für ein knappes halbes Jahr von Februar bis Juli 1919 die Nationalversammlung beherbergt hatte. Steinmeier betonte, dass die Weimarer Verfassung, die aus der Nationalversammlung hervorging, mehr Beachtung als Quelle der deutschen Demokratie verdiene. Die Weimarer Republik dürfe nicht immer nur von ihrem Scheitern her betrachtet werden, zumal an diesem Scheitern nach neuerer Erkenntnis die Verfassung am wenigsten haftbar zu ma-



chen ist. Was seinerzeit in Weimar geschaffen wurde, war in vielen Dingen wegweisend für demokratisches Denken, nicht nur in Deutschland.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier hielt in Weimar die Festrede. (Foto: Agentur Bild13.com)

Deutschlands Weg zur Demokratie

Als „Zeitalter der Extreme“, das vom Weltkonflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus gekennzeichnet war, charakterisierte Professor Dr. Edgar Wolfrum, Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte am Historischen Seminar der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, das 20. Jahrhundert. Im Rahmen des Gesprächs-

kreises ordnete er am 27. Februar in Berlin die zahlreichen Erinnerungstage des Jahres 2009 in den von Rückschlägen und Katastrophen bestimmten Weg der Deutschen zur Demokratie ein: 90 Jahre Gründung der Weimarer Republik, 80 Jahre „Schwarzer Freitag“ und Beginn der Weltwirtschaftskrise, 70 Jahre Be-

ginn des Zweiten Weltkriegs, 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 40 Jahre Bildung der sozial-liberalen Koalition und schließlich 20 Jahre friedliche Revolution.

Nur die Bundesrepublik Deutschland erwies sich als stabil und besteht bis heute fort. Bequem geschichtselig zurücklehnen dürften sich die Deutschen jedoch nicht. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit schärft das Gegenwartsverständnis und eröffnet Zukunftsperspektiven, um die errungene demokratische Ordnung zu erhalten, so Wolfrum.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ

+++ Ende 2008 übergab eine Delegation des SPD-Ortsvereins Sulingen (Niedersachsen) die Sulinger Fahne des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aus dem Jahr 1925 an das Archiv der sozialen Demokratie. Damit hat die **Sammlung historischer Fahnen**, zu denen die Traditionsfahne der SPD aus dem Jahr 1873 ebenso gehört wie zahlreiche SPD- und Gewerkschaftsfahnen, eine wertvolle Ergänzung erhalten. Die Fahnen werden im Archiv der sozialen Demokratie aufbewahrt und nach Digitalisierung und Verzeichnung im Internet präsentiert: www.fes.de/Archiv. +++

VERANSTALTUNG ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Gleichgestellt in Europa?

„Stillstand oder Aufbruch?“, fragte die Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des Internationalen Frauentages am 6. März in Berlin. Eine gleichbe-



Kein Stillstand am Frauentag: (von Links nach rechts) Marlene Parezan, Gesine Schwan, Barbara Prammer (Nationalratspräsidentin der Rep. Österreich und übrigens Mitglied im Kuratorium der FES), Anke Fuchs, Catelene Passchier, Dr. Angelica Schwall-Düren. (Foto: Kröll)

rechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen sei noch nicht realisiert, konstatierte Gesine Schwan, ehemalige Präsidentin der Europa-Universität. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sind Frauen in politischen und wirtschaft-

lichen Entscheidungspositionen unterrepräsentiert. Junge Frauen erfahren die verschiedenen Diskriminierungen erst später, stellte Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrats der Republik Österreich, fest. So stiegen viele Frauen mit Kindern in Österreich aus dem Berufsleben aus, weil sie keine Teilzeitbeschäftigung finden könnten. Weder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt sei in Österreich erreicht, beklagte Barbara Prammer weiter und rief dazu auf, sich auf dem Arbeitsmarkt „nicht zu billig zu verkaufen“. Hier sei ein stärkeres Engagement der europäischen Gewerkschaften notwendig, forderte Catelene Passchier, politische Sekretärin beim Europäischen Gewerkschaftsbund. Marlene Parezan, Mitglied im Vorstand der Europäischen Frauenlobby, wies auf die Vielzahl verschiedener Regelungen und Richtlinien zur Gleichstel-

lung von Frauen in der Wirtschaft und Politik hin, die unzureichend umgesetzt würden. Gefordert wurde von Diskutantinnen u. a. eine Quote für die Besetzung der Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild. Aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in der Politik sind Frauen nach wie vor benachteiligt. Noch immer sind lediglich 24 % aller Mitglieder der nationalen Parlamente und Regierungen in Europa Frauen. Hier habe sich die Quote bewährt, sie stelle keine Abwertung von Frauen dar. Ihr langfristiges Ziel sei, dass die Arbeitswelt und die Familienarbeit so gestaltet und aufgeteilt ist, dass „Männer und Frauen, alles machen können und sich darüber aushandeln“, sagte Gesine Schwan abschließend.

AUDIOBEITRAG

www.fes.de/forumpug

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Frauen sind in der deutschen Wirtschaft doppelt benachteiligt: Sie werden deutlich schlechter bezahlt und die Führungspositionen sind mehrheitlich von Männern besetzt. Im Vorfeld des **Equal Pay Day am 20. März** hat das Forum Politik und Gesellschaft einen Themenfokus Chancengleichheit in der Privatwirtschaft veröffentlicht: www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/Privatwirtschaft.pdf +++

+++ Mit 200 überwiegend weiblichen Gästen diskutierten in Potsdam Professor Dr. Johanna Wan-

ka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und CDU-Landesvorsitzende; Dagmar Zieger, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (SPD), sowie Kerstin Kaiser, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg. Im Mittelpunkt stand das weitere Aufbrechen traditioneller Arbeitsteilungen und Rollenfestlegungen zwischen Frauen und Männern. Das **Landesbüro Brandenburg der FES** kooperierte dabei in bewährter Form mit dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V. +++

— „Fragt uns, denn wir sind die Letzten.“

Am 27. Januar, dem Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus, berichtete Renate Lasker-Harpprecht als eine der wenigen Überlebenden, von der Verfolgung jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Nationalsozialismus. Über hundert Oberstufenschülerinnen und –schüler der Gesamtschule Hennef setzten sich im Bonner Forum Jugend und Politik im Gespräch mit Renate Lasker-Harpprecht mit einem der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte auseinander. Sie schilderte eindrücklich, wie die Verfolgung mit Schikanen und Ausgrenzungen im Alltag begann und über Zwangsarbeit schließlich zur Inhaftierung in verschiedenen Konzentrationslagern führte.

Gespräche mit Zeitzeugen leisten oft, was über andere Wege im Geschichtsunterricht viel schwieriger zu erreichen ist: Empathie mit den Opfern und eine persönliche Bezugnahme auf politische Entwicklungen damals wie heute.

In einem Artikel schrieb eine Teilnehmerin anschließend: „Der 2. Weltkrieg wird in Schule und Co. so oft durchgenommen, dass die Schüler schon fast genervt von diesem Thema sind. Doch wie sich herausstellte, ist das alles nur eine Frage der Gestaltung. Denn auf dieser Veranstaltung war keiner der Schüler und Schülerinnen genervt, ganz im Gegenteil!“

www.fes.de/forumjugend

KONFERENZ ÜBER DIE AUFARBEITUNG VON SEXUALISierter KRIEGSGEWALT

Vergewaltigung als Waffe

Vergewaltigungen als strategische Waffe gegen die Zivilbevölkerung sind bis heute in allen kriegerischen Konflikten der Erde traurige Realität. Oft werden die Überlebenden mit ihren Erfahrungen alleine gelassen und die Geschehnisse tabuisiert. Auch in Deutschland, wo es Täter wie Opfer sexualisierter Kriegsgewalt gab, wurde über dieses Thema lange geschwiegen. Das Bedürfnis nach einer öffentlichen Diskussion existiert jedoch ungemindert – das zeigten auch die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die der Einladung zur Konferenz des Forums Politik und Gesellschaft gefolgt waren. Wenn ein Mensch sein ganzes Leben lang ein traumatisches Ereignis nicht verarbeiten kön-

ne, breche das im Alter um so stärker wieder durch, erklärte Altenpflegerin und Traumaexpertin Martina Böhmer. Sie setzt sich in Pflegeeinrichtungen für eine Sensibilisierung und Schulung des Personals auf diesem Gebiet ein. Dabei zeige sich jedoch, dass bis heute große Vorbehalte bestehen, sich mit den Folgen sexualisierter Gewalt im Alter auseinanderzusetzen. Dabei könnten unverarbeitete Traumata bis in die dritte Generation nachwirken, erläuterte Sozialpsychologe Professor Rolf Pohl. Monika Hauser, Gründerin der Organisation medica mondiale, die ihre Biographie „Nicht aufhören anzufangen!“ vorstellte, sieht ihre Auszeichnung mit dem Alternativen Nobelpreis

2008 als Auftrag an, sich weiter zu engagieren trotz der Widerstände, gegen die sie von Anfang an kämpfen musste. „Ich möchte, dass die Welt sich für die Frauen verändert“, forderte sie. Traumatisierten Frauen müsse beispielsweise das Recht auf Asyl gewährt werden. Einen besonders bewegenden Moment erlebte das Publikum, als Dr. Irmgard Christiansen-Frettlöh das Mikrofon ergriff und davon berichtete, wie sie selbst als junges Mädchen auf der Flucht aus Ostpreußen von Rotarmisten vergewaltigt worden war. Die Therapierung und Aufarbeitung dieser Erfahrung sei für die Überwindung ihrer Krebserkrankung zentral gewesen. Sie betonte die Bedeutung der Versöhnung, um mit sich selbst Frieden zu finden: „Ich habe niemals auf Russen Hass gespürt ... Ich muss meinen Vergewaltigern vergeben.“

Mit einer Aktion in der Kölner Fußgängerzone machte „medica mondiale“ auf die Opfer von Kriegsvergewaltigungen aufmerksam.



Kultur als Element der Integration

Die Gesellschaft wird älter, bunter und schrumpft. So charakterisierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Konferenz des Gesprächskreises Migration und

Bildungspolitik“, Britta Altenkamp, MdL und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW, wies darauf hin, dass die interkulturelle Öffnung der bestehenden

kulturellen Einrichtungen und Angebote wie Theater, Bibliotheken, Volkshochschulen, Musikschulen usw. dringend nötig sei. Die Rolle, die Kultur, Kunst und kulturelle Bildung für

das Thema „Stadt der Kulturen“, richtete einen Appell an die kommunale Kulturpolitik, Einwanderer und ihre Vereine verstärkt als Kulturschaffende wahrzunehmen. Förderkonzeptionen müssten überdacht werden.

Welche Möglichkeiten „Interkultur“ für die Persönlichkeitsentwicklung und das Zusammenleben von Jugendlichen hat, konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand zweier Aufführungen des Jugendmedienzentrums Köln erleben. Eine HipHop-Gruppe präsentierte Songs, in denen sie ihr Leben in ethnischer Vielfalt reflektierte. Und eine Breakdance-Gruppe zeigte, wie wichtig Musik und Tanz als persönliche Ausdrucksmittel für Jugendliche sein können.



„Different Roots – Common Routes“ ist nicht nur Name der HipHop-Gruppe, sondern auch ein Motto für eine interkulturell ausgerichtete neue Kulturpolitik insgesamt.

Integration die Entwicklung in Deutschland. Vor diesem Hintergrund widmete sich die Veranstaltung am 21. März in Bonn dem Thema „Interkulturelle Öffnung der Kultur- und

den Integrationsprozess spielen, wurde bislang vernachlässigt. Asli Sevindim, Künstlerische Direktorin der „Kulturhauptstadt Europas Ruhr 2010“, und dort zuständig für

— Erinnerungskultur und Kulturerinnerung

Aus der Perspektive der Designgeschichte und Alltagsästhetik betrachtete Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse während einer gemeinsamen Veranstaltung der FES-Niedersachsen und der deutschen Gesellschaft für Designgeschichte das deutsche Jubiläumsjahr 2009. Unter dem Titel „Deutsche Dinge“ betrachtete Wolfgang Thierse in Hannover die deutsch-deutsche Entwicklung der Kulturpolitik in den vergangenen 20 Jahren, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Designentwicklung vor dem Mauerfall und seine ganz persönliche Sicht auf Kultur und Design in Ost und West. Als gelernter Schriftsetzer, studierter Kulturtheoretiker und langjähriger Mitarbeiter in kulturpolitischen Gremien in DDR und BRD fesselte der Vizepräsident des Deutschen Bundestages die etwa 190 Zuhörer im Kestner-Museum Hannover mit

seinen sehr persönlichen Einblicken und Einsichten zum Thema Erinnerungskultur und Kulturerinnerung.

Die anschließende Fachdiskussion mit Thierse, dem Designer Prof. em. Herbert Lindinger (Hannover), dem Formgestalter Prof. em. Karl Clauss Dietel (Chemnitz) und dem Direktor des Kestnermuseums Dr. Wolfgang Schepers kam zu dem Schluss, dass die deutsche Designgeschichte grenzübergreifend so unterschiedlich nicht war in ihren Entwicklungen, Einflüssen und Ausprägungen.



Keine Menschenrechte ohne Engagement

Je tiefer man in die Zusammenhänge zwischen politischer Diplomatie und wirtschaftlichen Interessen eintaucht, desto aussichtsloser scheint es, in der Menschenrechtsarbeit etwas bewirken zu können. Dennoch: Das Wissen über diese Zusammenhänge bedeutet auch die Macht, etwas zu ändern. Das große Engagement von ehrenamtlich Aktiven bietet oft den einzig noch verblei-

benden Schutz vor Gewalt, Verfolgung oder Tod. Die rund 70 Teilnehmenden, die 2009 bereits an den drei Workshops der Menschenrechtsreihe der Akademie Frankenwarte in Würzburg teilgenommen haben, erarbeiteten sich mittels Vorträgen, Arbeitsgruppen, Planspielen und der Analyse, Bewertung und Diskussion von Fallbeispielen das Rüstzeug, um ihre

Leidenschaft für die Menschenrechte wirksam werden zu lassen. Diese Workshops informierten auch über die aktuelle Situation der Menschenrechte in verschiedenen Ländern wie Deutschland, Simbabwe und Uganda. Sie gaben den Teilnehmenden Mittel und Methoden in die Hand, sich an der Verbreitung und Durchsetzung der Menschenrechte weltweit aktiv zu beteiligen.

— Zweite Fachtagung für Doktorand/innen der FES

„Sozialdemokratie: Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“ war Thema der zweiten Fachtagung für Doktorand/innen der FES. Dabei ging es – unter wissenschaftlicher Begleitung der Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Dorothee de Nève – um den Versuch einer Standortbestimmung der Sozialdemokratie. Eingeladen waren von der Abteilung Studienförderung rund 25 Doktorand/innen, von denen sich einige auch wissenschaftlich mit dem Thema Sozialdemokratie beschäftigen.

Neben externen Referent/innen aus Politik und Wissenschaft wie z.B. Benjamin Mickfeld und Konstantin Woinoff vom Parteivorstand der SPD oder dem Parteienforscher Prof. Peter Lösche kamen auch

die FES-Doktorand/innen mit ihren eigenen Promotionsvorhaben zu Wort. Dabei ging es um Themen wie die Rolle der 68-er in der SPD und die Bedeutung von Persönlichkeiten wie Willy Eichler oder Jochen Steffen für die Programmentwicklung der Sozialdemokratie. Behandelt wurden auch der Paradigmenwechsel in der sozialpolitischen Programmdebatte, der Einfluss externer Politikberatung auf die Positionierung in der Gesundheitspolitik, aber auch die Frage, welche Rolle die quantitativ immer wichtiger werdende ältere Generation in den beiden großen Volksparteien zur Zeit spielt und welche Trends absehbar sind.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++



+++ Sofort nach Eintreffen der Nachricht vom Zusammenbruch des Kölner Stadtarchivs hat sich das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung bereit erklärt, tatkräftig bei der **Sicherung der „unbehausten“ Archivalien** zu helfen. So haben in der zweiten Märzhälfte Kolleginnen und Kollegen des AdsD bei der Sichtung der geborgenen Akten mitgewirkt. Und, beginnend mit dem 1. April 2009, werden mehrere Lastwagenladungen gesicherter Archivalien vom AdsD übernommen und zwischengelagert. +++

AUSSTELLUNG UND BIBLBAND

„Helmut Schmidt – Kanzlerjahre“

Aus Anlass seines 90. Geburtstags ehrte die Friedrich-Ebert-Stiftung den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt mit einer Ausstellung: Am 17. Dezember 2008 eröffnete die

Begleitet von „seinem“ Fotografen Jupp Darchinger begutachtete Helmut Schmidt die Ausstellung seiner Kanzlerjahre. (Foto: Raschke)



FES-Vorsitzende Anke Fuchs im Berliner Haus die Ausstellung „Helmut Schmidt – Kanzlerjahre“. Fotografiert von Jupp Darchinger“. Sowohl Helmut Schmidt als auch Jupp Darchinger nahmen an der Eröffnungsveranstaltung teil.

Mit rund einhundert Fotos werden herausragende Begegnungen und Ereignisse aus der Kanzlerzeit Helmut Schmidts (1974-1982) illustriert: Jupp Darchinger dokumentierte Staatsbesuche, die KSZE-Konferenz in Helsinki und Weltwirtschaftsgipfel in Bonn und in Ottawa. Ebenso hielt er vertrauliche Gespräche mit Politikerinnen und Politikern unterschiedlicher Parteien im Bild fest. Auch einschneidende Ereignisse, wie die Belastungen des Terrorismus oder der Besuch Helmut Schmidts in Güstrow werden in Erinnerung

gerufen. Zudem ließ sich der Bundeskanzler in Urlaub und Freizeit beobachten.

All diese Fotos bieten ein facettenreiches, nie undifferenziertes Bild der Kanzlerjahre Helmut Schmidts. Mit seinem Fotostil hat Jupp Darchinger das Bild der „Bonner Republik“ geprägt wie kaum ein anderer. Seit Anfang der 1950er Jahre verfolgte er die soziale und politische Entwicklung der Bundesrepublik mit seiner Kamera, und dabei wurde er zum Begleiter gerade auch von SPD und Gewerkschaften. Sein Fotoarchiv wird vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung betreut.

DER BIBLBAND

Helmut Schmidt. Fotografiert von Jupp Darchinger, über 650 Abb., 431 S., Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

— Die Intellektuellen in der Mediendemokratie

Das diesjährige Forum der Zeitschrift Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte war dessen langjährigem Chefredakteur Peter Glotz, dem »Praktiker der Kommunikation« (Wolf Lepenies), gewidmet. Einen Tag bevor Glotz 70 geworden wäre, wurde heftig um »Die Intellektuellen in der Mediendemokratie« gestritten. Wieweit der Typus des literarischen oder sozialwissenschaftlichen Intellektuellen auf dem Rückzug ist und mittlerweile »Alpha-Journalisten« die öffentliche Meinung prägen, wieweit die visuelle und virtuelle Welt Publizistik und Diskurse revolutioniert oder erschwert – dazu debattierten NG/FH-Autorinnen und -Autoren: Prof. Dr. Dietmar Herz, Universität Erfurt, Klaus Harpprecht (Bild links), Publizist und

Mitherausgeber NG/FH, Tissy Bruns (Bild Mitte), Der Tagesspiegel, Prof. Dr. Thomas Meyer (Bild rechts), Chefredakteur und Mitherausgeber NG/FH, Dr. Katajun Amirpur (Islamwissenschaftlerin) und Dr. Eckhard Fuhr (Die Welt).



Transatlantische Einbahnstraße?

In amerikanischen Romanen spielt Deutschland heute kaum eine Rolle. Das war in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende anders. An zahlreiche im Nachkriegsdeutschland spielende Romane aus der Feder amerikanischer Schriftsteller, die Deutschland als Besatzungssoldaten kennen lernten, erinnerte der an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg lehrende Amerikanist Martin Meyer beim Münstereifeler Literaturgespräch.

Heute dagegen spielen die USA in der zeitgenössischen deutschsprachigen Literatur eine große Rolle. Der in Bay-

ern lebende Thomas Meinecke, Schriftsteller, Popmusiker, Musikproduzent und DJ, hat die USA in vielen Reisen seit 1988 erkundet und nicht nur in seinem Amerikaroman „The Church of John F. Kennedy“ thematisiert. Kathrin Röggl war am 11. September 2001 in New York und stellte ihre dort unmittelbar entstandenen Reportagen „really ground zero“ vor. Klaus Modick ist den USA familiär, als Übersetzer amerikanischer Literatur und Gastprofessor in Middlebury, Vermont, eng verbunden. Sein jüngster Roman „Die Schattten der Ideen“ führt auf zwei

Zeitebenen die Leser sowohl in die McCarthy-Zeit des Kalten Krieges als auch in die von der Bush-Regierung nach dem 11. September erzeugte Paranoia. Klaus Theweleit demonstrierte an amerikanischen Filmen und Comics Konstanten und Veränderungen des Deutschlandbildes von frühen Walt-Disney- und Billy-Wilder-Filmen bis zum Stauffenberg-Film „Operation Walküre“ mit Tom Cruise. Zum Abschluss gab Clemens-Peter Haase als Mitarbeiter des Goethe-Instituts einen Überblick über die Bemühungen des Kulturaustauschs zwischen Deutschland und den USA.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Über das sächsische Kulturraumgesetz und **die Möglichkeiten der Kulturentwicklung im ländlichen Raum** sprach die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva-Maria Stange, am 9. März als Gast der Friedrich-Ebert-Stiftung im sächsischen Grimma. Im gesamten Freistaat Sachsen haben die FES-Regionalbüros Leipzig und Dresden insgesamt fünf Veranstaltungen zu dieser Problematik unter der Überschrift „KULTUR-RAUM geben“ durchgeführt. Sachsen gilt in der Kulturförderung im Vergleich der Bundesländer als vorbildhaft. Es hat mit der Entfristung des sogenannten Kulturraumgesetzes, das kulturelle Einrichtungen auch im ländlichen Raum sichert, eine Förderung von 86,7 Mio. Euro festgeschrieben. In Kombination mit Kulturentwicklungsplänen sieht die Staatsministerin so eine gute Grundlage, auf der kulturelle Vielfalt gedeihen könne. Als problematisch wurde in der abschließenden Diskussion von Teilen des Publikums angemerkt, dass Altbewährtes zuweilen eher gefördert werde als neue Initiativen. Die Ministerin erklärte dazu, dass die Entscheidungen über die Mittelvergabe immer vor Ort liege. +++

+++ Bereits zum elften Mal wurden am 31. März in den Räumen der neuen Synagoge in Dresden im Rahmen eines **politischen Literaturgesprächs** aktuelle politische Bücher diskutiert. Zunächst stellte Prof. Werner Patzelt, Politikwissenschaftler an der Technischen Universität Dresden, „Das Kapital: Eine Streitschrift“ von Reinhard Marx vor. Das Podium lobte Marx für seine Erkenntnis, „ein Kapitalismus ohne Menschlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit“ sei nicht zukunftsfähig. Anschließend stellte Martin Dulig, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, das Buch „Links neu denken. Politik für die Mehrheit“ von Sigmar Gabriel vor. Auch Gabriel habe mit seiner Erkenntnis, unsere Gesellschaft sei „aus dem Gleichgewicht geraten“, den Nagel auf den Kopf getroffen. Mit dem Buch „Aufbau Ost“ von Claudia Rusch hatte sich die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Dresden, Dr. Nora Goldenbogen, ein literarisches Werk im engeren Sinne ausgesucht, in dem sich die Autorin mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzt. +++

Familienpolitik im Forum
Politik und Gesellschaft

Mehr Wertschätzung für Väter und Mütter

— VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE ist für Eltern in verschiedenen Lebensphasen ihrer Kinder ein zentrales Thema – angefangen von der Schwangerschaft bis zur Betreuung älterer Schulkinder – und erfordert ein breites Spektrum an Unterstützungsangeboten.

Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet dieses Thema seit vielen Jahren mit einer Vielfalt an Angeboten, angefangen von öffentlichen Dis-

kussionsveranstaltungen, über Expertenworkshops bis hin zu Studien und Publikationen. Ein solider Mutterschutz von 18 Wochen nach der Geburt, wie ihn die EU-Kommission im vergangenen Herbst vorgeschlagen hatte, sei ein wichtiger Anfang, betonte die Europaabgeordnete Lissy Gröner im Rahmen einer Diskussionsrunde: Gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten fühlten sich viele Frauen unter Druck, auch in der Spätschwangerschaft noch zu arbeiten und bereits kurz nach der Geburt wieder in den Berufsalltag einzusteigen. Eine weitere kritische Phase

sei der Wiedereinstieg in den Beruf. Hier sei es wichtig, von Seiten des Arbeitgebers, aber auch der Kolleginnen und Kollegen, jungen Eltern entgegenzukommen, lautete die Forde-

derung eines Workshops mit berufstätigen Vätern und Müttern. Wo dies nicht zwingend erforderlich sei, dürfe beispielsweise nicht hartnäckig an

der „Präsenzkultur“ und rigiden Arbeitszeiten festgehalten werden. Auch müsse darauf hingewirkt werden, in den Unternehmen und Betrieben eine familienfreundliche Atmosphäre und Arbeitskultur zu verankern. Dies bedeute nicht, dass Eltern als Arbeitnehmer weniger leisten müssten, sondern dass man ihnen durch Flexibilität und guten Willen entgegenkomme.

Häufig machten sich familienfreundliche Angebote in Unternehmen direkt bezahlt – beispielsweise durch eine höhere Loyalität, Zufriedenheit und Leistungsbereitschaft der Ar-

beitnehmer/innen. Dies zeigten die Ergebnisse der Konferenz „Unternehmen Vereinbarkeit“, die auch ein Forum für solche Betriebe bot, die bereits mit gutem Beispiel vorangehen und kreative Lösungen für berufstätige Eltern gefunden haben. Wie die FES-Studie „Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive“ gezeigt hat, sind auch familienpolitische Maßnahmen in ihren Auswirkungen keineswegs geschlechtsneutral. Die Konferenz „Unternehmen Vereinbarkeit“, die bereits in der zweiten Auflage stattfand, widmete sich daher dieses Mal speziell den Herausforderungen berufstätiger Väter.

Voraussetzung für eine gelingende Vereinbarung von Beruf und Familie ist dabei immer ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung für die verschiedenen Altersstufen. Die Qualität drohe dabei zugunsten der Quantität auf der Strecke zu bleiben, mahnten Erzieherinnen im Rahmen einer Zukunftswerkstatt zum Thema „Qualität für die Kleinen“ an. Es müsse beispielsweise dringender mehr in die Ausbildung der Erzieherinnen investiert werden. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass Kinder nicht nur in der Kleinkindpha-

se eine Ganztagsbetreuung benötigen, sondern auch, wenn sie bereits in die Schule gehen. Daher müsse in der gegenwärtigen Debatte bedacht werden, auch die Betreuungsplätze für ältere Kinder entsprechend aufzustocken. Dabei dürfe es sich nicht um eine reine „Verwahrung“ handeln, sondern um eine altersangemessene, qualitativ hochwertige Betreuung.

ZUM WEITERLESEN

Mehr Wertschätzung für Väter und Mütter!

<http://www.fes.de/forum/pug/inhalt/documents/Positionspapier.pdf>

Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive: Ein europäischer Vergleich

<http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf>

Unternehmen Vereinbarkeit: Perspektiven familienfreundlicher Unternehmenspolitik

<http://library.fes.de/pdf-files/do/05290.pdf>

Qualität für die Kleinen – Investition in die Zukunft: Ansätze für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten

<http://library.fes.de/pdf-files/do/05408.pdf>

PROJEKT ZUKUNFT 2020

Strategien für kinderfreundliche Gesellschaft

Das abteilungsübergreifende Projekt Zukunft 2020 der FES sucht nach geeigneten Strategien, die dazu beitragen können, bis zum Jahre 2020 ein „soziales Deutschland“ zu erreichen. Vor dem Hintergrund der relativ niedrigen Geburtenraten, der finanziellen Konsequenzen für das soziale Sicherungssystem sowie des zukünftigen Fachkräftemangels kommt der Familienpolitik eine bedeutende Rolle zu, um ein hohes und sozial ausgeglichenes Wohlstandsniveau zu erreichen. Zu einem vorsorgenden Sozialstaat gehört eine Gesellschaft mit starken Kindern und Familien.

Dazu muss Familienpolitik

- mit den modernen Lebensentwürfen in Einklang stehen; d.h. insbesondere nach dem Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter ausgerichtet sein
- die ökonomische Situation von Familien, insbesondere von Alleinerziehenden und Arbeitslosen, sicherstellen

- eine ausreichende und qualitative Betreuungsinfrastuktur schaffen
- Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen
- die Rechte von Kindern stärken und sie vor Missbrauch schützen.

Das Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet in Berlin im Rahmen von Konferenzen, Tagungen und Workshops Plattformen zum Dialog über Strategien der Familienpolitik, die geeignet sind, diese Ziele zu erreichen. Vertreter/innen aus Politik, Verbänden, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen, Wissenschaft und Medien sowie Vertreter/innen der Zivilbevölkerung sind eingeladen, sich in diese Debatte einzumischen.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/zukunft2020/familienpolitik.php

Eine Zwischenbilanz des Projekts beinhaltet die Publikation „Eine soziale Zukunft für Deutschland – Strategische Optionen für mehr Wohlstand für alle“: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06116.pdf>

Auch in den ostdeutschen Ländern organisiert die FES Veranstaltungen, die Anregungen für die Reformierung und die Weiterentwicklung familienpolitischer Instrumente liefern sollen.

Der Staat hat eine Verantwortung

Interview mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering am 18. März 2009 über die Herausforderungen der Familienpolitik. Die Fragen stellten Anne Seyfferth und Anja Wehler-Schöck vom Forum Politik und Gesellschaft der FES.

FES: Die FES will in ihrem Zukunftsprojekt 2020 Wege für ein soziales und nachhaltiges Deutschland aufzeigen. Eines der zentralen Handlungsfelder für uns ist dabei die Familienpolitik. Welchen Stellenwert hat Familienpolitik für Sie?

Franz Müntefering (FM): Familienpolitik ist ein zentrales Politikfeld. Das ist nicht neu, aber wachsend. In einer globalisierten Welt, die so mobil ist, steigt die Bedeutung der Familie weiter.

FES: Die FES hat in verschiedenen Veranstaltungen nach Lösungen für die Bekämpfung von Kinderarmut gesucht. Was sind Ihrer Meinung nach wichtige Schritte, um armen Familien zu helfen?

FM: Die wichtigste Grundlage ist, Arbeit und ein ordentliches, eigenes Einkommen zu haben. Des-



halb bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit und fordern Mindestlöhne. Alles, was am Arbeitsmarkt gelingt, ist immer auch ein wichtiger Schritt gegen die Armut in den Familien. Daneben muss das Netz der Angebote

im frühkindlichen Bereich, im vorschulischen Bereich generell, aber auch in der Schule, besser werden. Wir haben den Ausbau von Ganztagschulen gefördert und ein jährliches Schulstarterpaket eingeführt. Zusätzlich wurde die Grundsicherung für die 6- bis 13-jährigen bei den Arbeitslosengeld-II-Empfängern erhöht, um 420 Euro im Jahr.

FES: In unserer Arbeit stellen wir immer wieder fest, dass die sozial benachteiligten Familien besonders schwer zu erreichen sind. Die Kinder aus diesen Familien geraten immer stärker in den Teufelskreis von gesellschaftlicher Exklusion. Wie kann diesen Familien geholfen werden?

FM: Bildungs- und Lebenschancen sind Menschenrechte. Jedes Kind hat das Recht auf eine qualifi-

zierte Bildung und jede Familie den Anspruch auf eine ausreichende Unterstützung. Für die Erziehung der Kinder sind vor allem die Eltern zuständig. Aber es muss sichergestellt werden, dass die Kinder in Situationen, in denen die Familie dieser Aufgabe nicht gewachsen ist, nicht allein gelassen werden. Das ist auch Auftrag des Grundgesetzes an den Staat. Wir müssen systematisch darauf achten, dass Kinder die nötige Betreuung, die nötige Förderung bekommen und müssen dabei auch die Eltern mitnehmen. Viele, die meisten, schaffen es auch allein und machen es gut. Aber einige brauchen für sich und ihre Kinder staatliche Stützung. Der Staat hat hier eine Verantwortung und muss eingreifen, wenn es erforderlich ist.

FES: Von Erzieher/innen und Trägern im Bereich der frühkindlichen Betreuung haben wir in letzter Zeit oftmals die Sorge vermittelt bekommen, dass bei dem großen Kapazitätszuwachs, der in diesem Bereich in den nächsten Jahren angestrebt wird, die Qualität auf der Strecke bleibt. Wie kann man Qualität und Quantität in Einklang bringen?

FM: Wir müssen an beiden Schrauben gleichzeitig drehen: Einerseits muss der Bedarf an Kinderbetreuung gedeckt werden, andererseits muss sich die Qualität weiter verbessern. Die Betreuungsschlüssel sind zu niedrig angesetzt, aber es fehlt auch an qualifiziertem Personal. Erzieherinnen und Erzieher sind keine „Kinderverwahrer“, sondern sind für die Entwicklung der Kinder so wichtig wie später Professoren. Letztlich läuft alles auf Qualität hinaus. Übrigens: in frauendominierten Berufen wie diesem sind die Löhne ungleichwertig niedrig. Das muss sich ändern. In diesem Bereich müssen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Das alles wird Geld kosten, aber eine zukunfts-trächtige Investition sein.

FES: In unseren familienpolitischen Veranstaltungen mit Eltern wird häufig deutlich, dass viele Betriebe sich gerne mit Familienfreundlichkeit

schmücken, in der Praxis dann aber viele Barrieren und Hürden für Arbeitnehmer/innen mit Kindern bestehen. Was kann die Politik tun, damit unsere Arbeitswelt familienfreundlicher wird?

FM: Die Einführung des Elterngeldes war für uns eine Voraussetzung für die große Koalition. Der Erfolg des Elterngeldes zeigt, dass die Tendenz stimmt; dass dies ein wichtiges Instrument ist. Wir haben gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, für das Recht auf Teilzeit und auf Familienfreizeiten. Die Lebenswirklichkeit ist dann oft brutaler: Die Inanspruchnahme von Familienauszeiten hat für die Beschäftigten leider in manchen Fällen immer noch unangenehme Konsequenzen: viele Eltern nehmen deshalb diese Angebote nicht in dem Maße wahr, wie es ihnen zustünde. Man muss aber auch anerkennen, dass einige Vertreter/innen in der Wirtschaft sich sehr darum bemühen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Familienfreundlichkeit für die Betriebe wichtig und sogar profitabel ist. Es geht einerseits um das Recht der Eltern, Unterstützung zu bekommen. Andererseits brauchen wir das Potential an Wissen, Kreativität und Leistungsfähigkeit dieser Männer und Frauen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

FES: Familie ist heute längst nicht mehr nur die klassische Vater-Mutter-Kind-Konstellation, sondern es gibt Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern oder Patchworkfamilien. Dennoch orientieren sich familienpolitische Maßnahmen oft noch an einer sehr traditionellen Vorstellung von Familie. Wie muss sich Familienpolitik

umgestalten, damit sie dieser neuen Herausforderung gerecht wird?

FM: Alle Familien, ganz gleich in welcher Konstellation sie leben, müssen wie Familien behandelt werden und dieselben Rechte genießen. Die größte Sorge machen mir die vielen Alleinerziehenden: Sie stehen oft finanziell unter Druck, da es Probleme mit dem Unterhalt gibt, viele sind arbeitslos – oft langzeitarbeitslos – und auch die Organisation des Tagesablaufs ist mit Schwierigkeiten verbunden. Daher sind gerade auch für diese Gruppe Tagesangebote im frühkindlichen Bereich, im Kindergarten, aber auch in der Schule besonders wichtig.

FES: Eltern und Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten uns immer wieder, dass diese, gerade wenn es um Erziehung und Ausbildung geht, vor besonderen Herausforderungen stehen. Wie kann dieser Personenkreis stärker unterstützt werden?

FM: Wir erleben an vielen Orten in Deutschland eine zu starke Selektion. Die Eltern, die es sich leisten können, bringen ihre Kinder an Schulen, die oft fast ausschließlich deutsch besetzt sind. In den sogenannten „Brennpunkten“ gibt es dann Schulen, die teilweise 80 bis 90 Prozent Migrationskinder aus bildungsfernen Elternhäusern haben. Solche Schulen, die es besonders schwer haben, müssen sowohl finanziell als auch personell besser versorgt werden, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wir sind uns im Klaren darüber, welche schlimmen gesellschaftlichen Konsequenzen eine solche Selektion hat und dass wir entsprechend gegensteuern müssen.

TAGUNGSREIHE DES FES-LANDESBÜROS SACHSEN-ANHALT

Kinderarmut in Deutschland

Im aktuellen „Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland“ beschreibt UNICEF jedes sechste Kind als von Armut betroffen. Laut einer Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leben 1,7 Millionen der Kinder unter 15 Jahren auf Sozialhilfeniveau. Nach dem dritten Armutsbericht der Bundesregierung aus

dem Jahr 2008 leben 40 Prozent der Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden in relativer Armut. Die Folgen reichen weit über die materielle Dimension hinaus. Wachsen Kinder an oder unterhalb der Armutsgrenze auf, haben sie geringere Chancen auf eine freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente. Sie sind von vielen

sozialen und kulturellen Aktivitäten ausgeschlossen, erfahren Benachteiligung bei Bildungsangeboten und sind aufgrund fehlender Vorsorge und falscher Ernährung einem erhöhten Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Mit einem Urteil des Bundessozialgerichts vom Januar 2009 erlangte das Thema eine längst überfällige öffentliche

Aufmerksamkeit: Der Richter-spruch erklärte die Regelsätze für Kinder von Hartz-IV-Empfängern als zu gering bemessen. Damit stünden sie im Widerspruch zum Grundsatz eines würdevollen Daseins und seien folglich verfassungswidrig.

Da das Land Sachsen-Anhalt mit einer Kinderarmutsquote

von 26,7 Prozent einen traurigen Spitzenplatz einnimmt, haben das FES-Landesbüro Magdeburg und der „Paritätische Sachsen-Anhalt“ begonnen, eine gemeinsame Tagungsreihe zum Thema Kinderarmut zu organisieren. Seit 2006 finden an verschiedenen Standorten in Sachsen-Anhalt jeweils mit regionalem Schwer-

punkt Veranstaltungen statt, an denen sowohl Vertreter sozialer Berufe, als auch aus Politik, Verwaltung und Medien und interessierte Bürger teilnehmen. Daraus ist eine Veröffentlichung unter dem Titel „Kinderarmut in einem reichen Land“ hervorgegangen, die zu Beginn dieses Jahres bereits in zweiter Auflage erschienen ist.

FACHGESPRÄCH ZUR UN-KINDERRECHTSKONVENTION

Eigene Grundrechte für Kinder?

Kinderrechte ins Grundgesetz: Diese Forderung ist nicht zuletzt seit den bedrückenden Fällen von Kindesverwahrlosung in Gesellschaft und Politik angekommen: Das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines Rechtsanspruchs auf Schutz, Förderung und Beteiligung von Kindern ist gesamtgesellschaftlich gestärkt und mit Ausnahme der FDP und Union unterstützen alle Fraktionen sowie die Kinderkommission des Deutschen Bundestages die Aufnahme von Kindergrundrechten in die Verfassung. 20 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention nahm das Forum Politik und Gesellschaft der FES im Rahmen eines Fachgesprächs am 12. Februar in Berlin die aktuelle Debatte auf. In dessen Mittelpunkt stand die Frage, welche Potentiale die Forderung „Kinderrechte ins Grundgesetz!“ für die Verwirklichung einer kindergerechteren Gesellschaft beinhaltet und wie eine solche Verankerung aussehen müsste und umgesetzt werden könnte. Der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz

Hilgers, stellte die Situation von Kindern in Deutschland und ihrer Rechte auf den Prüfstand: Zwar ginge es den meisten gut, allerdings betrachte er insbesondere mit Blick auf die Rechte auf Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung die Situation von etwa einem Drittel der Kinder mit großer Besorgnis. Er forderte die Politik auf, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen: „Wir brauchen Kinderregelsätze!“ Am schlechtesten sei es jedoch mit dem Recht auf Teilhabe bestellt – beginnend in Schulen bis hin zur Kultur und Gesellschaft.

Die Rechtsanwältin und Justizsenatorin a. D. von Hamburg und Berlin, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, verdeutlichte den juristischen Mehrwert von verfassungsrechtlich verbrieften Kinderrechten: Nicht nur würden Kinderrechte den Stellenwert von Kindern in einer Gesellschaft ausdrücken, sondern es ergäben sich zudem direkte Folgen für die Rechtsprechung. Kinder als selbständige Träger eigener Grundrechte hätten andere Ansprüche anzumel-

den – sowohl gegenüber Eltern als auch dem Staat. Dabei entkräftete sie den Vorwurf, hierbei würden Elternrechte geschwächt: dies seien in erster Linie Abwehrrechte gegenüber dem Staat und ohnehin dem Kinderwohl verpflichtet.

Marlene Rupprecht, MdB, die sich als Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion für Kinderrechte engagiert (siehe Gastkommentar nächste Seite), führte deren erfolgreiche Aufnahme in mehrere Landesverfassungen als Vorbild für die Bundespolitik an: Ein weiterer Anlauf für die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung sei bereits geplant. Die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt unterstrich einerseits die Symbolwirkung und andererseits die Rechtswirkung eines solchen Schrittes: Es wäre ein entscheidender Richtwert für richterliche wie politische Entscheidungen und unterstütze zudem einen notwendigen Mentalitätswandel.

NEUERSCHEINUNG

Im April 2009 erscheint das „Forum Familienpolitik“ zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“: www.fes.de/forumpug/index.htm

— Entscheidende Schritte für mehr Kinderfreundlichkeit

„Während der Zeit meines Vorsitzes in der Kinderkommission des Deutschen Bundestags von Herbst 2006 bis Sommer 2007 habe ich die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ganz oben auf die Agenda gesetzt. Eine Ergänzung des Artikels 6 GG würde die Rechtsposition der Kinder deutlich stärken und die Schutzpflicht gegenüber Kindern ausdrücklich im Grundgesetz festschreiben.

Ich hoffe sehr, dass die intensiven Diskussionen im Deutschen Bundestag und die Initiativen außerhalb des Parlaments dazu führen, dass wir noch vor der Bundestagswahl eine Mehrheit für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz und die Rück-

nahme der Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention erreichen können. Diese beiden Beschlüsse wären entscheidende Schritte für mehr Kinderfreundlichkeit in Deutschland. 20 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention ist dies längst überfällig.“

Marlene Rupprecht, geb. 1947, Lehrerin a. D., seit 1996 Mitglied des Deutschen Bundestags, Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats



FES-SACHSEN-ANHALT DISKUTIERT ÜBER DIE AUSBILDUNG VON ERZIEHER/INNEN

„Für die Kleinsten die Besten“

Schon in frühester Jugend werden entscheidende Weichen für die nachfolgende Schul- und Ausbildungsbiografie gestellt. In der Praxis deutscher Kinderkrippen und -gärten trägt man dieses Erkenntnis allerdings noch zu wenig Rechnung. Das Berufsbild von Erzieher/innen bleibt eher mit Betreuungsdenn mit Bildungsaufgaben verknüpft. Je jünger Kinder sind, desto weniger sind ihre Betreuer/innen pädagogisch professionell geschult. Während Lehramtsanwärter fast ausnahmslos ein Studium absolvieren müssen, haben von den bundesweit beschäftigten Erzieher/innen nur insgesamt 3,4 Prozent eine akademische Ausbildung. In Sachsen-Anhalt haben sogar nur 1,4 Prozent der Kita-Beschäftigten einen Hochschulabschluss – das ist neben dem Saarland die zweitgeringste Akademisierungsquote. Vor diesem Hintergrund hat das FES-Landes-

büro Magdeburg das Thema Erzieher/innenausbildung und frühkindliche Förderung zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Seit 2006 organisiert das Büro regelmäßig Podiumsdiskussionen, auf denen das Ministerium für Gesundheit und Soziales, freie Träger von Kitas, Vertreter der Wissenschaft und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu Wort kommen. Nach Veranstaltungen in Magdeburg, Halle und Stendal wurden zuletzt am 16. März in Dessau aktuelle Reformansätze in der vorschulischen Bildung erörtert. Als Redner zu Gast waren dabei u. a. die Ministerin für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Gerlinde Kuppe, sowie Dr. Peer Pasternack vom Institut für Hochschulforschung Wittenberg und Frank Wolters, Landesgeschäftsführer der GEW Sachsen-Anhalt. Während Ministerin Kuppe

über Erfolge und Hürden in der Umsetzung des Programms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ der Landesregierung berichtete, zeigte Pasternack auf, dass die Anhebung der Erzieher/innen-Ausbildung auf Hochschulniveau mittelfristig durchaus zu finanzieren sei. Frank Wolters betonte, akademische Abschlüsse in der Kinderbetreuung dürften nicht zu einem Zwei-Klassen-System unter den Erzieher/innen führen. In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum herrschte bei allen Beteiligten Konsens darüber, dass man für die Betreuung der Kleinsten die besten Kräfte bräuchte. Ein wichtiger Schritt zur Erreichung dieser Zielstellung ist nun mit der Eröffnung des ersten berufsbegleitenden Studienganges zur Elementarpädagogik am 1. April an der Hochschule Magdeburg-Stendal getan.

— Bildungspolitik ist Familienpolitik ist Bildungspolitik

Bildungs- und Familienpolitik haben zahlreiche Berührungspunkte. So ist der Ausbau von Kitas und Ganztagschulen eine notwendige Voraussetzung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Diese Wechsel- und Hebelwirkung ist unumstritten.

In Thüringen gibt es eine Sondersituation: Die Landesregierung unter Dieter Althaus hat im Jahr 2005 eine sogenannte „Familienoffensive“ gestartet. Kernstück dieser Initiative ist ein „Landeserziehungsgeld“, das dann ausgezahlt wird, wenn Kinder zu Hause betreut werden. In der Realität heißt dies, dass – meist die Mütter – nicht arbeiten können.

Die Landesregierung hat damit, trotz eines vergleichsweise guten Angebots an Betreuungsmöglichkeiten im Freistaat, Anreize gesetzt, Kinder zu Hause zu behalten. Diese Politik hat zu einer andauernden scharfen gesellschaftspolitischen Diskussion

im Freistaat und zu einem groß angelegten Volksbegehren mit dem Namen „Bessere Familienpolitik“ geführt.

Das FES-Landesbüro begleitet diese Diskussion kontinuierlich mit Foren und öffentlichen Veranstaltungen. Im Mittelpunkt stehen dabei wissenschaftliche Erkenntnisse, Gesellschaftsentwürfe und die Positionen politischer Akteure. So wurde in Erfurt etwa darüber diskutiert, ob Erziehrinnen studieren sollen. Bei einer weiteren Veranstaltung wurden Bildungspläne im frühkindlichen Bereich und deren Umsetzung erörtert und im März dieses Jahres wurde die Situation der Kitas im Freistaat dargestellt. Im April findet eine Veranstaltung unter dem Titel „Familienbilder“ in Weimar statt, die eine neue Perspektive auf die familien- und bildungspolitische Debatte öffnen soll.

KONFERENZ ÜBER GLEICHGESCHLECHTLICHE LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Familie ist da, wo Kinder sind

Die Einführung der Lebenspartnerschaft unter der rot-grünen Bundesregierung 2001 war ein großer Schritt in Richtung Anerkennung der Rechte gleichgeschlechtlicher Paare in Deutschland. Nichtsdestotrotz haben gleichgeschlechtliche Paare und Familien nach wie vor mit zahlreichen Benachteiligungen zu kämpfen. Um über die aktuellen Entwicklungen zu diskutieren, lud das Forum Politik und Gesellschaft am 9. Februar zur Konferenz „Nur Pflichten, keine Rechte?!“ „Der Gesetzgeber hat ein Rechtsinstitut eingeführt, aber behandelt Lebens- und Ehepartner immer noch an vielen Stellen im Recht weiter ungleich“, erklärte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, „daher kann man mit gutem

Grund fragen, ob da nicht die Kohärenz unserer Rechtsordnung auf der Strecke bleibt.“ Zypries regte an, das Verfassungsjubiläum in diesem Jahr zum Anlass zu nehmen zu überprüfen, ob unser Grundgesetz für die Herausforderungen der Gegenwart gerüstet sei. Beispielsweise müsse über eine Erweiterung des Diskriminierungskatalogs in Artikel 3 um die sexuelle Orientierung nachgedacht werden und über die ergänzende Aufnahme von Lebenspartnerschaften in Artikel 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter besonderen Schutz stellt.

Gerade auch Paare mit Kindern oder mit Kinderwunsch stünden oftmals vor großen Herausforderungen, erläuterte Professorin Nina Dethloff, Direktorin des Instituts für Familienrecht der Universität Bonn. So dürften gleichgeschlechtliche Paare nicht gemeinsam ein Kind adoptieren und auch bei der künstlichen Befruchtung müssten große Hürden überwunden werden. Die Autorin Miriam Münte-

An Lebenspartnerschaft und Ehe dürften nicht länger zwei Maßstäbe angelegt werden, forderte die Autorin Miriam Müntefering. (Foto: Kelm)



fering las passend zum Thema aus ihrem Buch „Jetzt zu dritt!“, in dem es um den Kinderwunsch eines lesbischen Paares geht. Aus ihrer Autobiographie „Tochter und viel mehr“ trug Müntefering eine Passage zu ihrem persönlichen Coming-Out vor. Da sie aus ei-

ner sehr verständnisvollen und toleranten Familie käme, sei dieses Ereignis für sie jedoch vollkommen unproblematisch gewesen, erzählte die Autorin. Zwei Wünsche formulierte Müntefering an die Politik: An Lebenspartnerschaft und Ehe dürften nicht länger zwei

Maßstäbe angelegt werden, sie müssten gleich behandelt werden. Steuerliche Vergünstigungen sollten denjenigen Paaren zugutekommen, die Kinder aufziehen, gleich ob sie verheiratet und welcher sexueller Orientierung sie sind.

KONFERENZ ZUM DIALOG DER GENERATIONEN

Miteinander ins Gespräch kommen

Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Sind heute noch knapp 20 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter, wird 2050 schon jede Dritte und jeder Dritte älter als 65 Jahre sein. Vor diesem Hintergrund wurden bereits Stimmen laut, die über die Aufkündigung des Generationenvertrags spekulierten und vor einem angeblich bevorstehenden „Krieg der Generationen“ warnten.

Im Mittelpunkt der Konferenz „Miteinander statt gegeneinander! Ein Beitrag zum Dialog der Generationen“ stand am 9. März daher die Frage, wie die Generationen zukünftig miteinander leben wollen. Dabei stellte sich heraus, dass von dem oft behaupteten Gegensatz der Interessen zwischen Alten und Jungen keine Rede sein kann. Vor allem innerhalb der Familien zeigt sich nach Ansicht von Ruth Eder, dass die Generationen wechselseitig voneinander profitieren: Zum Beispiel betreuen die Großeltern ihre Enkel und unterstützen jüngere Verwandte bei finanziellen Schwierigkeiten. Umgekehrt übernehmen die Jungen die

Pflege ihrer Angehörigen. Anders stellt sich die Situation dar, wenn man den vertrauten Kreis der Familie verlässt. „Private Kontakte oder gar Freundschaften über Generationengrenzen hinweg sind eher die Ausnahme“, so die Autorin weiter. Um dies zu ändern, sei es vor allem notwendig, dass Alte und Junge miteinander ins Gespräch kommen. Eine solche Gelegenheit bieten zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser. Nach Ansicht der Schriftstellerin Tanja Dückers müssen auch die Medien ihren Teil zu einem besseren Verständnis zwischen Alten und Jungen beitragen. Begriffe wie „Altenrepublik“ seien wenig hilfreich, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Die Bundesvorsitzende

der SPD-AG 60plus, Erika Dreccoll, plädierte dafür, die gesellschaftliche Debatte über das Generationenverhältnis nicht auf finanzielle Aspekte zu beschränken. Dr. Daniel Dettling, Vorsitzender von berlinpolis e.V., ist der Meinung, dass das Angebot für Ältere, sich ehrenamtlich zu engagieren, erhöht werden müsse.

DOKUMENTATION

www.fes.de/forumug/inhalt/doku.htm

Podiumsdiskussion
in Brüssel

Mit europäischer Industriepolitik aus der Krise

— „ES GIBT HEUTE KEINE NATIONALEN CHAMPIONS MEHR, nicht mehr die deutsche Automobilindustrie oder die französische Stahlindustrie.“

Es handle sich inzwischen längst um europäische Industrien, machte der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, zum Auftakt einer Podiumsdiskussion der FES-Brüssel in Kooperation mit dem Europä-

ischen Metallgewerkschaftsbund (EMB) zur Zukunft europäischer Industriepolitik klar. Poul Nyrup Rasmussen, Präsident der Europäischen Sozialistischen Partei und Harald Wiedenhofer, Generalsekretär der European Federation for Food, Agriculture and Tourism Trade Unions, wandten sich mit der Forderung an die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, protektionistische Maßnahmen zur Abschottung gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise zu unterlassen. Derlei kurzfristig gedachte Maßnahmen gefährdeten die langfristigen Ziele einer funktionierenden Wirtschaft

in Europa. Die Stärkung von Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit wurde in der Diskussion einhellig als essentiell für die Zeit während der Krise identifiziert. Die Krise habe den aufgrund von zahlreichen Überkapazitäten ohnehin notwendigen Strukturwandel in der Industrie beschleunigt. Umso mehr komme es daher nun europaweit auf die Entwicklung von Innovationen an und gleichzeitig auf die Weiterentwicklung der Qualifizierung der Arbeitnehmer. Hierfür bedarf es europäischer Konzepte wie etwa ein Modell der „green jobs“.

Günter Verheugen bei der Podiumsdiskussion in Brüssel (Foto: Iller)



+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ In einer Rede zum sozialen Europa, die Franz Müntefering im Februar bei einem öffentlichen **Empfang der FES-Brüssel** vor Vertretern aus den europäischen Institutionen und dem weiteren politischen Umfeld hielt, betonte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, es sei von großer Bedeutung, „dass der Primat der Politik wieder in Kraft tritt“. Außerdem gäbe es in einer

globalisierten Welt keine Chance, die Probleme nur über die nationale Ebene lösen zu wollen. Die Kunst der Politik im nächsten Jahrzehnt bestünde darin, es zu schaffen, in 27 souveränen Staaten in Europa Vereinbarungen darüber zu treffen, wie in Zukunft Politik organisiert sein soll. +++



(Foto: Müller)

+++ „Die Politik tritt, was das soziale Europa angeht, auf der Stelle, ja sie hat sogar den Rückwärtsgang eingelegt“, stellte Reiner Hoffmann, stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, fest. Für die Zukunft hebt er drei zentrale Herausforderungen hervor: ein nachhaltiges Wirtschaften, die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und eine neue Regulierung der Finanzpolitik. Hoffmann diskutierte zusammen mit Knut Fleckenstein, Geschäftsführer des ASB in Hamburg, beim Julius-Leber-Forum der FES die Frage „**Soziales Europa in der Krise?**“ Das Soziale Europa stand auch im Mittelpunkt von zwei weiteren Veranstaltungen, die das Julius-Leber-Forum mit Europa-Abgeordneten und – Spitzenkandidatinnen durchgeführt hat: Ulrike Rodust in Schleswig-Holstein und Karin Jöns in Bremen. +++

Ein sozialer Stabilitätspakt für Europa?

Die aktuelle Krise und ihre absehbaren sozialen Folgen haben die Frage nach der sozialen Zukunft Europas noch einmal stärker auf die Tagesordnung gesetzt. Aber bereits vorher war klar, dass die soziale Komponente in der europäischen Konstruktion, einseitig markt- und deregulierungsbezogen, in der Vergangenheit deutlich zu kurz gekommen war. Mit der Osterweiterung ist Europa ein extrem heterogener Wirtschafts- und Sozialraum geworden. Wie kann das soziale Defizit Europas überwunden werden, wie verhindert werden, dass die wirtschaftliche und politische Integration von Lohn-, Sozial- und Steuerdumping begleitet wird? Antworten auf diese Frage suchte eine Veranstaltung der FES Anfang Februar in Paris, an der deutsche und französische Parlaments- und Europaabgeordnete, Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aus West- und Osteuropa und des

europäischen Gewerkschaftsbundes sowie Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler teilnahmen. Die Bundestagsabgeordnete Angelica Schwall-Düren warf in ihrem Eingangsstatement die Frage auf, ob es nicht eines „europäischen sozialen Stabilitätspaktes“ nach dem Vorbild des Maastrichter Vertrages bedürfe. Nur eine Kombination von verschiedenen Regulierungselementen, darin waren sich die Teilnehmer mit dem französischen PS-Abgeordneten Gaetan Gorce einig, könne langfristigen Fortschritt schaffen. Die Lissabon-Agenda sei in sozialer Hinsicht zu ergänzen. Für die FES-Paris stellte die Veranstaltung Gelegenheit dar, eine neue Publikationsreihe zu

lancieren. Diese Reihe unter dem Titel „Idées pour une Europe sociale“ wird in loser Folge Studien und Artikel zu Ausgestaltung eines sozialeren Europas in die französische politische Debatte einbringen. Sie wird dabei nicht zuletzt auch auf entsprechende FES-Publikationen, aber auch auf Studien aus dem gewerkschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Partnerumfeld der FES in Deutschland und Europa zugreifen.

Das erweiterte Europa: ein extrem heterogener Wirtschafts- und Sozialraum (Foto: EU – Audiovisual library)



— Der Europäische Gerichtshof und das soziale Europa

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) ist in letzter Zeit mit einigen Urteilen in die Kritik geraten. Befürchtungen wurden laut, der EuGH ordne soziale Grundrechte sowie die Tarifautonomie und das Streikrecht den Interessen des Binnenmarktes unter und unterminiere damit Bestrebungen der Entwicklung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Ein rechtswissenschaftliches Gutachten, das Prof. Dr. Franz Mayer (Universität Bielefeld) im Auftrag der FES erstellt hat, stand im Mittelpunkt eines Expertenworkshops, der die zentralen Fragen erörterte: Überschreitet der Eu-

ropäische Gerichtshof seine Kompetenzen? Oder geht der EuGH lediglich gegen nationale Egoismen vor und bewegt sich strikt innerhalb des Rechtsrahmens, den die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union selbst festgelegt haben?

MEHR ZUM THEMA

Der bisherige Stand der Debatte ist in der FES-Publikation „Der EuGH und das soziale Europa“ festgehalten: www.fes.de/europa

Europäische Vergleiche

Konzepten und Erfahrungen vorsorgender und aktivierender Sozialpolitik in Europa widmete sich Anfang Dezember 2008 ein Seminar, das die FES zusammen mit der Fondation Jean-Jaurès in Paris für Abgeordnete, Wissenschaftler und Journalisten organisierte. Referenten aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden schilderten die politischen Überlegungen und die praktischen Konsequenzen verschiedener Sozialstaatsreformen in den letzten Jahren. Edelgard Bulmahn betonte in ihrem Beitrag zur deutschen Debatte die zentrale Bedeu-

tung, die Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit in allen Konzepten einer vorsorgenden Sozialstaatlichkeit zukommt. Aber noch etwas sei fundamental, so die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung: „Ein aktiver Staat braucht die notwendigen Ressourcen, um seine Aufgaben erfüllen zu können.“ Lisa Harcker, die Direktorin des Londoner Instituts for Public Policy Research, schilderte die erfolgreichen, in mancherlei Hinsicht aber auch gemischten Erfahrungen mit den aktivierenden Arbeitsmarktreformen des letzten Jahrzehnts in Großbritannien. Ein gemischtes Ergebnis

schilderte auch Hartmut Seifert vom WSI der Hans-Böckler-Stiftung in seinem Beitrag zu den Hartz-Reformen in Deutschland. Auch die Arbeitsmarktreformen der Jospin-Regierung, so ein anwesender ehemaliger französischer Minister, hätten nicht immer die erhofften Wirkungen gebracht. Noch schlechter sei es allerdings, gar nichts zu tun. Deshalb dürfe man nicht nachlassen, den zukunftsorientierten Umbau der Sozialsysteme vorzubereiten und voranzutreiben, wolle man langfristig die Leistungsfähigkeit der Systeme verbessern und sichern, so die Schlussfolgerung.

— FES-Szenarien vor Stiglitz-Kommission

Seit einem Jahr arbeitet das FES-Büro Genf an Szenarien zur Weltwirtschaftsordnung im Jahr 2020, die nun einem Gremium präsentiert werden konnten, das im Auftrag des Präsidenten der UN-Vollversammlung Vorschläge für die Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems ausarbeitet. Die Expertenkommission unter Leitung des Nobelpreisträgers und früheren Chefvolkswirts der Weltbank, Joseph Stiglitz, kam vom 9. bis 11. März in Genf zusammen. Im Rahmen eines von der FES veranstalteten Abendessens für die Kommission stellten der Leiter des Genfer FES-Büros, Winfried Veit, und das Mitglied des Szenarioteams Rashid Kaukab vier Szenarien einer neuen Weltwirtschaftsordnung vor. Ergänzt wurde dieser Vortrag durch Stellungnahmen von OXFAM International und Third World Network zu möglichen Folgen der gegenwärtigen Krise. Der Stiglitz-Kommission gehören u. a. die deutsche Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Heidemarie Wiecek-Zeul, der Gouverneur der

nigerianischen Zentralbank, die ehemaligen Finanzminister von Brasilien, Kolumbien und Ägypten sowie weitere namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft an.

Die Szenarien: www.fes-globalization.org/geneva/documents/Scenario/Publication_GenevaScenarios_2009.pdf

+++ FES+++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Experten von europäischen Forschungseinrichtungen präsentierten ihre Studien zu den jeweiligen nationalen Sicherheitsstrategien während einer **Konferenz zum Europäischen Sicherheitsmodell**. Die Konferenz wurde von der FES mit dem Zentrum für Sicherheitspolitik an der Karlsuniversität Prag und dem Centre for the Study of Global Governance an der London School of Economics and Political Science Anfang Januar im tschechischen Abgeordnetenhaus veranstaltet. Das Konzept der menschlichen Sicherheit stellten Sabina Introvicová, ehemalige Sprecherin des tschechischen provinziellen Aufbauteams am Beispiel Afghanistans und Prof. Mary Kaldor am Beispiel Iraks dar. +++

Schlagzeile Europa

Wie können die Medien europäische Inhalte näher an die Bürgerin und den Bürger herantragen? Wie ist es insgesamt um die Pressearbeit zu europäischen Themen bestellt? Wo endet europäische Kommunikationspolitik und wo beginnt die europäische Öffentlichkeit? Vor dem Hintergrund dieser Fragen organisierte das FES-Büro Brüssel im Februar ein dreitägiges Jugendpresseseminar für 28 Schülerredakteure, junge Studierende und junge Pressevertreter aus 13 Bundesländern. Trotz des Aktionsplans für eine bessere

Kommunikationsarbeit der Europäischen Kommission klaffen die politische Wirksamkeit europäischer Politik und das vermittelte Verständnis am Ort der Wirkung – in den Ländern, Städten und Gemeinden – weit auseinander. Gerade deshalb werden Journalisten in Europa immer wichtiger, die in der Lage sind, die Flut an politischen Themen zu bündeln und angemessen aufzubereiten. Die Nachwuchsjournalisten beschäftigten sich daher

besonders ausgiebig mit der Art und Weise der Vermittlung.



Die Teilnehmer/innen des Jugendpresseseminars in Brüssel (Foto: Manderscheid)

— EU-WahlSpezial in der OnlineAkademie

Am 7. Juni ist Europawahl. Die OnlineAkademieder FES stellt ab Ende April ein EU-WahlSpezial unter www.fes-online-akademie.de online, das – ergänzend zum bestehenden Themenmodul „Europäische Identität“ – mittels Quiz der Geschichte und den Entwicklungen des europäischen Einigungsprozesses nachzuspüren hilft. Inhaltliche Anregungen zu aktuellen europapolitischen Themen sind im EuroBlog platziert, in dem FES-Stipendiat/innen ihren Blick auf Europa prägnant schildern. Ein Videointerview mit Bernhard Rapkay, Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, rundet das Angebot ab.

Es muss eine einfache und verständliche Sprache gefunden werden, die Thema und Kontext angemessen ist. Ziel dieses FES-Seminars war es daher, junge Nachwuchsjournalisten für die aktive Teilhabe am Projekt Europa zu sensibilisieren, Konzepte, Ideen aber auch Probleme greifbar zu machen und sie in Zusammenhang mit dem alltäglichen Leben zu bringen und dadurch anderen Menschen zugänglich zu machen.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

(Foto: Ackermann)



+++ Die Finanzkrise zeigt, wie wichtig die Ordnungs- und Schutzfunktion des Staates für eine funktionierende Wirtschaft ist. Trotzdem herrscht keine Einigkeit, welche Rolle der Staat in Zukunft einnehmen soll. Das Thema einer Veranstaltung aus Anlass des **20-jährigen Bestehens des FES-Büros in London** konnte deshalb gar nicht aktueller sein. In Zusammenarbeit mit der London Metropolitan University diskutierten der ehemalige deutsche Entwicklungshilfeminister und Publizist Erhard Eppler und der britische Labour-Abgeordnete und Publizist Prof. David Marquand aufgrund ihrer weitreichenden Erfahrung über die Rolle des Staates im 21. Jahrhundert. +++

DEUTSCH-BRITISCHER DIALOG IN LONDON

Sicherheit statt Freiheit?

In Großbritannien wird die Frage, wie Sicherheit und Freiheit in der Politik zukünftig spannungsfrei miteinander in Einklang gebracht werden können, als eine neue dringliche



Zu den Teilnehmern der Konferenz in London gehörte auch der ehemalige deutsche Innenminister Gerhart Baum.

Gestaltungsaufgabe begriffen. Dies in einem Land, in dem es unzählige Überwachungskameras gibt und

Verdächtige bis zu 28 Tagen ohne Haftbefehl festgehalten werden können, das aber Personalausweis und Einwohnermeldeamt als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen sieht. Wie sehr das Thema Großbritannien beschäftigt, zeigte die

Konferenz „European Homeland Security – Striking a new Balance between Risks and Freedom“, die das Londoner Büro der FES zusammen mit dem britischen Think Tank European Movement, der deutschen Botschaft und der Vertretung der EU-Kommission Ende Februar in der Residenz des Deutschen Botschafters organisierte. Teilnehmer der Veranstaltung waren u.a. der ehemalige deutsche Innenminister Gerhart Baum, Ex-Scotland Yard-Chef Sir Ian Blair, Liberal Democrats Schatten-Justizminister Chris Huhne und mehrere Mitglieder des House of Lords. Die Konferenz machte deutlich, dass für die Bevölkerung in Großbritannien, trotz der ursprünglichen starken britischen Freiheitstradition, der Begriff der nationalen Sicherheit eine mächtige staatliche Allmacht legitimiert. Besonders Sir Ian Blair sprach sich

dafür aus, den Kampf gegen den Terrorismus nicht zu unterschätzen und der Regierung mehr Mittel für diesen Kampf zu gewähren. Allerdings sehen sich britische Mittelklassebürger zunehmend als negativ betroffen durch die überaktive „Law and Order“-Politik ihrer Regierung, zum Beispiel durch extensive Überwachungspraktiken in ihren Gemeinden. Auch integrationsbereite britische Muslime sehen sich inzwischen als potenzielle Terroristen stigmatisiert. In Deutschland, das wurde auf der Konferenz deutlich, sind die Menschen viel weniger bereit, Gesetzgebungen zu akzeptieren, die durch das schwammige Argument der Terrorismusbekämpfung gerechtfertigt werden. Besonders der ehemalige deutsche Innenminister Gerhart Baum warnte davor, Sicherheit ausschließlich auf Kosten von Freiheit zu realisieren.

AMERIKANISCHE EINSCHÄTZUNGEN ZU AMERIKAS NEUER PRÄSIDENTSCHAFT

Zurück zu den Werten

Zusammen mit Hunderttausenden anderer begeisterter Amerikaner erlebte Clay Patrick Riszen am 20. Januar in Washington die Amtseinführung des amerikanischen Präsidenten Barack Obama. Bereits Anfang Februar informierte der Politikwissenschaftler und Herausgeber des angesehenen Magazins „Democracy: Journal of Ideas“ innerhalb einer Woche auf 15

Veranstaltungen rund 1.500 Zuhörerinnen und Zuhörer in ganz Bayern über die wichtigsten politischen Ziele und Aufgaben der neuen US-Administration.

Eine „überirdisch hohe Erwartungshaltung“ an Obama bemerkte Riszen in seinen Gesprächen mit Journalisten in Regensburg und Nürnberg, Offizieren der Bundeswehr

und zahlreichen Schulklassen. Grund genug, vor übertriebenen Erwartungen zu warnen: „Obama wird auch Fehler machen.“ Aber er werde Ursachen und Folgen der Finanzkrise zusammen mit einem kompetenten Team konsequent bekämpfen, mehr Menschen in die Krankenversicherung einbeziehen und eine bessere Bildung in den Mittelpunkt stellen.

Und der neue Präsident wird gerade im Ausland zuhören und zunächst lernen wollen, war sich Risen sicher, der auf Einladung des Regensburger Regionalbüros und mit Unterstützung des Washingtoner Büros der FES nach Deutsch-

land gekommen war. Erklärter Wille Obamas sei es, zwei der krassesten Fehlentscheidungen von George W. Bush zu korrigieren: Er werde den Kriegseinsatz im Irak beenden und das Gefangenenlager Guantanamo schließen. Keine

Zweifel sollten aber darüber aufkommen, dass Präsident Barack Obama die weltweite Führungsrolle der USA grundlegend erneuern wolle, orientiert an den Werten, die ihre Gründungsväter in der Verfassung festgeschrieben haben.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Erfahrungen mit staatlich geförderten Investitionen in „green jobs“ konnte Ingrid Matthäus-Maier auf der **Konferenz „Good Jobs – Green Jobs“** Anfang Februar in Washington mit US-Partnern aus Gewerkschaften und Umweltverbänden austauschen. Auf einem vom Büro Washington in Zusammenarbeit mit der US-Transportgewerkschaft Teamsters organisierten Workshop stellte die frühere Vorstandschefin der KfW Programme vor, die dem Klimaschutz dienen und Arbeitsplätze in diesem Bereich schaffen. Die von der KfW vergebenen Kredite zum energiesparenden Umbau von Häusern koppeln z.B. die Zinsraten an die Reduktion von Kohlendioxid. Innovative Finanzierungsmechanismen wie diese stoßen in den USA auf großes Interesse. +++

+++ Wie sieht die **transatlantische Zusammenarbeit** unter dem neuen amerikanischen Präsidenten Barack Obama aus? Der Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Karsten Voigt, zeigte sich auf einer Podiumsdiskussion in Karlsruhe optimistisch, dass mit der neuen US-Regierung auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den beiden Kontinenten zu erwarten sei. Aber wenn Deutschland ein starker Partner sein wolle, müsse es sich auch als solcher präsentieren, meinte Voigt. Der Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe, Johannes Jung, warnte, dass mit dem Wegfall des Schwarz-Weiß-Denkens unter Bush die Außenpolitik der USA eher komplizierter werden könnte. +++

+++ „Es ist trotz all dem sehr schwer, sich die Liebe zu Deutschland ganz aus dem Herzen zu reißen“, schrieb **der Breslauer Willy Cohn** in einem seiner Tagebücher. Der jüdische Wissenschaftler, Pädagoge und Kulturschaffende war 1919 der SPD beigetreten. In Breslau und in der Provinz hielt er Vorträge für die Arbeiterjugend, die Jüdische

Volkshochschule und wurde Mitarbeiter der sozialdemokratischen „Breslauer Volkswacht“. Der Aufstieg der Nationalsozialisten unterbrach die wissenschaftliche Karriere Cohns. Am 21. November 1941 wurde er zusammen mit seiner Frau und zwei seiner Kinder aus Breslau deportiert und acht Tage später erschossen. Zwei der drei Kinder Willy Cohns, die den Holocaust überlebt hatten, waren nach Breslau zu einer Ehrenveranstaltung gekommen, die die FES im Leopoldinum der Breslauer Universität veranstaltete. +++

+++ „Wir brauchen ein modernes Familienbild in Ungarn, in dem die Frau als gleichberechtigte Partnerin in Beruf, Familie und Gesellschaft anerkannt wird“, mit diesen Worten skizzierte der ungarische Regierungschef, Ferenc Gyurcsany, die wichtigste Botschaft seiner Begrüßungsrede auf einer **Veranstaltung des ungarischen Gewerkschaftsbundes MSZOSZ und der FES-Budapest** anlässlich des Weltfrauentages am 6. März. Auf dem Weg zur echten Gleichberechtigung, so der Regierungschef weiter, sei die ungarische Gesellschaft seit der Wende vor 20 Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Weitere Schritte aber seien jetzt nötig: vor allem zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. +++

+++ Nachdem die FES das **Planspiel Kommunalpolitik** bundesweit seit Jahren erfolgreich durchführt, hat das Forum Politik und Gesellschaft dieses auch in die ersten europäischen Nachbarländer „exportieren“ können: Nach Kroatien sind nun auch in Rumänien zehn junge und motivierte Trainer/innen ausgebildet worden. Ein erstes Planspiel bewies: auch in Rumänien lassen sich Jugendliche mittels eines kommunalpolitischen Planspiels für Politik interessieren. www.fes.de/themen/jugend/themen_planspiele.php +++

Veranstaltung aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums der FES in Moskau

Gegenseitige Wahrnehmung geschärft

— POLITIK LITT BIS VOR WENIGEN MONATEN unter dem Vorurteil der Ineffizienz und Ohnmacht beim Lösen dringend anstehender Probleme. Weltumspannend wäre sich die Mehrheit der Bürger sicher einig gewesen, dass Politiker wenig zu dem Wohlergehen ihres jeweiligen Volkes beizutragen hätten.

Um den Politikbegriff zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein wenig genauer zu untersuchen, lud die FES in Moskau aus An-

die auf die Abhandlung „Drei Wurzeln der Politik“ von Dolf Sternberger zurückgehen: die institutionelle Politik, geprägt

von der Verfassung, von Recht und Gesetz, die intentionelle Politik, geprägt vom Kalkül, als Mittel zum vorteilhaften Zweck des Handelns, und die prozessuale Politik, geprägt vom Anspruch auf gesellschaftliche Veränderungen. Michail Gorbatschow, der letzte Präsident der Sowjetunion und Wegbereiter für die Tätigkeit der FES als erste aus-

ländische politische Stiftung in Russland, fasste den Stand der Demokratie in seinem Land aus seiner Sicht zusammen: „Wir sind gerade erst dabei, eine Struktur demokratischer Institutionen aufzubauen, wir fangen erst an, unsere Bürger an die Teilnahme daran zu gewöhnen.“ Institutionen wie der Staatsduma oder den Gerichten warf er „fehlende Unabhängigkeit“ vor.

Unterstützung fand er bei Vladimir Sorokin, der gerade im Bereich der Modernisierung politischer Institutionen die Unterstützung Deutschlands forderte. Eine solche Kooperation bietet sich an, weil sich beide Länder voneinander angezogen fühlen. Die Deutschen, so Sorokin, würden die Unberechenbarkeit, ja die Anarchie in Russland schätzen, die Russen die deutsche Idee der Ordnung. Es bedürfe einer neuen Perestrojka, um eine Krise zu bewältigen, die mehr ist, als es das Wort vermuten lasse. Eine ähnliche Position vertrat auch Gesine Schwan: „Der Westen muss lernen, dass die Transformation nicht nur den Osten, sondern auch den Westen betrifft.“ Radikale Schritte seien notwendig, getragen durch Kooperation, Transparenz und Demokratie. Unterstützung fand sie bei Herta Däubler-Gmelin, die darauf verwies, dass Rechtsstaatlichkeit eine fundamentale Voraussetzung für Politik und deren Attraktivität für die Bürger sei. Aus dieser Diskussion wurde deutlich, dass es zweifellos ein unterschiedliches Politikverständnis gibt. Auf der einen Seite das europäische, welches eher auf Institutionen gebaut ist und auf der anderen das russische, das eher auf Kalkül setzt, auf die Macht des Stärkeren.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint freilich die gegensei-

lass ihrer 20-jährigen Präsenz in Russland gemeinsam mit der Gorbatschow-Stiftung zu einer Diskussionsrunde ein. Neben Michail Gorbatschow nahmen von russischer Seite unter anderem der auch in Deutschland bekannte Schriftsteller Vladimir Sorokin sowie von deutscher Seite Herta Däubler-Gmelin, Gesine Schwan und der Schriftsteller Ingo Schulte teil.

Die Fragestellung lautete, wie unterschiedlich das Verständnis von Politik in Deutschland und Russland eigentlich ist. Ausgangspunkt waren drei unterschiedliche Definitionen,

Unterstützung fand er bei Vladimir Sorokin, der gerade im Bereich der Modernisierung politischer Institutionen die Unterstützung Deutschlands forderte. Eine solche Koope-

ration bietet sich an, weil sich beide Länder voneinander angezogen fühlen. Die Deutschen, so Sorokin, würden die Unberechenbarkeit, ja die Anarchie in Russland schätzen, die Russen die deutsche Idee der Ordnung. Es bedürfe einer neuen Perestrojka, um eine Krise zu bewältigen, die mehr ist, als es das Wort vermuten lasse. Eine ähnliche Position vertrat auch Gesine Schwan: „Der Westen muss lernen, dass die Transformation nicht nur den Osten, sondern auch den Westen betrifft.“ Radikale Schritte seien notwendig, getragen durch Kooperation, Transparenz und Demokratie. Unterstützung fand sie bei Herta Däubler-Gmelin, die darauf verwies, dass Rechtsstaatlichkeit eine fundamentale Voraussetzung für Politik und deren Attraktivität für die Bürger sei. Aus dieser Diskussion wurde deutlich, dass es zweifellos ein unterschiedliches Politikverständnis gibt. Auf der einen Seite das europäische, welches eher auf Institutionen gebaut ist und auf der anderen das russische, das eher auf Kalkül setzt, auf die Macht des Stärkeren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint freilich die gegensei-



Am Rande der Jubiläumsveranstaltung in Moskau trafen die FES-Vorsitzende Anke Fuchs und der FES-Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt zu einem Gespräch mit Michail Gorbatschow zusammen.

tige Wahrnehmung geschärft zu haben. Michail Gorbatschow betonte am Ende der Diskussion, dass vor der Staatengemeinschaft nun eine sehr schwierige, gleichwohl reizvolle Herausforderung läge:

eine neue Rolle für die Regierungen und der internationalen Organisation zu finden, um die Wirtschaft zu regulieren, ja wirtschaftliches Wachstum mit Umwelt und Moral zu harmonisieren. Das wäre nach Stern-

berger die prozessuale Politik, die nach Veränderungen strebt und Gegensätze versucht aufzuheben. Etwas, was die FES in ihrer Tätigkeit in Russland seit 20 Jahren anstrebt.

— Neuer Blick auf die Beziehungen

Das Potenzial zur weiteren Zusammenarbeit auszuloten, stand im Mittelpunkt der siebten Auflage des FES-Gesprächskreises „Partnerschaft mit Russland in Europa“ Anfang Februar in Potsdam. Ziel war es, durch deutsche, russische und weitere europäische Politiker und Experten Impulse für die weiteren europäisch-russischen Verhandlungen nach dem durch den russisch-georgischen Konflikt belasteten Krisenjahr 2008 aufzeigen zu lassen.

Die Beiträge der Parlamentarier Rolf Mützenich (Bundestag) und Hannes Swoboda (Europäisches Parlament) konzentrierten sich auf die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Konkret ging es um mögliche neue Modelle für eine europäische Sicherheitsarchitektur, wie sie vom russischen Präsidenten Medwedew bei seinem Deutschland-Besuch angeregt worden waren. Die Diskussion beschäftigte sich insbesondere mit der Frage der Wiederbelebung der OSZE als zentralem Verhandlungsort sicherheitspolitischer Fragestellungen. Rüstungskontrolle, Afghanistan, die Beziehungen zu Geor-

gien und der Ukraine und der EU-USA-Russland-Dialog wurden als diejenigen Felder identifiziert, die in der nahen Zukunft am geeignetsten für Fortschritte in den wechselseitigen Beziehungen scheinen.

Große Übereinstimmung herrschte bei der Thematik „Global Economic Governance“ und der Beurteilung der derzeitigen Binnenarchitektur der Vereinten Nationen. Vor allem die Frage der Effizienz der existierenden Strukturen wird in Russland häufig kritisch gesehen – ein Punkt, in dem sich durchaus Berührungspunkte zwischen den Teilnehmern ergaben. Ähnliches galt auch für die Beurteilung der jüngsten Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Während die westlichen Teilnehmer allerdings im engen Zusammenschluss von Staaten und der Regulierung der Finanzpolitik Lösungswege sahen, tendierten russische Teilnehmer zu einer Generalabrechnung mit dem „vom Westen“ propagierten Wirtschaftssystem. Einigkeit bestand in der Absage an Protektionismus und dem Willen zu neuen Kooperationsrahmen wie z. B. den G 20.

MAZEDONIEN

Stolpersteine auf dem Weg in die EU?

Mazedoniens Annäherungsprozess an die EU ist ins Stocken geraten. Seit Ende 2005 ist das Land Beitrittskandidat, jedoch



wurde auch Ende 2008 noch keine Empfehlung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen. Im Bericht der EU-Kommission werden als Gründe vor allem die von der OSZE-Beobachtermision festgestellten Probleme bei den Parlamentswahlen, der Mangel an politischem Dialog und Demokratiedefizite

genannt. Aber auch die EU-internen Schwierigkeiten bei der Konsolidierung der EU-27 und die zunehmende Erweiterungskepsis in den alten EU-Mitgliedsländern werden als Gründe für das Ausbleiben einer Empfehlung angeführt. Seit nunmehr 17 Jahren finden schwierige Verhandlungen mit Griechenland über die Na-

Zu Gast in der FES in Berlin: der damalige mazedonische Staatspräsident Branko Cervenkovski

mensfrage statt, die den Integrationsprozess zusätzlich belasten.

Eigentlich sollte Mazedonien nach Slowenien, das bereits EU-Mitglied ist, und Kroatien, dessen Beitritt für 2010 erwartet wird, das dritte Land des ehemaligen Jugoslawien sein, das in die EU aufgenommen wird. Gerade der friedlich verlaufene Ablösungsprozess aus dem jugoslawischen Vielvölkerstaat und die nach dem internen Konflikt von 2001 im Ohrid-Abkommen gefundene Lösung für den multiethnischen Staat sollten Mazedonien zu einem Stabilitätsanker und Vorbild in der Region machen. Im Umkehrschluss riskiert eine Verzögerung des Beitrittsprozesses die erneu-

te Destabilisierung des westlichen Balkans.

Der Analyse dieser Situation als auch dem Meinungsaustausch und der Suche nach Lösungen war die Mazedonien-Konferenz der FES gewidmet, die am 3. Dezember 2008 gemeinsam mit der Deutsch-Mazedonischen Gesellschaft in Berlin veranstaltet wurde.

Der damalige mazedonische Staatspräsident Branko Crvenkovski verwies in seiner Rede auf die Bedeutung einer glaubhaften EU-Perspektive für die Reformschritte aller Länder auf dem Balkan. Auch betonte er die Bedeutung der interethnischen Beziehungen für eine positive Entwicklung Mazedoniens. Mazedoniens Vizepremier für EU-Integration,

Ivica Bocevski, hob die Bedeutung des freien Personenverkehrs für Mazedonien hervor. Die Erfolgsgeschichte der EU-Erweiterung solle fortgesetzt und der Beitritt der verbliebenen Balkan-Länder erleichtert werden. Ein konkretes Datum würde die Reformanstrengungen seiner Meinung nach zudem voranbringen.

Der Präsident der Deutsch-Mazedonischen Gesellschaft, Walter Kolbow (MdB), forderte Mazedonien und Brüssel zu fortgesetzten Bemühungen bei der Stabilisierung Mazedoniens und der Integration des Landes in die EU auf. Er versicherte den Gästen, dass Deutschland sich weiter aktiv an diesem Entwicklungsprozess beteiligen werde.

SERBIEN

Sozialdialog im Zusammenspiel der Interessen

Mit einer Konferenz im serbischen Parlament endete Anfang Dezember ein Teilprojekt des FES-Regionalprojektes „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in Südosteuropa“.

Serbiens Sozialpartner kamen auf Einladung des FES-Regionalprojektes zusammen. (Foto: Hantke)



Mehr als 60 Vertreterinnen und Vertreter aus vier Regionen Serbiens waren gekommen, um mit Parlamentariern über die Verbesserung und Vertiefung des Sozialdialoges unterhalb der nationalen Ebene zu diskutieren.

Parlamentspräsidentin Slavica Djukic Dejanovic lobte das Engagement auf der regionalen Ebene und hob hervor, dass eine Demokratie nur mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern sowie ihren Interessenorganisationen funktionieren könne. Nur im guten Zusammenspiel zwischen Regionen und der nationalen Ebene gebe es schnelle und gute Lösungen für die vielfältigen Transformations-

probleme Serbiens. Auch der außenpolitische Sprecher des slowenischen Parlamentes, Ivo Vaigl, betonte die Notwendigkeit der Regionalisierung und Dezentralisierung von Entscheidung und Umsetzung. Dies habe entscheidend zu den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolgen Sloweniens im Integrationsprozess beigetragen. Fritz Verzetnitsch von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik schloss die Konferenz und forderte alle Beteiligten auf, die gefundenen Prioritäten künftig auch mit aller Intensität in die Praxis umzusetzen.

— Weltsozialforum 2009 – ein Forum in Krisenzeiten

Es begann 2001 in Porto Alegre, acht Jahre später ist das Weltsozialforum nach Abstechern über Indien und Kenia wieder in sein Ursprungsland Brasilien zurückgekehrt. Mehr als 100.000 überwiegend junge Menschen aus allen Kontinenten waren Ende Januar nach Belem gekommen, um sich über die Perspektiven einer anderen, einer besseren Welt auszutauschen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung war von Anfang an diesem weltweit größten Treffen der Zivilgesellschaft beteiligt und bot auch in Belem zahlreiche Veranstaltungen an, für die fachkundige Vertreter aus dem weltweiten Partnerspektrum der Stiftung gewonnen werden konnten. Thematisch standen die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimawandel sowie Fragen einer sozial- und umweltverträglichen Entwicklung im Mittelpunkt. Es ist offensichtlich,



Auch die FES nahm an dem weltweit größten Treffen der Zivilgesellschaft teil.

dass im Zeichen der gegenwärtigen Krise vieles, was noch auf dem letzten Forum in Kenia wenig Gehör bei der etablierten Politik fand, mittlerweile von den Regierungen auf die Tagesordnung ihrer Krisengipfel gesetzt worden ist.

KONFERENZ ÜBER DAS KRISENMANAGEMENT DER SOZIALPARTNER

Dialog in der Krise

Die Präsidenten und Generalsekretäre von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften aus fünf Ländern Ex-Jugoslawiens diskutierten am 24. März in Belgrad im Rahmen einer internationalen Konferenz des FES-Regionalprojektes „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog“ über das Krisenmanagement der Sozialpartner.

Dabei stand immer die Fragestellung im Hintergrund, wie die zu erwartenden Probleme

gemeinsam und im Dialog angegangen werden können. Grigor Gradev, Exekutivsekretär des PERC (Pan European Regional Council des Internationalen Gewerkschaftsbundes), verdeutlichte eindrucksvoll die Tatsache, dass die ökonomische Krise vor keiner Region haltmache und so gerade für entwicklungsschwächere Regionen auch eine große soziale Gefahr bedeutet. Es sei an der Zeit, neben den notwendigen

kurzfristigen Hilfsmaßnahmen nun auch nachhaltig neue und wirksame Regelwerke zu installieren, um weitere Krisen zu verhindern oder einzudämmen. Milan Otrusa, Generalsekretär des slowenischen Gewerkschaftsbundes, machte deutlich, dass ein funktionsfähiger Sozialdialog auf der Stärke der Sozialpartner basiere. Seien die Gewerkschaften stark und einig, so würden sie auch gehört.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Haben die Erfahrungen mit dem deutschen Grundgesetz Relevanz für die Türkei? Mehr als 250 Gäste waren dieser Meinung und folgten am 23. Februar einem Vortrag von Bundesjustizministerin

Brigitte Zypries (Bild) an der Universität Istanbul über „60 Jahre

Deutsches Grundgesetz – Grundrechtsschutz und Verfassungsgerichtsbarkeit“. In seiner Begrüßung betonte der Rektor der Universität Istanbul, Prof. Dr. Yunus Söylet, die lange Geschichte der deutsch-türkischen Zusammenarbeit im Rechtswesen, die bis in die Zeiten des Osmanischen Reiches zurückreicht. In der Diskussion beantwortete Zypries Fragen zur doppelten Staatsangehörigkeit, der Visapflicht und der EU-Beitrittsperspektive der Türkei. +++



Hubertus Heil im
Gazastreifen

Appell zur Gewaltlosigkeit

— ALS ERSTER DEUTSCHER POLITIKER besuchte der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, am 18. Februar den vom Krieg zerstörten Gazastreifen.

Rund einen Monat nach Ende der israelischen Militäraktion traf er sich dort mit UN-Mit-

zum Abschluss seines Besuches die Dringlichkeit, schnell eine Lösung zu finden und versprach, sich bei seinen anschließenden Treffen mit israelischen Politikern für die Öffnung der Grenzen einzusetzen.

Im Rahmen dieses von der FES Jerusalem organisierten Besuchsprogramms war er zuvor in Ramallah mit wichtigen palästinensischen Politikern zusammen getroffen.

Bei dem Gespräch mit Premierminister Dr. Salam Fayyad ging es um den Wiederaufbau des Gazastreifens. Fayyad betonte, als erstes müssten die Grenzen geöffnet und die Infrastruktur zumindest auf Vorkriegsniveau

wieder aufgebaut werden. Für langfristige Fortschritte im Friedensprozess sei ein Ende der israelischen Siedlungstätigkeit im Westjordanland allerdings unabdingbar.

Zum Abschluss seines Besuchs in Ramallah nahm Hubertus Heil an einer Diskussionsrunde mit neu gewählten Fatah-Distriktvorsitzenden aus der West Bank teil. Er betonte dabei die Wichtigkeit interner Reformen, um das Ansehen der Fatah in der Bevölkerung und ihre Bedeutung als demokratische Kraft zu stärken. Heil appellierte an die Fatah-Vertreter, sich vorbehaltlos der Gewaltlosigkeit zu verschreiben. Nur so hätten ein palästinensischer Staat und die Fatah als politische Partei eine Chance.



Hubertus Heil nahm im Gazastreifen die Schäden an der Infrastruktur in Augenschein.

arbeitern und Vertretern der Zivilgesellschaft, um sich ein Bild über die Situation vor Ort und die Lage der Menschen zu machen. Tief beeindruckt von seinen Gesprächen und Erlebnissen betonte Hubertus Heil

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++ KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Als Beitrag zur **Reform und Erneuerung der palästinensischen Parteienlandschaft** veranstaltete die FES zusammen mit ihrem Partner PASSIA (Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs) bereits im Dezember 2008 eine Seminarreihe zum Thema „Parteienentwicklung“. An den vier jeweils fünftägigen Seminaren nahmen 80 junge palästinensische Führungskräfte teil. Eine Bildungsreise nach Berlin und Brüssel bot Gelegenheit, die Arbeit von Parteien in europäischen Parteizentralen und Parlamenten kennen zu lernen. +++

+++ Seit Jahren unterstützt die FES-Vertretung in Jerusalem die Palästinensische Nationale Initiative

(Al-Mubadara) in ihrem **Prozess der Parteienentwicklung**. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war der Besuch einer von Dr. Ralf Stegner, Landesvorsitzender der SPD-Schleswig-Holstein, geleiteten Delegation in den Palästinensischen Gebieten Anfang Dezember 2008. Im Rahmen eines Workshops in Ramallah betonte Stegner die Bedeutung der politischen Botschaft der Al-Mubadara für eine Lösung des Konflikts im Nahen Osten. Die Al-Mubadara stehe für gewaltlosen Widerstand und gesellschaftliche Gleichberechtigung. Dies bilde die Voraussetzung, den palästinensischen Interessen erfolgreich Geltung zu verschaffen und einen unabhängigen palästinensischen Staat an der Seite Israels zu errichten. +++

Hoffnung sähen

Großer Andrang herrschte bei der Präsentation des palästinensischen Films „Granatäpfel und Myrrhe“ in Berlin. Rund 300 Zuschauer erlebten auf Einladung der FES in den Hackeschen Höfen ein Stück Palästina, das so noch nie auf einer Kinoleinwand gezeigt wurde. „Der Granatapfel steht für die süßen Momente im Leben, die Myrrhe symbolisiert die bittere Seite“, erläuterte die palästinensische Regisseurin Najwa Najjar den Titel ihres Films. Mit eindringlichen Bildern, aufgenommen in Ramallah und Jerusalem, erzählt sie die Liebesgeschichte einer jungen Palästinenserin, deren Mann in der zweiten Intifada in israelische Gefangenschaft gerät und die sich während seiner Abwesenheit in ihren Tanzlehrer verliebt. Der Film

ist dabei ein Kalaidoskop des Lebens. Es wird gefeiert, gelacht, getanzt, getrauert, gelitten. „Hoffnung“, sagt Najwa Najjar, „das ist die zentrale Botschaft meines Films. Bei uns steht jeder Kern des Granatapfels für ein Stückchen Hoffnung, vom Himmel gesandt. Diese Hoffnung soll der Film sähen.“

In der anschließenden Diskussion machte Najwa Najjar deutlich, dass die Palästinenser in den besetzten Gebieten vor allem nach einem streben: einen Alltag in Frieden zu leben. Die Ministerin für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein, Ute Erd-siek-Rave, hat im vergangenen Jahr die Palästinensischen Gebiete bereist und sich ein Bild von der Lage vor Ort gemacht: „Der Film hat mich für einen



Die palästinensische Regisseurin Naiwa Najjar bei der Präsentation ihres Films in Berlin.

Moment zurückgebracht. Genauso habe ich Palästina erlebt.“ Solche Projekte zu fördern, müsse weiterhin Anliegen deutscher Außenpolitik sein, so ihr Fazit. Die FES hat die Entstehung dieses Films zusammen mit dem Media Board Berlin Brandenburg unterstützt.

+++ FES+++KURZ GEFASST +++ FES +++

+++ Die **Zukunft der Demokratie im palästinensischen Gebiet**, innerpalästinensische Versöhnung und der Wiederaufbau des Gazastreifens standen auf der Themenliste der Bundestagsabgeordneten Sigmund Ehrmann, Kerstin Griese, Christian Lange, Dr. Carola Reimann und Andreas Weigel (Bild), die auf Einladung der FES mit Abgeordneten des Palästinensischen Legislativrates und Ver-

tretern der palästinensischen Zivilgesellschaft zu beratenden Gesprächen zusammentrafen. +++

+++ In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung besuchte eine Delegation der sozialistischen Fraktion des Europaparlaments (PES) vom 6. bis 8. März das Palästinensische Gebiet. In den Gesprächen der Abgeordneten Pasqualina Neapolitano (Italien), Jamila Madeira (Portugal), Richard Howitt (UK) und Pierre Schapira (Frankreich) mit palästinensischen Politikern und Experten ging es um **Perspektiven einer innerpalästinensischen Einigung**, bevorstehende Wahlen und die Zukunft des politischen Prozesses mit Israel. Außerdem wurden Möglichkeiten einer vertieften Parteikooperation zwischen PES-Fraktion und Fatah diskutiert. +++



DEUTSCH-BRITISCHER PARLAMENTARIERDIALOG

ISAF darf nicht scheitern

Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage in Afghanistan beschloss das Büro der FES in London zusammen mit seinem britischen Partner, dem Royal United Services Ins-

lamentarier aus den Ländern einzuladen, die Truppen in der Helmland-Provinz stationiert haben. Neben deutschen Parlamentariern, wie Ursula Mogg, Hans-Peter Bartels und

der kanadische Abgeordnete Paul Dewar und General Egon Ramms, Kommandeur des Allied Joint Force Command der NATO, an dem Dialog teil. Besonders General Ramms, machte sehr eindringlich klar, welche Konsequenzen ein Scheitern der ISAF-Mission hätte. Auch der afghanische Botschafter Rahim Sherzoy sorgte für Nachdenklichkeit bei den Parlamentariern, als er von der zurückliegenden Herrschaft der Taliban berichtete und die Konsequenzen skizzierte, wenn der Westen sich jetzt aus Afghanistan zurückziehen würde. Die ISAF-Mission, das wurde bei diesem Treffen deutlich, ist zu wichtig für Afghanistan, aber auch für die Zukunft der NATO, um sie scheitern zu lassen.

titute, den seit 2007 bestehenden deutsch-britischen Parlamentarierdialo zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erweitern und zum ersten Mal NATO-Vertreter sowie Par-

Johannes Kahrs, und Vertretern des britischen House of Commons und House of Lords, wie Ian Davidson, Lord Anderson und Lord Roper, nahmen am 12. und 13. März u. a. auch

KONFERENZ ÜBER STRATEGIEN FÜR DEN UMGANG MIT DEM POLITISCHEN ISLAM

Günstige Zeit für Dialoge

„Wir brauchen einen echten demokratischen Prozess und politische Freiheit im Nahen Osten. Die Bürger Jordaniens sollen in freien und fairen Wahlen selbst über ihre politischen Führer bestimmen können und ein friedvoller Machtübergang von einer Regierung zur nächsten muss gewährleistet sein“, so die Forderungen von Rheil Gharybeh, dem stellvertretenden Generalsekretär und Sprecher der Islamischen Aktionsfront

(IAF) in Jordanien. Der Vertreter der größten islamistischen Partei des Landes, die als politischer Arm der Moslembrüder auch im jordanischen Parlament vertreten ist, sprach auf einer Veranstaltung, die das FES-Büro Washington Ende Februar zusammen mit dem Project on Middle East Democracy (POMED) organisierte. Ziel war ein Austausch über Strategien für den Umgang mit dem politischen Islam vor dem Hintergrund des Regierungs-

wechsels in den USA und einer neuen Öffnung zur muslimischen Welt. Wie groß die Herausforderungen trotz der Dialogbereitschaft sind, wurde deutlich, als es um die Rolle der USA in der Region ging. Rheil Gharybeh bezeichnete die Unterstützung korrupter Regime seitens der USA als das größte Hindernis für Reformen in der Region. Gleichzeitig äußerte er die Hoffnung, dass der von den USA versprochene Wan-

del spürbare politische Freiheit für die Menschen im Nahen Osten bringen werde. Mit Blick auf Entwicklungshilfe des Westens empfahl er, finanzielle Hilfe an die Umsetzung echter demokratischer Reformen zu binden. Die deutsche Expertin Zoé Nautré verwies auf die europäischen Positionen im Umgang mit dem politischen Islam. Dieser werde von vielen in Europa nicht als stabilisierende politische Kraft angesehen und die Verbindung von Politik und Religion stoße auf Ablehnung. Mona Yacoubian vom United States Insti-

tute of Peace machte auf die Erfahrungen in Algerien Ende der 80er Jahre aufmerksam, die noch immer die politische Debatte in den USA im Umgang mit dem politischen Islam prägten. Die negativen Erfahrungen des Bürgerkriegs nach einer anfänglichen politischen Öffnung und Einbindung einer islamistischen Partei ließen die USA heute zögern. Auch Shadi Hamid, Forschungsdirektor von POMED, war der Meinung, dass die USA durch die Angst vor möglichen Wahlerfolgen islamistischer Parteien im Nahen Osten gelähmt seien. Wenn es

den USA aber Ernst mit der Demokratisierung der Region sei, müssten die Islamisten mit eingebunden werden, denn ohne sie gebe es keine Demokratie. Er plädierte für einen Dialog, bevor diese Gruppen die politische Macht erlangten. Dafür sei die Zeit günstig, denn beide Seiten seien an einem Dialog interessiert. Dabei könnten die USA auch ihre unverhandelbaren Positionen deutlich machen, wie die unbedingte Aufrechterhaltung des Friedensvertrags zwischen Jordanien und Israel.

INDIEN

Rechtssystem mit Mängeln

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne eine Judikative mit unabhängigen, ausschließlich dem Gesetz verpflichteten Richtern, deren Rechtsprechung jedem Bürger zugänglich ist, werden die Grundlagen der Demokratie unterlaufen. In Indien klaffen aber Anspruch und Realität weit auseinander. Zwar beruht das indische Regierungssystem auf einer demokratischen Rechtsordnung, doch spiegelt sich dies nicht notwendigerweise darin wider, dass Regierende und Bürger Gesetze und Gerichte respektieren. Das indische Rechtssystem steht insbesondere vor der Herausforderung, Rechtsstaatlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Die Gerichte sind chronisch über-

lastet, und viele Verfahren erstrecken sich über mehr als zehn Jahre, so dass Rechtssicherheit vor allem für die ärmeren Bevölkerungsgruppen kaum gewährleistet ist. Dies führt nicht zuletzt zu einem wachsenden Misstrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen des Staates. Die FES nahm dies zum Anlass, Anfang März ein Seminar über die Bedeutung der Judikative für die Stärkung der indischen Demokratie zu veranstalten. Diskutiert wurden das Verhältnis der Judikative zum Parlament und zu den Medien sowie die Notwendigkeit einer schnelleren Rechtsprechung. Unter den Teilnehmer/-innen waren amtierende Richter, Rechtsanwälte, Vertreter von NGOs und Frauenorganisationen, Journalisten, Sozial-

wissenschaftler und Beamte. Besonders bemerkenswert war, dass Vertreter der Judikative bereit waren, über die Mängel ihrer Institutionen nachzudenken und deren Bedeutung für die Demokratie in Indien zu diskutieren.

Justitia schwächelt: das indische Rechtssystem kann die Rechtssicherheit kaum für alle Bevölkerungsgruppen gewährleisten.



Die FES-Vorsitzende Anke Fuchs in Burma/Myanmar

„Wandel durch Annäherung befördern“

— BOYKOTT, SANKTIONSPOLITIK, ISOLATION ALS EINZIGES MITTEL – oder doch besser auch auf Dialog setzen? Diese Frage ist nach wie vor sowohl in Kreisen der burmesischen Exilregierung sowie der internationalen Unterstützerorganisationen, die einen Demokratisierungsprozess anstoßen wollen, umstritten.

In Abstimmung mit nahe stehenden Organisationen ist die FES seit 2005 mit Projektaktivitäten in Burma vertreten. Ziel dieser Arbeit ist es, zivilgesellschaftliche und demokratische



Die Delegation konnte offene Gespräche mit den jungen Menschen zur politischen Entwicklung führen. Auch hier war der Tenor, jegliche Freiräume für zivilgesellschaftliches Engagement nutzen zu wollen.

Kräfte zu stärken und darauf vorzubereiten, sich an der Gestaltung des Landes aktiv und qualifiziert zu beteiligen. Vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen für gesellschaftspolitische Arbeit und der besonderen politischen Situation in Burma/Myanmar reiste die FES-Vorsitzende Anke Fuchs im Februar persönlich ins Land, um den Kontakt zu Partnerorganisationen zu pflegen und sich ein Bild über die Perspektiven der zukünftigen Stiftungsarbeit im Land sowie über die Aussichten des von der Militärregierung ver-

folgten siebenstufigen Fahrplans zu einer „kontrollierten Demokratie“ zu machen. Die Reise ermöglichte der Delegation, dank eines behutsam aufgebauten weitverzweigten Kontakt- und Vertrauensnetzes, eine Vielzahl unerwartet offener Hintergrundgespräche und beeindruckender Begegnungen. So konnte z. B. in einem Gespräch mit Aung San Suu Kyis ehemaliger persönlicher Assistentin die westliche Sanktionspolitik diskutiert werden. Aus ihrer Sicht habe diese keinerlei positiven Effekt, sondern nur negative Auswirkungen für die Bevölkerung. Einer der beeindruckendsten Programmpunkte war der Besuch bei einer burmesischen NGO, die mit FES-Unterstützung nach einem gemeinsam entwickelten Konzept junge Menschen in Staatsbürgerkunde schult und auf Führungsaufgaben vorbereitet. Dieses dreimonatige Ganztagsprogramm versucht, Defizite des staatlichen Schulsystems auszugleichen und bringt den jungen Berufstätigen grundlegende gesellschaftspolitische Kenntnisse näher. Unterrichtet werden Fächer wie Geschichte Myanmars, Volkswirtschaft, politische Systeme, öffentliche Verwaltung, Good Governance, Bürgerrechte, Rolle und Orga-

nisation von Zivilgesellschaft und öffentliches Auftreten. Mit maßgeblicher Hilfe des FES-Vertrauensdozenten Michael von Hauff konnte die FES eine ausbaufähige Wissenschaftskooperation zwischen dem Yangon Institute of Economics und der Universität Kaiserslautern aufbauen. Diese trägt zur Qualitätsentwicklung im universitären wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich bei und beinhaltet Vorlesungsreihen, Curriculumentwicklung sowie Stipendien.

Die FES-Vorsitzende eröffnete den Workshop „Perspectives for Engagement between Europe and Myanmar“, den die Stiftung gemeinsam mit dem burmesischen Thinktank „Myanmar Institute for Strategic and International Studies“ organisierte. Anke Fuchs wiederholte ihr deutliches Plädoyer dafür, dass der Demokratisierungsprozess keine Farce bedeuten dürfe, sondern dass die Regierung die Voraussetzungen dafür schaffen müsse, diesen real mit Leben zu füllen: „Wir hoffen und erwarten, dass im kommenden Jahr demokratische Wahlen unter breiter Beteiligung verschiedener Parteien und der Bevölkerung stattfinden werden.“

PARAGUAY

Die Linke auf der Suche nach Gemeinsamkeiten

Noch vor kurzer Zeit galt Paraguay als das vergessene Land Lateinamerikas. Die wenigen Nachrichten, die nach außen drangen, waren meist negativer Natur. Doch mit der Wahl des ehemaligen Bischofs Fernando Lugo im April 2008, die das Ende der über sechzigjährigen Herrschaft einer einzigen Partei – davon 33 Jahre unter dem diktatorischen Regime von General Alfredo Stroessner – einläutete, änderte sich das Bild. Paraguay überwand seine Isolation und reihte sich in den Reigen der progressiven Regierungen der Region ein.

Allerdings steht die Regierung auf schwachen Füßen. Die Regierungskoalition stellt in beiden Kammern des Parlaments nur eine Minderheit. Auch die heterogene Zusammensetzung der Koalition, die im wesentlichen von der traditionellen liberalen Partei (PLRA) und diversen Gruppierungen der Linken gebildet wird, schafft immer wieder Probleme.

Für die Umsetzung des ehrgeizigen Reformprogramms ist es von hoher Relevanz, dass die Parteien der Linken, die noch zersplittert zur Wahl im April 2008 angetreten waren, zu einer gemeinsamen Politik zusammenfinden. In dieser Situation hat sich die FES mit den wichtigsten Linksparteien darauf verständigt, gemeinsam eine Reihe von Themen zu bearbeiten, die dazu beitragen, eine gemeinsame Perspektive zu entwickeln und die Regierungsfähigkeit zu erhöhen.

In einem ersten Schritt wurden im Februar 2009 führende Vertreter der Regierungskoalition Frente Amplio aus Uruguay nach Paraguay eingeladen, um ihre Erfahrungen vorzustellen. Und die Bilanz der Frente Amplio ist durchaus beeindruckend: das Bündnis besteht seit 38 Jahren, konnte kontinuierlich seinen Wähleranteil steigern, stellt heute den Staatspräsidenten und verfügt über die absolute Mehrheit in beiden

Kammern des Parlaments. Vor allem haben sich innerhalb des Bündnisses Formen und Regeln entwickelt, die einerseits die Identität der über 20 Mitgliedsorganisationen respektieren und andererseits Einheit und Konvergenz garantieren. Bei der Diskussion mit über 100 Funktionsträgern, darunter mehreren paraguayischen

Regierungsmitgliedern, zeigte sich, dass die Kombination von Einheit und Vielfalt auch für die paraguayische Politik als außerordentlich attraktiv angesehen wird.

KOLUMBIEN

Ein Portal der Wahrheit

Kolumbien ist seit über 40 Jahren Schauplatz eines internen Konfliktes mit wechselnder Intensität. Bestand der Konflikt in den 60er und 70er Jahren aus den für Lateinamerika keineswegs ungewöhnlichen Konfrontationen zwischen Staat und Guerillagruppen, erhielt er

ab den 80er Jahren neue Dynamik durch den Einfluss des Drogenhandels und der sich daraus finanzierenden paramilitärischen Gruppen. Nachdem verschiedene Friedensverhandlungen früherer Präsidenten mit der Guerilla scheiterten, entwickelte der gegenwärtige

Präsident Alvaro Uribe eine Doppelstrategie. Einerseits fährt er einen rein militärischen Kurs gegen die Guerilla und andererseits initiierte er 2003 Friedensgespräche mit den Paramilitärs und leitete 2005 einen Demobilisierungsprozess ein. Im Rahmen dieses

Prozesses hat eine für das Land in seiner Geschichte einmalige Aufarbeitung begonnen. Durch ein Gesetz wurde den Angehörigen der Paramilitärs, die keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt haben, eingeräumt, straffrei zu bleiben, wenn sie bei der Aufklärung der Verbrechen halfen und andere Täter anzeigten. Die Aussagen von 1.248 ehemaligen Paramilitärs zogen zahlreiche Untersuchungen nach sich und halfen, einige der weitreichenden Verwicklungen aufzudecken. Die Website www.Verdadabierta.com,

die von der FES und anderen Institutionen ins Leben gerufen wurde, verbindet Journalismus und akademische Forschung, um die Wahrheit zu enthüllen. Das Portal wurde „Verdadabierta“ (Offene Wahrheit) genannt, weil es dazu auffordert, unterschiedliche Versionen von Erfahrungsberichten zusammenzufassen und zu kontrastieren und das Phänomen des Paramilitarismus in allen seinen Dimensionen zu beleuchten. Es werden Berichte und Geschichten der Opfer dokumentiert und die unbemerk-

ten Tragödien erzählt, an die erinnert werden soll, damit so etwas nicht wieder geschieht. Außerdem soll aufgezeigt werden, in welchem Umfang bewaffnete Gruppierungen die kolumbianische Gesellschaft durchsetzen konnten und welche Auswirkungen dies für Bevölkerung und Staat hat, indem deren Spuren verfolgt werden. Diese und andere Themen sollen dazu beitragen, dass Kolumbien dem Frieden und der Wahrheit näher kommt.

MEHR ZUM THEMA

www.verdadabierta.com

FES-FORUM IN TANSANIA ÜBER SOZIALE GERECHTIGKEIT

Afrika ist nicht arm und hilflos

Wie kann mehr soziale Gerechtigkeit in Afrika erreicht werden? Während eines Forums, von der FES-Tanzania in Kooperation mit der Regierungspartei CCM geplant und organisiert, wurden neben theoretischen Konzepten vor allem praktische Beispiele der sozialen Sicherung und strukturelle Maßnahmen zum Abbau bestehender Diskriminierungen – vorwiegend gegenüber Frauen – vorgestellt und diskutiert. Am Forum nahmen über 40 Teilnehmer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien und Gewerkschaften aus elf süd- und ostafrikanischen Ländern sowie aus Deutschland teil. Große Aufmerksamkeit erntete der langjährige Präsidentenberater, Mehrfachminister und Chefideologe der CCM, Kingun-

ge Ngombale Mwiru, der eine aufschlussreiche Analyse des tansanischen Sozialismus – Modell Ujamaa – vornahm und damit eine lebhaft Diskussions über deren aktuelle Relevanz entfachte.

Ein weiterer Höhepunkt war der Beitrag der Leiterin eines gewerkschaftlichen Forschungsinstitutes aus Namibia, die die Erfahrungen mit einem Modell eines monatlichen Mindesteinkommens vorstellte. Die ersten Erfahrungen zeigten, dass selbst kleine regelmäßige Einkommen neue Initiativen für mehr Beschäftigung und Einkommen auslösen können. Besonders positiv betroffen sind dabei Frauen und Mädchen; so wuchs im Untersuchungszeitraum nicht nur der lokale Kleinhandel, auch die Quote der Schulbesuche von Mädchen

nahm deutlich zu. Ergebnis dieser viertägigen Zusammenkunft ist die Verabschiedung eines Communiqués, das einerseits die weitverbreitete Korruption der politischen Eliten verurteilt, sich andererseits eindeutig für die von den Gewerkschaften in Ostafrika eingebrachte „Social Charter“ ausspricht, als Grundlage für mehr soziale Gerechtigkeit. Der Generalsekretär der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC), Ambassador Juma Mwapachu, forderte die jungen Parteiführer auf, für eine neue „anständige“ Führungskultur zu streiten und gegen Korruption zu kämpfen: „Afrika ist nicht arm und hilflos – wir müssen nur die wertvollen natürlichen Ressourcen und unsere menschlichen Fähigkeiten besser für die eigene Entwicklung nutzen.“

Madagaskar

Demokratieförderung wichtiger denn je

— MADAGASKAR BEFINDET SICH SEIT EINIGEN WOCHEN in einer schweren politischen Krise. Nach wochenlangen, teilweise gewalttätigen Protesten trat Mitte März der Staatspräsident zurück.

Damit ist jedoch das Ziel einer demokratischeren und sozial gerechteren Zukunft der Insel im Indischen Ozean noch nicht erreicht. Wichtige Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung, u.a. die Watchdog-Organisation Demokratie „Sefafi“ und die nationalen Wahlbeobachter KMF-CNOE, gestalten den Prozess des politischen Wandels in Madagaskar aktiv mit: mit mehreren Konferenzen und gesellschaftspolitischen Debatten über die Zukunft des politischen Systems gehören sie zu den Akteuren, die zur friedlichen Gründung der IV. Republik beitragen könnten. Auch in der schwierigen Pha-

se des politischen Umbruchs bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre beiden erfolgreichen Nachwuchsförderprogramme an. Im bereits zum fünften Mal stattfindenden „Youth Leadership Training Program“ (YLTP) werden erneut 25 junge Frauen und Männer aus den unterschiedlichen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen ausgebildet. „Auch in Madagaskar fehlt es noch an Demokraten, die unsere Demokratie mit Leben erfüllen. Daher ist das YLTP so wichtig für unsere Gesellschaft“, sagt eine der ehemaligen Absolventinnen. Mehr als 70 Bewerbungen für die 16 Plätze des „Netzwerks der jun-

gen ArbeitnehmerInnen“ (RJT) sind bisher eingegangen. Das

Programm startet Anfang Mai und wird sich über mehrere Monate mit den Fragen des sozialen Dialogs und sozialer Gerechtigkeit beschäftigen.

— Seminar über Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten

Wenige Tage bevor die Unterzeichnung umstrittener Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und AKP-Staaten im Europäischen Parlament auf der Tagesordnung stand, bot die FES-Brüssel elf afrikanischen Experten aus Äthiopien, Ghana und der Côte d'Ivoire die Möglichkeit, an einem einwöchigen Informationsseminar zum Stand der EPA-Verhandlungen (Economic Partnership Agreements) teilzunehmen. Das im Jahr 2000 verabschiedete Cotonou-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten legt fest, dass die bisherigen einseitigen Handelsvergünstigungen durch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ersetzt werden. So sollen die Vereinbarkeit mit den Regeln der Welthandelsorga-

nisation gewährleistet und bestehende Handelsbarrieren abgebaut werden. Das Seminar wurde auch zum intensiven Austausch über die jeweiligen Verhandlungsstrategien und Zukunftsoptionen zwischen den Teilnehmern der beteiligten Länder genutzt. In Gesprächen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden Forderungen nach der konkreten Ausgestaltung der Abkommen erarbeitet. Diese wurden in anschließenden Treffen mit Vertretern von Europäischer Kommission und Mitgliedern des Europäischen Parlaments direkt an die wichtigsten Entscheidungsträger herangetragen und somit in den Verhandlungsprozess eingebracht.

FORTBILDUNG AFRIKANISCHER JOURNALISTEN IN ADDIS ABEBA

Transmissionsriemen für den Wandel

Moha Farrah Jirreh muss nicht lange überlegen, warum der Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung für sie wichtig ist: „Afrika brennt an so vielen Stellen“, sagt die Fernsehjournalistin aus Somalia, während sie auf dem Dach des Yoly Adis Hotel in Addis Abeba mit



Hintergrundwissen für ostafrikanische Journalisten: ein Workshop der FES in Äthiopien.

Kollegen aus Kenia, Tansania, Sudan, Äthiopien und Uganda ihren Kaffee trinkt, „und wir als Medienleute können dazu beitragen, dass es besser wird. Nur fehlt es uns oft an Hintergrundwissen.“ Wenn Moha zwei Tage später von Äthiopien aus zurück in ihre Heimat fliegt, wird sie nicht nur eine Menge über die Reform des afrikanischen Sicherheitssektors, das Thema des FES-Workshops für ostafrikanische Journalisten im März 2009, gelernt haben. Sie wird auch Teil eines immer dichter werdenden Netzwerks afrikanischer Journalisten, Wissenschaftler und Mitarbeiter regionaler Organisationen geworden sein, das den Austausch über kontinen-

tale sicherheitspolitische Themen fördert. Die Reform des Sicherheitssektors ist eine der größten Herausforderungen für den afrikanischen Kontinent, in dem korrupte und schlecht kontrollierte Polizei- und Militärkräfte häufig eher Teil des Problems als Teil der Lösung

sind. Die Afrikanische Union (AU), 2002 als Nachfolgerin der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) gegründet, ist daher im Begriff, eine kontinentale Strategie zur Reform dieses Sektors zu entwerfen. Es wird an kritischen und gut informierten Journalisten liegen, deren Umsetzung zu beobachten und immer wieder – auch auf nationaler Ebene – einzufordern. Aus diesem Grund führt die FES am Sitz der AU, in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, seit 2007 regelmäßig Journalistenfortbildungen durch. Die Medienmacher erhalten neben grundlegenden Informationen und Diskussionsmöglichkeiten mit Experten auch Tipps zur Berichterstattung – und sie bilden die Netzwerke, die für ihre Hinter-

grundrecherchen unerlässlich sind. Die behandelten Fragen sind komplex, die Herausforderungen groß – und sie bedürfen öffentlicher Diskussion: Wie geht es weiter mit der afrikanischen Integration – in schnellen Schritten zu einer Währungsunion und freiem Handel oder Schritt für Schritt? Wie sollen afrikanische Staatshäupter mit Menschenrechtsverbrechen in den eigenen Reihen umgehen? Und wie kann man die Sicherheit und Stabilität des Kontinents am besten gewährleisten? Die Realität ist noch weit entfernt von einem „Afrika, das dazu fähig ist, das Beste aus seinen menschlichen und materiellen Ressourcen zu machen, und entschlossen ist, den Fortschritt und Wohlstand seiner Bürger zu sichern“, wie es die AU in ihrer Zukunftsvision formuliert. Um dieser Vision näher zu kommen, wird Afrika Medien brauchen, die ihre Funktion als Kontrolleur und Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Union erfüllen können.

+++ FES +++ KURZ GEFASST +++

+++ Die offizielle Arbeitslosenquote liegt in Südafrika bei ungefähr 40 Prozent. Sogar 78% der 15- bis 24-jährigen schwarzen Südafrikaner sind ohne Job. Durch die Negativerfahrung, dass selbst gute schulische Leistungen bei gleichzeitig fehlenden Arbeitsplätzen wertlos sind, verfallen viele Jugendliche dem Alkohol- und Drogenkonsum oder werden kriminell. Die Frage, welches Wohlfahrtsstaatsmodell sich Südafrika leisten kann, um effektiv die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, war Thema einer von der FES unterstützten Diskussionsrunde in Johannesburg. +++

FES unterstützt die Antikorruptionsbewegung

Korruption, so scheint es, ist in Mosambik allgegenwärtig. Sie durchdringt alle Lebensbereiche und gesellschaftlichen Ebenen, sei es die kleine Abzocke bei Verkehrskontrollen, das Erkaufen von Schulnoten und Bestechung von Justizbeamten bis hin zum Ausverkauf der nationalen Ressourcen durch ungezügelter Abholzung. Im Korruptionsindex von Transparency International steht das Land auf dem 126. Platz von 180 Ländern. Die FES engagierte sich bereits früh im Bereich der Korruptionsbekämpfung. So begann sie 2001 ein Beratungsprogramm zum Thema und koordinierte mehrere Jahre Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in Mosambik in diesem Bereich. Im März 2009 fand zu diesem Thema in Berlin ein Fachgespräch mit dem Direktor des mosambikanischen „Zentrum für öffentliche Integrität“ (Centro de Integridade Pública, CIP), Marcelo Mosse; und Vertretern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und des BMZ statt. In dem Fachgespräch wurde klar ersichtlich, dass man zur Korruptionsbekämpfung einen langen Atem braucht. Da Korruption ein gesellschaftlich verwurzeltes Problem darstellt, bedarf es einer starken zivilgesellschaftlichen Antwort. Bislang sind ebenjene zivilgesellschaftlichen Gruppen noch schwach in ihrer Wirkung. Eine der Hauptaufgaben besteht also

darin, zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken. Staatspräsident Guebuza trat 2005 mit dem Ziel an, die Korruption im Lande zu unterbinden. Unter seiner Führung wurde eine nationale Antikorruptionsstrategie entwickelt. Erst seit 2008 folgten den wohlklingenden Ankündigungen medienwirksame Taten wie die Entlassungen von hochrangigen Regierungsbeamten und die Verhaftung eines ehemaligen Innenministers. Obwohl die nationale Presse in den letzten Jahren vermehrt Korruptionsskandale aufgriff, fehlte es weithin an Analysen und einem wissenschaftlich



Objekte der Begierde: die illegale Abholzung nimmt in Mosambik besorgniserregende Ausmaße an.

fundierten Zugang zu Ursachen und Auswirkungen von Korruption in Mosambik. Diese Lücke füllt nunmehr das „Zentrum für öffentliche Integrität“, das seit seiner Gründung durch die FES unterstützt wird. Durch regelmäßige, gemeinsame Veröffentlichungen zur Korruption, beispielsweise im Bildungs-, Justiz-, Gesundheits-

und Beschaffungswesen, wurde die öffentliche Diskussion über das Ausmaß der Korruption maßgeblich vorangetrieben und mit Fakten untermauert. Eine aktuelle Studie widmet sich der staatlichen und privatwirtschaftlichen Korruption im Forstsektor. Die Abholzung nimmt in Mosambik besorgniserregende Ausmaße an. Gerade die schonungslose, illegale Abholzung gefährdet das empfindliche biologische Gleichgewicht und führt zu einem unwiederbringlichen Verlust der mosambikanischen Biodiversität. Der verheerende Raubbau, an dem laut mosambikanischen Beobachtern auch

zahlreiche Vertreter staatlicher Behörden kräftig mitverdienen, wurde von der Regierung bisher weitestgehend ignoriert oder abgestritten. Die Studie leistet daher einen Beitrag, die Öffentlichkeit zu informieren und die Debatte über den illegalen Ausverkauf der natürlichen Ressourcen zu beleben.

DIE FES-VERTRETUNG FÜR ZENTRALASIEN

Zwei Oberziele – vier Länder – hundert Probleme

Alte Seidenstrasse, Samarkand, Buchara, Basare und Amur Darja – einst Oxus genannt und einer der vier Flüsse, der aus dem biblischen Garten Eden floss – lösen Assoziationen aus, die Jahr für Jahr viele Bildungstouristen nach

Eigenstaatlichkeiten, wie die baltischen Länder, handelt es sich hier ausnahmslos um autoritäre Präsidialrepubliken. Erst nach dem 11. September 2001 rückte Zentralasien in den Interessenfokus deutscher und europäischer Politik. Denn

europäischen Wiederentdeckung von Zentralasien“, nämlich bereits 1994 in Kirgisistan und Kasachstan. 1997 wurde sie dann auch auf Usbekistan ausgedehnt. In Tadschikistan kam 2004 die bislang letzte FES-Vertretung hinzu. Ob eines Tages auch Turkmenistan zu diesem regionalen Büronetz dazugehört wird, hängt in erster Linie von erheblichen innenpolitischen Lockerungen in Aschgabad ab.

Justizreform und zivilgesellschaftlicher Strukturaufbau sowie regionale Kooperation sind zentrale Bausteine der europäischen Zentralasienkonzeption. Sie geben der FES damit eine Art „Passepartout“ und legitimierendes Mandat für die gesellschaftspolitischen Aktivitäten. Diese drei Unterstützungsangebote spiegeln sich konsequent auch in den beiden Oberzielen für alle vier Projektländer. Der Veranstaltungskanon und das Partnerspektrum ist so vielfältig wie ein orientalischer Basar: Es werden Milizoffiziere für familiäre Konfliktprävention geschult. Richtern werden Kenntnisse von internationalen „rule of law“-Standards vermittelt. Frauen erfahren, wie sie Geschäftsideen entwickeln und umsetzen können. Unterstützungsprogramme helfen Journalisten künftig professioneller zu arbeiten. Mit Studenten und



Das Team des Regionalbüros der FES in Taschkent

Usbekistan strömen lassen. Wer im Flugzeug aber nach Kasachstan reist, sitzt in der Regel neben Geschäftsleuten, die dort im Energiegeschäft tätig sind. Die armen kleinen zentralasiatischen Republiken Kirgisistan und Tadschikistan werden hingegen vorwiegend von Rucksacktouristen und internationalen NGO-Vertretern besucht. Und das poststalinistische Turkmenistan ist bemüht, möglichst wenig Fremde ins Land zu lassen.

Aus der sowjetischen Konkursmasse 1991 unerwartet in die Unabhängigkeit entlassen, ohne demokratische Wurzeln und Anknüpfung an frühere

Afghanistan ist mit Usbekistan und Tadschikistan durch gemeinsame Grenzen verbunden. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft entwickelte die EU dann 2007 erstmals eine umfassende Strategie der Partnerschaft für die Modernisierung dieser Region. Es ist ein auf Langfristigkeit angelegtes Gesamtkonzept, das viel Geduld und Ausdauer sowie unermüdliche Überzeugungsarbeit erfordert.

Dies sind auch die Schlüsselwörter für die Maßnahmensteuerung im Regionalprojekt der FES. Die Stiftung begann ihre Projektpolitik jedoch schon weit vor der „eu-

politisch interessierten jungen Erwachsenen werden Diskussionsforen veranstaltet. In alte Gewerkschaften werden Reformideen eingehaucht. Wissenschaftler, Politiker und Beamte bekommen durch Informationsreisen nach Deutschland ganz andere Blickwinkel vermittelt. Mit etlichen unserer Publikationen werden manche Themen überhaupt erstmals angesprochen.

Was auf der Landkarte oft nur wie ein Katzensprung aussieht, stellt sich in der Wirklichkeit jedesmal als logistische Herausforderung dar. So gibt es keine Flugverbindungen zwischen allen Hauptstädten untereinander. Die durchschnittlich elf- bis vierzehnstündige Autofahrt vom Koordinationsbüro aus dem usbekischen Taschkent zu den Länderbüros ist jedes Mal eine Herausforderung für die Bandscheiben und die Frustrationstoleranz an den vielen Grenzen. Dennoch, der eigentliche Gegner ist nicht die miserable Verkehrsinfrastruktur, sondern die ortsübliche Bürokratie. Wer sich ihr stellen muss, und das müssen ausländische Organisationen unter Beobachtung allemal, der braucht den Jacobsweg nicht zu fürchten.

Wagner, Björn – **Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte – Leitbilder, Motive und Interessen**
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06194.pdf>

Neue Publikationen aus der FES

Reihe „Trainingsbücher“ der Akademie Management und Politik:

Kannenberg, Dieter – **Persönlichkeit und Potenziale: das Miteinander gestalten**

<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/06114.pdf>

Rosner, Siegfried – **Wirkungsvolle Kommunikation: ein Leitfa- den für Gespräche, Verhandlungen und Konflikte**

Wippermann, Frank – **Neues wagen: Wege zu mehr Kreativität und Innovation**

Zimmer-Henrich, Werner – **Projektmanagement: Verfahren und Instrumente für erfolgreiche Projektarbeit in Vereinen und Verbänden**; ein Trainingsbuch

WISO direkt

Wannöffel, Manfred – **Mit einem europäischen Produktionsmodell und dem Ausbau der Mitbestimmung aus der Krise: das Beispiel Opel**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06203.pdf>

Schreyer, Markus – **Weltwirtschaftskrise 2009: Notwendige wirtschaftspolitische Schritte zur Überwindung einer Bilanzrezession**

Dauderstädt, Michael; Hillebrand, Ernst – **Exporteuropameister Deutschland und die Krise**

Lell, Otmar – **Ethik – ein neuer Luxusartikel?: Verantwortlicher Konsum in Politik und Gesellschaft**
<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05919.pdf>

WISO-Diskurs

Bertram, Grischa; Altrock, Uwe – **Renaissance der Stadt – Durch eine veränderte Mobilität zu mehr Lebensqualität im städtischen Raum**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06071.pdf>

Bofinger, Peter – **Gerechtigkeit für Generationen: eine gesamtwirtschaftliche Perspektive**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05902.pdf>

Dauderstädt, Michael (Federführung); unter Mitwirkung von Boll, Friedhelm; Bormann, René; Fischer, Michael; John-Ohnesorg, Marei; Koschützke, Albrecht; Krell, Christian; Maaß, Gero; Reichart, Daniel; Seyfferth, Anne; Schreyer, Markus; Überschar, Urban; Weinert, Martin; Woyke, Meik – **Eine soziale Zukunft für Deutschland – Strategische Optionen für mehr Wohlstand für alle**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06116.pdf>

Ganz, Walter; Burkart, Natalie – **Dienstleistungsaktivitäten der Europäischen Kommission jenseits der Dienstleistungsrichtlinie** – <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05896.pdf>

Konle-Seidl, Regina; Eichhorst, Werner – **Erwerbslosigkeit, Aktivierung und soziale Ausgrenzung: Deutschland im**

internationalen Vergleich

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/05924.pdf>

Lessenich, Stephan – **Das Grundeinkommen in der gesellschaftspolitischen Debatte**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06193.pdf>

Dauderstädt, Michael; Bormann, René; Fischer, Michael; Schreyer, Markus – **Wohlstand durch Produktivität – Deutschland im internationalen Vergleich**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06221.pdf>

Wagner, Björn – **Das Grundeinkommen in der deutschen Debatte – Leitbilder, Motive und Interessen**

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06194.pdf>

Bartsch, Klaus u. a. – **Zukunft 2020 – ein Modell für ein soziales Deutschland**

Lorenz, Frank; Wannöffel, Manfred – **Unter Ausschluss der Öffentlichkeit? Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in nationales Recht: Eine Herausforderung für Politik und Gewerkschaften**

Veröffentlichungen der Stabsabteilung

Schüller, Margot – **Technologietransfer nach China: ein unkalkulierbares Risiko für die Länder der Triade Europa, USA und Japan?**

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06062.pdf>

Ruwoldt, Stefan – **Leuchttürme aus dem Süden?: Industriepolitik in Baden-Württemberg und Bayern in Zeiten der Globalisierung**

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06233.pdf>

Kolwitz, Kai – **Industriepolitik in den neuen Bundesländern: Lehren der Vergangenheit, Herausforderungen für die Zukunft**

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06234.pdf>

Kolwitz, Kai – **Ohne Kohle?: Zur Zukunft der Kohle bei der Stromerzeugung**

Pällmann, Wilhelm – **Verkehr finanziert Verkehr: 11 Thesen zur Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur**

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06127.pdf>

Borgwardt, Angela – **Wissenschaftsaußenpolitik: Deutschland als Knotenpunkt im weltweiten Wissensnetzwerk** (Berliner Forum für Wissenschaft und Innovation) [http://library.fes.de/pdf-](http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06072.pdf)

[files/stabsabteilung/06072.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06072.pdf)

Klemm, Klaus – **Bildungsausgaben im föderalen System: zur Umsetzung der Beschlüsse des „Bildungsgipfels“** (Netzwerk – Bildung)

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06218.pdf>

Rager, Günther; Sehl, Annika – **Chats, Videos und Communities: wie Jugendliche das Internet nutzen** (Medien digital; 8)

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06048.pdf>

Schulz, Wolfgang; Heilmann, Stefan – **Reales Recht und virtuelle Welten** (Medien digital; 9)

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06217.pdf>

Gerhards, Claudia; Pagel, Sven – **Internetfernsehen von TV-Sendern & User Generated Content** (Medien digital; 10)

Überall, Frank – **Wegweiser in der digitalen Medienwelt: Bedeutung und Veränderungen des Journalismus.** – (Medien digital; 11)

Weichert, Stephan; Kramp, Leif – **Das Verschwinden der Zeitung?: Internationale Trends und medienpolitische Problemfelder** (Medien- und Technologiepolitik)

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/06156.pdf>

Reihe „Dialogue on Globalisation“

Meyer-Ohlendorf, Nils; Gerstetter, Christiane – **Trade and Climate Change. Triggers or Barriers for Climate Friendly Technology Transfer and Development?**

DoG Occasional Paper No. 41

Sarah Ganter – **It's Sink or Adapt: Financing for Climate Change Adaptation**

Briefing Paper No. 1-2009

Stephany Griffith-Jones – **How to Create Better Financial Regulation & Institutions**

Briefing Paper No. 2-2009

Richard Gowan – **The Future of Peacekeeping Operations: Fighting Political Fatigue and Overstretch**

Briefing Paper No. 3-2009

DoG zur Finanzkrise:

Svenja Blanke – **Finanzkrise in Mexiko: der große Tsunami aus dem nahen Norden**

Axel Schmidt – **Südafrika im Spagat zwischen Wirtschaftskrise und Wahlkampf**

Reinhard Krumm – **Finanzkrise in Russland: Ende der Märchenzeit**

Erwin Schweishelm – **Die Finanzkrise ist auch in Indonesien angekommen**

Jochen Steinhilber – **Kommt Brasilien glimpflich davon?**

Rudolf Traub-Merz – **China will mit Binnenwachstum an der Weltwirtschaftskrise vorbei**

Internationale Politikanalyse

Finanzmärkte zivilisieren!: 12 Vorschläge zur Regulierung der europäischen Finanzmarktarchitektur

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06205-20090331.pdf>

Helleiner, Eric – **Die Finanzkrise und ihre Reaktionen – was bisher geschah** : fünf Ansätze auf der Suche nach einem Ergebnis

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06057.pdf>

Hillebrand, Ernst – **Die Sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06109.pdf>

Kellermann, Christian – **Eine neue Wachstumsstrategie für Europa nach 2010**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06204.pdf>

Meyer, Henning – **Großbritannien zwischen globaler Wirtschaftskrise und New Labour 2.0**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06139.pdf>

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06139.pdf>

Stuchlik, Andrej; Kellermann, Christian – **Europa auf dem Weg zur sozialen Union?**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06013.pdf>

Bofinger, Peter; Eppler, Erhard; Gamble, Andrew; Lieven, Anatol; Marquand, David; Meyer, Thomas; Sassoon, Donald; Schwan, Gesine; Thierse, Wolfgang und Toynbee, Polly – **Welche zukünftige Rolle für den Staat?**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06059.pdf>

Werz, Michael – **Länderanalyse USA: das Ende des amerikanischen Jahrhunderts?**

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06003-20090119.pdf>

Kurzberichte aus der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Herberg, Mirko – **Global Pinoy – Arbeitsmigration als Königs- oder Irrweg zur Lösung der philippinischen Entwicklungsblockade**

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/05928.pdf>

Meier, Katharina; Wachendorfer, Achim – **Lateinamerikanische Gewerkschaften im Aufwind: neue Chancen für eine globale Partnerschaft?**

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06202.pdf>

Meißner, Kathrin – **Wahlkrimi mit Happy End: Ghana vollzieht den zweiten demokratischen Machtwechsel**

Öhm, Manfred – **Mosambik: Demokratie ohne Mehrwert?: Wachsende Distanz zwischen Regierung und Gesellschaft in einem Land ohne Opposition**

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06006-20090116.pdf>

Plate, Reinhold – **Die Krise in der Sahelzone**

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/06124.pdf>

Verschiedene Publikationen

Fehren, Oliver – **Wie kommt die Bürgergesellschaft in den Sozialraum?**: Engagementförderung in benachteiligten Stadtteilen (Betrifft: Bürgergesellschaft; 31)
<http://library.fes.de/pdf-files/kug/06236.pdf>

Kaliga, Sarah Ninette; Lehmann, Yvonne
Kommunalpolitik verstehen: für ein junges Politikverständnis (Forum Politik und Gesellschaft)
<http://library.fes.de/pdf-files/do/05907.pdf>

Küstern, Horst – **Die Arbeitsbeziehungen in Deutschland** (Globale Gewerkschaftspolitik)

Langenbacher, Nora; Molthagen, Dietmar – **Rechtsextremismus? Nicht mit mir!: Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie** (Forum Berlin)
<http://library.fes.de/pdf-files/do/05986.pdf>

Machen wir's den Kindern Recht?!: Rechtspolitische Impulse für ein kindergerechtes Deutschland (Forum Berlin)
<http://library.fes.de/pdf-files/do/06023.pdf>

Morlok, Martin – **Parteienfinanzierung im demokratischen Rechtsstaat**: Reformmöglichkeiten der Gewährung staatlicher Leistungen an politische Parteien (Rechtspolitischer Dialog)

Notz, Gisela – „Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!“: **Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts** und der Kampf um das

Frauenwahlrecht (Gesprächskreis Geschichte; 80)
<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/06005.pdf>

Brettfeld, Katrin; Gün, Menekce; Simon, Bernd – **Religion und sexuelle Identität in muslimischen Gemeinschaften**: Dokumentation (Islam und Gesellschaft; 7)

Rothländer, Katrin; Richter, Peter – **Gesund und mittendrin trotz Erwerbslosigkeit?**: Ansätze zur Förderung der psycho-sozialen Gesundheit (Fachforum: Analysen & Kommentare; 6)

Schroeder, Werner – „Arbeiter, fördert und unterstützt weiter eure geistige Rüstkammer“: **Aufbau, Bedeutung und Zerschlagung der Arbeiterbibliotheken in Thüringen**. (Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung; 20)

Vaut, Simon u. a. – **Wirtschaft und Soziale Demokratie** (Lesebuch der Sozialen Demokratie; 2)

„Islamischer Antisemitismus“ und „Islamophobie“: **zwei unterschiedliche Begriffe – ein Phänomen der Diskriminierung?** (27) – Reihe „Policy – Politische Akademie“
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/05925.pdf>

Bildungspolitischer Handlungsbedarf durch die Europäisierung der Berufsbildung: Bildungsforum21 (28) – Reihe „Policy – Politische Akademie“

Gute Arbeit – Perspektiven für das 21. Jahrhundert (29) – Reihe „Policy – Politische Akademie“

Newsletter aus dem Ausland

Verschiedene Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung bieten Informationen über ihre eigenen Aktivitäten sowie Hintergrundinformationen über „ihre“ Region in Form von regelmäßigen Newslettern an. Interessierte können z. B. folgende Newsletter abrufen:

- Spotlight Washington (sechs- bis achtmal im Jahr): fesdc@fesdc.org
- Brasilinfo (etwa sechsmal im Jahr): fesbrasil@fes.org.br

- Geneva Newsletter (drei- bis viermal im Jahr): info@fes-geneva.org
- Türkei Information (vier- bis sechsmal im Jahr): contact@festr.org
- Newsletter Referat Lateinamerika (zweimal im Jahr): LA.Newsletter@fes.de

Textbeiträge in dieser Ausgabe des FES-Info:

Merin Abbass; Gerda Axer-Dämmer; Christine Arbogast; Beate Barthel; Hans Blumenthal; Elisabeth Bollrich; Rene Bormann; Max Brändle; Michael Bröning; Indira Ceylan; Michael Dauderstädt; Oliver Dalichau; Stefan Dehnert; Knut Dethlefsen; Sina Dürrenfeldt; Angelika Einsiedler; Matthias Eisel; Philipp Fink; Christoph Fischer; Michael Fischer; Cora Morena Fritz; Alexander Geiger; Andrä Gärber; Martin Gräfe; Frank Hantke; Peter Häussler; Peter Hengstenberg; Ernst Hillebrand; Antje Holinski; Peter Hurrelbrink; Frederike Igl; Marei John-Ohnesorg; Martin Johr; Peter König; Kathrine Kollenberg; Reinhard Krumm; Nora Langenbacher; Wulf Lapins; Yvonne Lehmann; Annette Lohmann; Thomas Mättig; Eugen

Meckel; Stephan Meuser; Katja Meyer; Anja Minnaert; Helmut Mörchen; Dietmar Molthagen; Nina Netzer; Kerstin Ott; Tobias Paul; Tim O. Petschulat; Anna Pfeiffer; Christoph Pohlmann; Hilmar Ruminski; Hartmut Schanz; Magda Schirm; Adalbert Schlag; Felix Schmidt; Severin Schmidt; Markus Schreyer; Franziska Schröter; Carla Schulte-Reckert; Michael Schultheiß; Günther Schultze; Maïke Seyfarth; Anne Seyffert; Karl-Heinz Spiegel; Sonja Thraenert; Urban Überschär; Gisela von Mutius; Winfried Veit; Achim Wachendorfer; Ringo Wagner; Anja Wehler-Schöck; Martin Weinert; Carsten Werner; Frederic Werner; Almut Wieland-Karimi; Petra Wilke; Gaby Wittpohl; Meik Woyke; Jan Zajic; Nicole Zeuner

Impressum

Herausgeber:
 Friedrich-Ebert-Stiftung
 Kommunikation und Grundsatzfragen
 ✉ D-53170 Bonn
 📦 Godesberger Allee 149
 D-53175 Bonn
 Telefon: 0228/883 – 7031/7032

Internet:
www.fes.de
 E-mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaïski, Pressestelle Berlin
 Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
 Telefon: 030/269 35 – 7038
 Telefax: 030/269 35 – 9244
 E-Mail: peter.donaïski@fes.de

Herstellung, Satz & Layout:
 Publix, Harald Eschenbach, Berlin
 Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
 Titelfoto: D. Nikolaev - fotolia
 Printed in Germany, Mai 2009
 Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
 ISSN 0942-1351

Lesebücher der Sozialen Demokratie Band 2: Wirtschaft und Soziale Demokratie



Simon Vaut u.a.
Lesebuch: Wirtschaft und
Soziale Demokratie

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Abteilung Politische Akademie

Reihe Lesebücher der Sozialen
Demokratie, Bd. 2

157 Seiten, broschiert
5,00 Euro
ISBN 978-3-86872-040-2

Wie kann eine moderne, wertgebundene Wirtschaftspolitik der Sozialen Demokratie gelingen? Welchen Prinzipien folgt sie? Wie kann sie praktisch umgesetzt werden?

Das neue Lesebuch der Akademie für Soziale Demokratie bietet einen Kompass für diese Fragen.

www.fes-soziale-demokratie.de

Bestellungen: Telefon 0228 / 883-7122, E-Mail: info@fes-soziale-demokratie.de
Digitale Fassung kostenfrei unter www.fes-soziale-demokratie.de/lesebuecher
Band 1: „Grundlagen der Sozialen Demokratie“ ebenfalls wieder erhältlich